MASTER NEGATIVE NO. 93-81222-22

MICROFILMED 1993 COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES/NEW YORK

as part of the "Foundations of Western Civilization Preservation Project"

Funded by the NATIONAL ENDOWMENT FOR THE HUMANITIES

Reproductions may not be made without permission from Columbia University Library

COPYRIGHT STATEMENT

The copyright law of the United States - Title 17, United States Code - concerns the making of photocopies or other reproductions of copyrighted material.

Under certain conditions specified in the law, libraries and archives are authorized to furnish a photocopy or other reproduction. One of these specified conditions is that the photocopy or other reproduction is not to be "used for any purpose other than private study, scholarship, or research." If a user makes a request for, or later uses, a photocopy or reproduction for purposes in excess of "fair use," that user may be liable for copyright infringement.

This institution reserves the right to refuse to accept a copy order if, in its judgement, fulfillment of the order would involve violation of the copyright law.

AUTHOR:

WROBLEWSKA, EWELINA

TITLE:

NEURE STROMUNGEN...

PLACE:

BERN

DATE:

1897

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES PRESERVATION DEPARTMENT

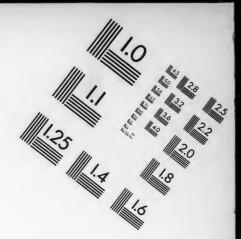
BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

	944 Z8 Wróblewska, Ewelina, v.2 Neuere strömungen in der französischen national- ökonomie. Bern, 1897. 99 p.		
	Thesis. Bern.		
	vol. of Pameblete		•
Restrictions on Use:			
	TECHNICAL MICROFORM DATA	<i>y</i>	
FILM SIZE: 35 IMAGE PLACEMENT: IA DATE FILMED: 9 FILMED BY: RESEARCH	REDUCTION RATIO: //x A (IA) IB IIB - 7 - 53 INITIALS MM PUBLICATIONS, INC WOODBRIDGE CT		



Association for Information and Image Management

1100 Wayne Avenue, Suite 1100 Silver Spring, Maryland 20910 301/587-8202



Centimeter Inches 2.0

1.8

MANUFACTURED TO AIIM STANDARDS BY APPLIED IMAGE, INC.

Neuere Strömungen

in der

französischen Nationalökonomie

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

der

hohen philosophischen Fakultät

der

Universität Bern

vorgelegt von

Ewelina Wróblewska aus Warschau



Bern Buchdruckerei Iseli & Jensen

Neuere Strömungen

in der

französischen Nationalökonomie

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

der

hohen philosophischen Fakultät

der

Universität Bern

vorgelegt von

Ewelina Wróblewska aus Warschau



Bern
Buchdruckerei Iseli & Jensen

Auf Antrag des Herrn Prof. Dr. Oncken von der philosophischen Fakultät angenommen und mit dem Imprimatur versehen.

Bern, den 14. Dezember 1896.

Der Dekan der philosophischen Fakultät: Prof. Dr. Kostanecki.

In ihrer modernen Gestaltung hat die Nationalökonomie in Frankreich eigentlich im physiokratischen System Fuss gefasst. Die lebensfähigen Keime dieses Systems, nämlich: die freie wirtschaftliche Konkurrenz, der Liberalismus und Individualismus, haben in England ihre weitere Ausbildung gefunden, und zwar in den Schriften von Smith, Ricardo und Malthus. Beinahe ein ganzes Jahrhundert lang ist die atomistisch-individualistische Auffassung der Gesellschaft, wie sie bei den Physiokraten und in der britischen Ökonomie auftritt, vorherrschend gewesen. Sie hat ihre Zeit gehabt, doch ist diese Zeit in der Wissenschaft aller Länder längst vorbei mit Ausnahme von Frankreich. Überall hat sich eine Gegenströmung gegen die klassischen Dogmen erhoben, am schärfsten ist sie in Deutschland aufgetreten.

Einerseits der wissenschaftliche Socialismus von Marx, Rodbertus, Lassalle, welcher aus der klassischen Lehre selbst auf die Unmöglichkeit einer ewigen Dauer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung schliesst und mit kecker Hand an deren Grundlage rüttelt. Anderseits die ethisch-historische Richtung, welche die Dogmen der britischen Ökonomie in Frage stellt: sie protestiert gegen die mechanische und ungeschichtliche Auffassung des wirtschaftlichen Systems, wie sie sich im Smithianismus (weniger bei Smith selber) kund giebt. Die Gesellschaft wird als ein historisches und organisches Produkt aufgefasst, die Idee des Individuums, als einzigen Zieles der ökonomischen Entwicklung, weicht derjenigen der Gemeinschaft. Die historische Schule, namentlich die ältere, nimmt eine Mittelstellung zwischen dem Socialismus und dem Individualismus ein.1) Das nationale Element wird von ihr betont. Namentlich hat es Friedrich List dem kosmopolitischen Manchestertum gegenübergestellt, indem er die Nation als Mittelglied zwischen das

¹⁾ Wilhelm Roscher, Bruno Hildebrand, Knies, Friedrich List.

Individuum und die Menschheit hineingeschoben hat. Nicht nur ausschliesslich die Rechtspflege — behauptet er — sondern vor allem die ökonomische Erziehung der Nation durch gleichmässige Entwicklung ihrer produktiven Kräfte sei Aufgabe des Staates. Diese Entwicklung mache verschiedene Phasen durch und erst in der letzten könne Freihandel ohne Schaden für das Land eingeführt werden, da er sonst die aufkeimende Industrie ersticken könnte.

Diese Ideen stellten die Dogmen der britischen Ökonomie völlig auf den Kopf — aber noch weiter in der oppositionellen Richtung geht die kathedersocialistische Schule, von Adolf Wagner und dem Belgier Laveleye, welcher übrigens auch stark zu dem protestantischen Socialismus hinneigt, representiert. Die Lösung der socialen Frage schiebt sie in den Vordergrund, und zwar erwartet sie in dieser Hinsicht viel von einem vernünftigen Eingreifen des Staates, welcher als Beschützer der Schwachen auftreten und die socialen Ungleichheiten möglichst lindern soll. Übereinstimmend mit der historischen Schule älterer und jüngerer Richtung, aber noch entschiedener als diese, hält der Kathedersocialismus das privat wirtschaftliche Konkurrenzsystem für eine vorübergehende Phase der volkswirtschaftlichen Organisation.

Der junge deutsche Historismus¹) ist zu weit gegangen in seiner Reaktion gegen den manchesterlichen Dogmatismus. Er hat die Möglichkeit der Aufstellung irgendwelcher ökonomischer Gesetze geleugnet und der Wissenschaft als einzige Aufgabe für die nächste Zeit lediglich die Sammlung von Thatsachen, ein rein induktives Verfahren, angewiesen. Diese Ausschliesslichkeit hat wieder eine Reaktion hervorgerufen; diese gab sich kund in der österreichischen Schule. Unter der Führung von Menger, Böhm-Bawerk, Sax, Wieser, hat man sich wieder der Untersuchung theoretischer Probleme der Nationalökonomie zugewendet; namentlich wurde das Wertproblem sorgfältiger Analysen unterzogen. Die psychologische Begründung des Wertes, bis dahin meistens vernachlässigt, ist zum Ausgangspunkt dieser Forschungen geworden. Merkwürdigerweise ist diese subjektive Werttheorie ganz unabhängig und beinahe gleichzeitig in

drei Köpfen entstanden: bei Menger in Österreich, Stanley Jevons in England und Walras in der Schweiz.

Auch die von der historischen Schule vernachlässigte Deduktion hat wieder die ihr gebührende Stellung eingenommen, nachdem sie durch erkenntnistheoretische Untersuchungen der österreichischen Schule erweitert worden ist. In der allerneuesten deutschen Ökonomie offenbart sich die Tendenz nach einer Synthese der rein induktiven Historik mit einer tieferen, mehr philosophischen Auffassung der Wirtschaftsgeschichte - die Tendenz, Nationalökonomie zu einer eigentlichen Gesellschaftswissenschaft zu erweitern. Eine philosophische Vertiefung der historischen Methode, eine Verbindung der Deduktion mit der Induktion, Aufstellung eines festen Zusammenhanges der Nationalökonomie mit der Sociologie, das sind die Wege, welche die neueste Nationalökonomie jeder Wahrscheinlichkeit nach betreten wird. Als Vorläufer einer solchen historisch-philosophischen Methode erscheint uns Adam Smith, doch wurde seine Lehre von den Nachfolgern nur zu oft missverstanden und entstellt.

II.

Andere Wege ist die Nationalökonomie in Frankreich gegangen. Wie die individualistische Richtung in diesem Lande ihre moderne Gestalt erhalten hat, so scheint sie auch dort am festesten Boden gefasst zu haben. Bis auf die neueste Zeit ist sie vorherrschend geblieben.

Der oberflächliche, aber schriftstellerisch hochbegabte J.B.Say hat die Doktrinen Ad. Smiths verbreitet und dadurch eine enorme Popularität erlangt. Nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa war er, wenn gleich nicht berühmter, so gewiss gelesener als Smith selber. Say betrachtete sich selbst und galt auch lange Zeit als derjenige, welcher den Ideen Smiths eine bessere Anordnung gegeben, der sie popularisiert und auch vervollkommnet habe. Letzteres kann insofern gelten, als er das Smithsche System auf die Spitze getrieben hat. Der Begriff des Egoismus als eines Hauptfaktors des wirtschaftlichen Lebens, des freien Handels und der freien Konkurrenz, die möglichst grosse Beschränkung der Attributionen des Staates — Ideen, welche bei Smith mit Vorbehalt angenommen werden, treten bei Say in ihrer schroffsten

¹⁾ Lujo Brentano, Gustav Schmoller, Cohn, Adolf Held u. a.

Gestalt auf, als offenbare Wahrheiten, die nur der schlechte Wille bezweifeln könne. Der absolute Freihandel findet bei Say eine neue Bekräftigung in der von ihm aufgestellten Theorie der Absatzwege, nach welcher die Produkte um so leichter einen Absatzweg finden, je zahlreicher und verschiedenartiger sie sind, da Produkte nur gegen Produkte ausgetauscht werden können und folglich jedes neu entstehende Produkt sich zugleich einen Absatzweg schafft. Also kann der auswärtige Import der einheimischen Produktion nur Vorteil bringen, da er ihr einen Absatzweg eröffnet. Die neuere wirtschaftliche Entwicklung scheint diese Theorie der Absatzwege keineswegs zu bestätigen. Sie erweist sich als ganz ungenügend, um die wirtschaftlichen Krisen zu erklären.

Say hat seiner Zeit einen sehr grossen Einfluss ausgeübt, besonders auf die französische Nationalökonomie, welche bis auf den heutigen Tag auf ihn schwört. Eine gleiche Popularität erlangte sein Schüler, der glänzende Publicist Frédéric Bastiat mit seinem Buche "Harmonies économiques" 1850, in dem er die wunderliche Kraft der freien Konkurrenz zu schildern sucht. Im Gegensatz zu den englischen Klassikern fasst Bastiat die ökonomische Entwicklung ganz optimistisch auf. Der freien Konkurrenz ist die Kraft verliehen, alles Übel aus dem wirtwirtschaftlichen Leben zu entfernen; sie wird es mit der Zeit dahin bringen, dass die Wertschätzung eines Produktes durch das Arbeitsquantum, das es enthält, reguliert wird. Es ist falsch, dass die Lage der arbeitenden Klassen durch die Konkurrenz beeinträchtigt wird; sie ziehen als Konsumenten bei Verbilligung der Waren Nutzen aus allen wirtschaftlichen Fortschritten und können ummöglich dabei schlecht auskommen. Die Menschheit strebt zu einem gleichen Niveau, welches immer höher wird — also Vervollkommnung und Ausgleichung, dahin zielt der Fortschritt. In diesem Gange kann die Menschheit durch die Staatseinmischung nur gestört werden; also vollkommene wirtschaftliche Freiheit: Freiheit der Arbeit, des Handels, der Verträge, das ist die einzige Wohlthat, die man vom Staate fordern kann. Der Staat solle sich mit der Rolle eines Gendarmen begnügen. Wenn man in Betracht zieht, dass diese Gedanken in einer geradezu hinreissenden Weise ausgesprochen wurden, mit einer Klarheit und Festigkeit der Überzeugung,

die über alle Fälle des ökonomischen Lebens zu urteilen wusste, nimmt es einen nicht Wunder, dass Bastiat in Frankreich vielmehr gepriesen und gekannt war, als die weit tieferen und originelleren Denker der britischen Ökonomie selbst. Die französischen Autoren verstehen unter Klassikern hauptsächlich Say und Bastiat, und sogar die neuere, oppositionelle Richtung ist voller Ehrfurcht diesen nationalen Grössen gegenüber. «Die stolze Lehre des Fortschrittes durch die Freiheit», wie sie Fontenay, der begeisterte Anhänger Bastiat's, nennt, ist bis auf die neueste Zeit in Frankreich tonangebend geblieben. Eine ganze Reihe bedeutender Ökonomisten hat die Ideen Say's und Bastiat's geteilt und sie durch ihre Autorität bekräftigt, so dass sie auch noch gegenwärtig von der offiziellen Ökonomie Frankreichs als unanfechtbare Dogmen betrachtet werden. Theoretisch hat diese Richtung wenig neues geleistet; es wurden hauptsächlich die Lehren der Klassiker verbreitet, auch in der praktischen Wirtschaftslehre mit grossem Erfolg gearbeitet. Hier mag zuerst Rossi genannt werden, ein Italiener seiner Abkunft nach, der Nachfolger Say's auf dem Katheder des Collège de France. In seinem Werke "Cours de l'économie politique" hat er keine originelle Theorie aufgestellt, sondern die klassische Doktrin mit grosser Klarheit und Schärfe dargelegt: in der Werttheorie lehnt er sich an Smith an, in derjenigen der Rente an Ricardo, in der Bevölkerungslehre ist er ein strenger Malthusianer.

Ihm folgte auf dem Katheder des Collège de France ein gewesener St. Simonist, *Michel Chevalier*. Eine durchaus thätige Natur, hat er sich nicht nur mit rein wissenschaftlichen Fragen beschäftigt, sondern nahm in seiner doppelten Qualität als Staatsmann und Ingenieur einen lebhaften Anteil an allen öffentlichen Arbeiten seiner Zeit, er war z. B. einer der ersten und eifrigsten Vorkämpfer für Einführung der Eisenbahnen in Frankreich. Ebenso eifrig ist er für seine Lieblingsidee — den Freihandel — eingetreten. Zusammen mit *Blanqui*, *Faucher*, *Wolowski*, *Garnier* hat er die Freihandelsliga gegründet, und der 1860 mit England auf freihändlerischer Grundlage abgeschlossene Handelsvertrag war zum grössten Teil dem Einflusse *Chevalier's* zuzuschreiben. Den Socialismus, dem er einst gehuldigt, hat er 1848 in öffenlichen Konferenzen bekämpft. Gleiche Ideen vertrat der als

Freihändler schon obenerwähnte Joseph Garnier. Er hat mit Chevalier parallel gewirkt, nicht nur als Mitglied der Freihandelsliga, sondern auch als Beschützer der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung gegen das drohende Gespenst des Socialismus. Im Jahre 1848 hat er das Journal Jacques Bonhomme redigiert, welches sich zur Aufgabe stellte, das Privateigentum zu verteidigen. Vielmehr Popularisator der Theorien der klassischen Ökonomie als origineller Denker war Garnier auch einer der Begründer des Journal des économistes, welches eben die Verbreitung dieser Ideen in sein Programm setzte.

Der Franko-Pole Wolowski, welcher sich mehr mit praktischen ökonomischen Fragen wie Geld, Kredit befasste, als mit reiner Theorie, auch Hippolyte Passy und Dunoyer können als die älteren Vertreter der klassischen Ökonomie in Frankreich genannt werden. Wie auch die obenerwähnten waren sie eifrige Mitarbeiter des Journal des économistes. Diese Zeitschrift ist neben der Société d'économie politique das Bindeglied dieser festgeschlossenen Gelehrtengruppe geworden.

Die Idee der Société ist bei einem Diner im Freundeskreise 1842 entstanden. Man beschloss, sich allmonatlich am gleichen Tage zu versammeln, um Gedanken über ökonomische Fragen auszutauschen. Eugène Doire, Guillaumin, Garnier, Blaise waren die Begründer dieser Gesellschaft, welche bis auf den heutigen Tag fortbesteht, und alle wissenschaftlichen Kräfte, die mit dem streng klassischen Standpunkte übereinstimmen, konzentriert. Die Zahl der Mitglieder ist von 50 in 1845 auf 227 gegenwärtig angewachsen; unter ihnen befanden sich alle bedeutenderen Ökonomen der klassischen Richtung, und auch gegenwärtig ist sie ein Sammelpunkt für die Getreuen dieser Schule, wie G. de Molinari, Paul Leroy-Beaulieu, Frédéric Passy. Als Gäste hat die Société Männer wie Richard Cobden, Robert Mohl, Henry Carey, Sir Rowland-Hill empfangen, welche während ihrer Anwesenheit in Paris an ihren Sitzungen teilgenommen haben.

Die Berichte dieser Gesellschaft, Annales de la Société d'économie politique, sind in den letzten Jahren (1889—1896) in Bücherform erschienen und spiegeln ihre Thätigkeit wieder.

Die «Annalen» lassen neben theoretischen Diskussionen das ökonomische Leben Europas der letzten 50 Jahre vor unseren

Augen Revue passieren: Kanalbauten (der Suez-Kanal), Ausstellungen, Handelsverträge und nach 1870 die Mittel, die Kriegskontributionen zu zahlen, alles das wird in den Versammlungen der Société einer eingehenden Diskussion unterworfen. Der liberale Standpunkt ist überwiegend in der Beurteilung aller dieser Fragen, doch lassen sich, namentlich in letzter Zeit, auch andere Stimmen vernehmen. Die obligatorischen Versicherungen gegen Krankheit, Alter, Unfälle, wie sie 1889 im deutschen Reiche eingeführt wurden, machten viel Aufsehen in der Société. Die Diskussion darüber kehrte mehrmals in der Tagesordnung wieder und die meisten Stimmen haben sich dagegen erklärt, weil ein derartiges obligatorisches Versicherungswesen die individuelle Energie und Verantwortlichkeit hemme. Im vorigen Jahre aber (5. Februar 1895) hat sich eine Stimme vernehmen lassen, welche sehr entschieden die Erweiterung der Befugnisse des Staates forderte: Cheysson ist für das Einschreiten des Staates durch Unfallversicherung, Schutz der Kinderarbeit, wie auch in der Angelegenheit der Arbeiterwohnungen eingetreten. Er erklärt, prinzipiell gegen den Staatssocialismus zu sein und die Intervention jedesmal zu bekämpfen, sobald sie ihre Grenzen überschreite; dieser Kampf werde aber mehr Aussicht auf Erfolg haben, wenn die Ökonomen den Forderungen des gegenwärtigen ökonomischen Lebens entgegenkämen und dem Eingreifen des Staates ein weiteres Feld einräumten, als es bisher geschah.

Und ein anderer Redner, Limousin, unterstützt seine Äusserungen, indem er sagt, dass es vielleicht im feindlichen Lager viel Elemente gebe, welche nur einige Konzessionen verlangten, und um diesen Preis von Feinden zu Verteidigern würden. Von solchen Konzessionen wollen aber die Representanten der klassischen Ökonomie: Paul Leroy-Beaulieu, Frédéric Passy, Yves Guyot gar nichts wissen und der Grundton der Société bleibt nach wie vor unerschütterliche Treue der alten Doktrin.

Gleiches kann auch von dem 1841 gegründeten Journal des économistes gesagt werden. Es ist ein Organ zur Auslegung und Verbreitung der Lehren der klassischen Ökonomie, und stolz darauf, seine Grundsätze bis auf den heutigen Tag aufrecht erhalten zu haben allen unwissenschaftlichen Angriffen gegenüber. Für unwissenschaftlich gilt aber alles, was mit

den klassischen Dogmen nicht übereinstimmen will. Freihandel, freie Konkurrenz, Nichteinmischung des Staates in wirtschaftliche Angelegenheiten sind die leitenden Prinzipien des Journal. Bezeichnend für die Stellung, die diese Zeitschrift jeder abweichenden Richtung gegenüber einnimmt, ist die Kritik der Quatre écoles d'économie sociale 1890. Es sind dies vier Konferenzen, die in der Aula der Genfer Hochschule zu dem Zwecke veranstaltet wurden, um dem weiteren Publikum eine Idee von dem gegenwärtigen Zustande der politischen Ökonomie zu geben. Representanten der Le Play'schen, der kollektivistischen, der neuen und der klassischen Schule, welche sich «école de la liberté» genannt hatten, sind einer nach dem andern vor das Publikum getreten, um in kurzen Worten die Grundlage jeder dieser Richtungen klarzulegen.

Dem «Journal» scheint aber schon der Gedanke ganz wunderlich, dass man in der Nationalökonomie von vier besonderen Schulen redet. Was die kollektivistische Schule anbetrifft, dessen Grundideen von Gaston Stiegler dargelegt worden sind, so ist sie schnell abgefertigt. «Wir verstehen — sagt der Kritiker Ernst Brelay — dass man Rücksicht nehme auf den Wahnsinn, da er doch von unserem Willen unabhängig ist; aber loben kann man ihn nur dann, wenn man selber davon berührt ist». Dieses Kompliment tritt an die Stelle aller Kritik der kollektivistischen Ansichten. Im gleichen Tone wird von der «Ecole nouvelle», einer Konferenz von Charles Gide, gesprochen.

Neben den Annalen der Société d'économie politique und dem Journal spiegeln noch die Dictionnaires d'économie politique die klassischen Dogmen recht deutlich ab.

Wenn im Journal des économistes sich bis auf den heutigen Tag gar kein Zweifel an die absolute Richtigkeit und Unantastbarkeit der klassischen Dogmen vernehmen lässt und dem Zeitgeiste keine Zugeständnisse gemacht werden, so lässt sich eine ganz geringe Spur von etwas dergleichen in dem Nouveau dictionnaire d'économie politique von Léon Say und Joseph Chailley 1891 bemerken. Namentlich tritt dies hervor im Vergleich zu dem Dictionnaire de l'économie politique, der 1853 (zweite Ausgabe 1873) unter der Redaktion von Coquelin und Guillaumin ausgegeben war. Jener nannte sich absichtlich Dictionnaire de l'économie politique, das Wörterbuch der politischen Ökonomie, um zu

betonen, dass es ausserhalb der von ihm dargestellten Lehren keine politische Ökonomie geben könne. In seinem Vorwort heisst es: «Wir haben die feste Überzeugung, dass die National-ökonomie heutzutage vorgeschritten genug ist, um die geringsten Zweifel über ihre Grundlagen zu erlauben, und dass die Wahrheit dieser Prinzipien durch neue Forschungen ebensowenig erschüttert wird, wie die Elemente der Geometrie oder der Gesetze der Gravitation durch die Arbeiten des Lagrange oder Laplace. Wir können feststellen, dass die politische Ökonomie die meist positive und am wenigsten unvollkommene unter all den Wissenschaften ist, die den Menschen oder die Gesellschaft behandeln. »

Diese kühne Behauptung bleibt gänzlich aus in dem "Nouveau dictionnaire". Im Gegenteil heisst es dort in der Vorrede (von Joseph Chailley), dass gleich nach dem Erscheinen des älteren Dictionnaire «sich wahre ökonomische Revolutionen zugetragen haben. Es hat den Socialismus als tot erklärt und bald darauf lebte der Socialismus wieder auf, um sich in der ganzen Welt zu verbreiten; es hat sich über Prohibitionen und den Protektionismus beklagt und eine kurze Zeit später herrschte in ganz Europa — freilich nur vorübergehend — der Freihandel; es hat gegen den Staat zu Gunsten des Individuums gekämpft und der Staat trug den Sieg davon, während als Mittelglied zwischen das Individuum und dem Staate diese dritte, von den St. Simonisten verkündete Macht sich hineinschob und ungeheuer anwuchs - nämlich die Association. Diese Veränderungen sind heutzutage noch stärker geworden; neue Revolutionen sind den damaligen gefolgt, so dass gegenwärtig fast keine Frage mehr gestellt wird, wie der ältere Dictionnaire gestellt hatte: Weder das Verhältnis des Kapitals zur Arbeit, noch dasjenige des Individuums zum Staate, noch gar das der Produzenten zu den Konsumenten».

Das neue *Dictionnaire* bleibt jedenfalls gänzlich auf dem Standpunkte der liberalen Doktrin. «Unsere Meister sind *Turgot* und *Adam Smith*, *J. B. Say* und *Stuart Mill*, *Cobden* und *Bastiat*, *Herbert Spencer* und bis zu einem gewissen Grade die französischen Positivisten». Den Liberalismus will es aber nicht bis zum blinden Aberglauben gehen lassen. «*Malthus* würde bei uns seine Populationstheorie nicht unangetastet finden; *J. B. Say*

möchte uns in unserem Kampfe gegen den Staat und in der Verteidigung der Rechte des Individuums sehr gemässigt erscheinen. Die Integrität der liberalen Schule würde sich bei uns nicht vorfinden».

Mit diesem Vorbehalt bleibt das Dictionnaire seiner Doktrin treu bis zur Einseitigkeit: Als Mitarbeiter wurden nur die Gelehrten angenommen, welche vollständig den liberalen Ideen huldigen. In der Vorrede wird ausdrücklich erklärt, dass das Dictionnaire für ein weiteres Publikum bestimmt sei, welches unter den vielen neuen Theorien sich nicht zurechtfinden könne, deshalb sei es besser, diese gar nicht vorzuführen. So kommt es, dass im Artikel Kapital man sich über Stuart Mill aufhält, ohne die Untersuchungen der österreichischen Schule und diejenigen von Marx zu berücksichtigen. Solch ein Verfahren heisst jedenfalls der Wissenschaft zu enge Grenzen setzen. Dieser enge Standpunkt lässt sich in vielen Artikeln über die Grundfragen der Ökonomie bemerken. So kennt Courcelle-Seneuil (Art. Propriété et Appropriation) in der heutigen Wirtschaft keine anderen Mittel um Eigentum zu erwerben, als Arbeit und Ersparnis; folglich könne das Eigentumsrecht mit einem Schein von Wahrheit von keinem Menschen in Frage gestellt werden. Die Güter können überhaupt nur im Wege der Autorität oder der Freiheit angeeignet werden und Courcelle-Seneuil sucht zu beweisen, dass die zweite der beiden Arten vorzuziehen sei. Dass auch fremde Arbeit angeeignet werden könne, leugnet er vollständig; dieses wäre nur dann möglich, wenn man sich vorstellen könnte, dass einige Söhne ihre Väter nicht nur beraubt, sondern sie auch gezwungen hätten, für sich zu arbeiten 1). Da so etwas in der Geschichte nie vorgekommen ist und nicht vorkommen konnte, so ist Aneignung fremder Arbeit ausserhalb der Sklaverei gar nicht denkbar.

Ein anderer Mitarbeiter des Dictionnaire, Henry Baudrillart, sucht in Artikel Morale die vollständige Übereinstimmung der Moral mit den Dogmen der klassischen Ökonomie zu beweisen. Moralisch ist das Eigentumsrecht nicht nur an beweglichen Gegenständen, sondern auch an Grund und Boden, weil es

durch die Arbeit seine Berechtigung erhält. Moralisch auch das Kapital, weil es aus der Ersparnis entsteht. Moralisch ist die freie Konkurrenz weit mehr als die staatliche Reglementation der Arbeit, weil sie den industriellen Kräften freien Spielraum und einem jeden die Verantwortlichkeit für seine Thaten überlässt. Die entgegengesetzten Interessen beschränken sich gegenseitig, so dass das Eingreifen des Staates nur in Fällen von Rechtsverletzung notwendig erscheint. Und wenn in diesem Kampfe der Interessen der eine oder andere beschädigt wird, dann solle die Mildthätigkeit helfen, hier beginnt ihr Gebiet. Auch die Verteilung der Güter in der gegenwärtigen Organisation erscheint Baudrillart als vollkommen gerecht. Die Rente - als Lohn für Anwendung neuerer und besserer Produktionsarten, manchmal auch für ein wenig Glück (z. B. ein Stück Land in einer aufblühenden Stadt), der Kapitalzins - als Lohn für die Arbeit des Sparens und Erhaltens, auch für das Risiko - sind beide vollkommen berechtigt. Was die Arbeitslöhne anbetrifft, so ändern sie sich je nach den verschiedenen Berufsarten — was auch ganz gerecht ist. Dass die Gerechtigkeit sowohl der Kapitalbildung als auch der Verteilung des Einkommens sehr ernstlich bezweifelt worden ist, darum kümmert sich Baudrillart nicht im geringsten.

Paul Beauregard bestätigt noch (Artikel Concurrence) die Gerechtigkeit und die beseligenden Folgen des Regime der freien Konkurrenz. Es ist der in die menschlichen Verhältnisse hinübergetragene Kampf ums Dasein; wie bei anderen Tiergattungen, reichen auch bei den Menschen die Lebensmittel nicht aus, deshalb müssen die Schwächeren zu Grunde gehen. Es werden allerdings bei den Menschen die zu krassen Ergebnisse des Kampfes ums Dasein durch das moralische Gefühl gemildert. Die freie Konkurrenz ist und bleibt das beste Mittel, das ökonomische Leben zu regeln, ohne die Freiheit des Individuums zu beeinträchtigen. Sie überlässt die Sorge, in jedem einzelnen Falle zu entscheiden, denjenigen, die am meisten interessiert sind: so können die Arbeiter ihren Arbeitgeber, diese aber ihre Arbeiter selber wählen. Beauregard ist prinzipiell gegen alle gesetzliche Beschränkungen des Zinsfusses, des Arbeitstages für erwachsene Arbeiter u. s. w.

¹⁾ Art. Propriété § 655.

Es versteht sich von selbst, dass das Dictionnaire, welches in streng liberalem Sinne verfasst ist, sich in der Handelspolitik für den unbedingten Freihandel erklärt (Artikel Liberté des échanges von Sumner). Einmal angenommen, dass im Handel beide Teile gewinnen, heisst es, erscheinen alle Regelungen des Verkehrs als ganz überflüssig. Laissez-le aller. Und wer behauptet, dass die Formel laissez-faire kein Panaceum ist, der hat diese Formel gar nicht verstanden. «Es ist ein Mittel, die Kranken von dem Schaden zu bewahren, den ihnen die Arzte zufügen.» (S. 159).

Was das Verhältnis des Staates zum Individuum anbetrifft, darüber äussert sich im Dictionnaire Paul Leroy-Beaulieu. Dieser Punkt wird aber weiter bei Erörterung der übrigen Ideen dieses Autors berührt. Hier mag nur noch erwähnt werden, dass ein gewisses Eingreifen des Staates in das Gebiet der Wohlthätigkeit, um die Privatinitiative, die nicht immer genügend sei, zu ergänzen — vom Dictionnaire anerkannt wird, und dass diesem Gegenstande eine ganze Reihe von Artikeln gewidmet ist (Assistance, Bureau de bienfaisance, Dépôts de mendicité, Hôpitaux et hospices, Médecine gratuite, Mendicité, Taxe des pauvres — von Emile Chevalier bearbeitet).

Den Socialismus betrachtet das Dictionnaire als einen Feind, der mächtig und gefährlich genug ist, dass man mit ihm rechnen muss. Der Artikel Socialisme von d'Eichthal, Urbain, Guérin, Ludwig Bamberger giebt eine sorgfältige Darstellung und Kritik sowohl der theoretischen Begründung des Socialismus wie der gegenwärtigen socialistischen Bewegung. Im Ganzen genommen bildet das Dictionnaire mehr ein Lehrbuch der liberalen Ökonomie, als eine Encyklopädie, denn einen Aufschluss über den gegenwärtigen Zustand der theoretischen Fragen mit Berücksichtigung der verschiedenen wissenschaftlichen Standpunkte wird der Leser vergebens darin suchen. Der praktische Teil besitzt einen höheren Wert als der rein theoretische: Es ist eine Sammlung von Monographieen, von denen manche an Umfang einer Brochure gleichkommen (z. B. die Banken, das Budget, der Handel, die Agrikultur, das Geld, die Finanzen). Alles das aber, was in Widerspruch mit den orthodoxen Ansichten treten könnte, wird sorgfältig vermieden; so wird z. B. im Artikel Coopération die gegenwärtige sehr rege kooperative Bewegung

in Frankreich, welche allerdings von einem andern Standpunkte ausgeht als die klassische Schule — gar nicht berücksichtigt.

Nachdem wir die klassische Schule in Frankreich nach den Annalen der Société d'économie politique, dem Journal und den Dietionnairen zu charakterisieren versucht haben, wenden wir uns an ihre gegenwärtigen Vertreter und zwar an die beiden meist charakteristischen - G. de Molinari und Paul Leroy-Beaulieu. Am schroffsten tritt das absolute laissez-faire Prinzip bei Molinari auf: Der Staat ist für ihn ein Anachronismus, welcher notwentigerweise gänzlich verschwinden muss. In den Anfangsstadien der Kultur, als die Völker alle ihre Kräfte anstrengen mussten, um im Kriege von anderen nicht überwältigt zu werden, da war eine stramme Organisation der oberen Gewalt unentbehrlich. Jetzt aber leben wir in einer Epoche nicht kriegerischer, sondern wirtschaftlicher Konkurrenz, dagegen sind alle politischen, fiskalischen und ökonomischen Institutionen den Bedürfnissen einer weniger entwickelten Epoche angepasst 1). Es wird — behauptet Molinari — ganz unzweifelhaft dazu kommen, dass auch die öffentliche Sicherheit dem Regime der freien Konkurrenz unterworfen werden wird. Die Freunde der Freiheit brauchen nur die öffentliche Meinung aufzuklären, um diesen Zustand baldmöglichst herbeizuführen. Dieser Gedanke tritt auch in mehreren anderen Schriften Molinaris auf - so in den "Notions fondamentales d'économie politique et programme économique". Beseitigung aller politischen Institutionen, welche hauptsächlich den Kriegszwecken dienen sollten, Beseitigung des Krieges selber mit Hülfe einer Liga der Neutralen, Herabsetzung des Staates in der Rolle eines Gendarmen, den Forderungen der Väter der politischen Ökonomie gemäss, Erweiterung des Self-governement bis zu den höchsten Grenzen - das wären die vier Punkte des ökonomischen Programms Molinaris. Und es ist ihm so ernst mit dem absoluten laissezfaire, dass er sich seinerzeit in einem Studium über die Leibeigenschaft in Russland gegen die Ausstattung der Bauern mit Land, folglich gegen ihre Emancipation erklärte, im Namen der unerschüttelbaren Dogmen der Nationalökonomie. Seine praktischen Vorschläge würden aber eine völlige politische

¹⁾ Les lois naturelles de l'économie politique.

Anarchie bedeuten, oder vielmehr eine unbeschränkte Herrschaft des Kapitals. Eine solche prophezeit Molinari in seinem Artikel im Journal des économistes: L'évolution économique au XIX^es.: Die gegenwärtige ökonomische Entwickelung zielt dahin, dass die Grossindustrie das Kleingewerbe überwältige; sie ist auch viel vorteilhafter, denn durch Einführung besserer Werkzeuge steigert sie die Produktivität der Arbeit. Wir befinden uns jetzt in einem Übergangsstadium, indem der Kampf dieser beiden ökonomischen Faktoren noch nicht ausgekämpft ist, nur diesem Umstande könne man zum Teil manche Übelstände der gegenwärtigen Lage zuschreiben. Eine weitere Ursache wäre dies, dass einige Industriezweige sich noch unter dem Regime des Monopols befinden, und das schlimmste unter ihnen ist das Staatsmonopol, dessen Ausgaben noch schneller anwachsen, als die Fortschritte der Industrie. Es giebt kein allgemeines Mittel, dem jetzigen ökonomischen Übelstande abzuhelfen, nur von der fortschreitenden Centralisierung der Industrie, sowie auch von den Fortschritten des Self-governements könne man Abhülfe erwarten.

Neben den ökonomischen Ursachen ist auch der ungenügende Fortschritt der Bildung und der Moral daran Schuld, dass so ein Missverhältnis herrscht zwischen den Mitteln, Wohlstand zu erwerben, und den Wohlstand selber. Die Moral Molinaris ist eine rein utilitarische, auf der freien Konkurrenz basierte (Précis d'économie politique et de morale, La morale économique). Im Kampf ums Dasein werden in der Natur die Schwachen beseitigt, die Starken allein bleiben. Dieser Prozess der Erhaltung und der Ordnung hat zum Motor das Lust- und Unlustgefühl. Das Objekt der Moral formuliert Molinari folgendermassen: es ist die Kenntnis derjenigen Regeln, welche ein Individuum bewahren muss, um zur Aufrechterhaltung und zur Anhäufung der vitalen Kräfte der Menschheit zu gelangen.

Sowohl der ökonomische wie der moralische Fortschritt ¹) geschieht unter dem Regime der natürlichen Gesetze; diese sind: das Gesetz der Kraftersparnis, dasjenige der Konkurrenz und der Progression der Werte. Würde nichts das Walten dieser Gesetze stören, so würden sie der Menschheit eine zu-

nehmende Quantität von Reichtum gegen ein abnehmendes Arbeitsquantum verschaffen und das Maximum von Wohlstand sichern, welches die menschlichen Fähigkeiten und Existenzbedingungen erlauben.

Das Gesetz der Progression der Werte lautet: Wenn das Verhältnis der Quantität zweier Produkte oder Dienstleistungen, welche im Austausche geopfert werden, in einer arithmetischen Progression sich verändert, so ändert sich das Verhältnis der Werte dieser Produkte oder Dienstleistungen in einer geometrischen Progression. Der Wert ist eine Nützlichkeit, welche vermittelst der Arbeit hervorgebracht wird, Nützlichkeit also und Arbeit sind die beiden wertbestimmenden Faktoren. Erst der Tausch der Produkte und Dienstleistungen lassen das Phänomen des Wertes erscheinen, obwohl er es nicht schafft.1) Wovon hängt das Niveau des Wertes ab, d. h. die höhere oder geringere Quantität der Produkte oder Dienstleistungen, die man im Tausche bekommt? Von der Intensität der Bedürfnisse. 2) « Der Wert steigt oder sinkt, je nach der vergleichenden Intensität der Bedürfnisse, welche die Produkte oder Dienstleistungen befriedigen. Was entscheidet über die Proportion, in welcher die Produkte oder Dienstleistungen ausgetauscht werden? Das ist die vergleichende Intensität der Bedürfnisse. Die beiden Bedürfnisse fangen damit an, dass sie die geringste Quantität im Austausch gegen die grösste anbieten, aber das intensivere Bedürfnis erhöht sein Angebot rascher, als das weniger intensive, und der Tausch findet statt in dem Augenblick, wo nach der Meinung der Tauschenden die Befriedigung, welche dem einen die kleinste aufgegebene Quantität sichert, gleich ist derjenigen, welche dem andern die grösste Quantität verschaffen kann.» (La valeur s'élève ou s'abaisse, selon l'intensité comparée des besoins auxquels répondent les produits ou les services. Qu'est-ce qui décide de la proportion dans laquelle les produits ou les services seront échangés? C'est l'intensité comparée des besoins. Les deux besoins commencent par offrir la quantité la plus petite en échange de la plus grande, mais le plus intense augmente la sienne plus vite

¹⁾ Les lois naturelles de l'économie politique.

¹⁾ Art. Valeur im Dictionnaire.

²⁾ Notions fondamentales d'économie politique.

que le moins intense, et l'échange s'opère au moment où, dans l'opinion des échangistes, la satisfaction que peut produire à l'un la plus petite quantité offerte, est égale à celle que peut procurer à l'autre la quantité la plus grande.) Also ist Molinari in seiner Werttheorie zu gleichen Resultaten gelangt, wie die Subjektivisten, indem er den Wert von der Intensität der Bedürfnisse ableiten lässt. Das objektive Moment, die Arbeit, hat insofern Einfluss auf die Wertbestimmung, dass obwohl die Kaufkraft der auszutauschenden Gegenstände nicht dem Arbeitsquantum gleich kommt, das ihre Herstellung gekostet hat, so oscilliert sie doch um dasselbe. Der Preis, d. h. die Bestimmung des Wertes auf dem Markte, hat die Tendenz, nach dem Kostenpreise sich zu regulieren bei dem Regime der freien Konkurrenz: wenn die Bedürfnisse von ungleicher Intensität sind, da kann der Preis über oder unter die Produktionskosten treten; dies dauert aber nicht lange, denn die Kapitale werden in den Produktionszweig übergehen, welcher höhere Gewinne giebt und den verlassen, in dem sie unter das Niveau gesunken sind. Wenn sich aber die Produktion unter dem Monopolregime befindet, dann entscheidet die Intensität der Bedürfnisse allein und schraubt die Preise oft über den Kostenpreis hinaus. Also könne man in der Wertbestimmung ebenso wie im politischen und moralischen Leben der Menschheit nur von der absolutesten freien Konkurrenz Fortschritt und Gerechtigkeit erwarten: bei ihrem Walten wird das Produkt nach seinem Kostenpreise ausgetauscht, und die Kosten seiner Herstellung werden immer geringer, weil die Produktion, vom Monopol nicht gehemmt, durch das Gesetz der Kraftersparnis getrieben wird, sie immer mehr zu verringern.

Nicht so viel erwartet von der freien Konkurrenz der andere Repräsentant der klassischen Ökonomie in Frankreich, Paul Leroy-Beaulieu, namentlich geht er nicht bis zur Forderung der Abschaffung des Staates. Er will nur nicht den Staat als die höchste Form der Persönlichkeit anerkennen, 1) da dieser eine abgeleitete Persönlichkeit ist. Er kämpft gegen die physiologische Auffassung des Staates, welche in der

1) L'Etat moderne et ses fonctions.

modernen Sociologie die Oberhand gewinnt: es seien geistreiche, aber nichtssagende Vergleiche. Der Vergleich des Staates mit einem Gehirn ist sogar schädlich, denn wollte man ihn ganz genau nehmen, so würde er zu einer gänzlichen Unterwerfung des Individuums unter den Staat führen. Man könne aber unmöglich eine Analogie zwischen den Körperzellen, welche ein rein vegetatives Leben führen, und den Individuen durchführen, von denen jedes ein denkendes Wesen sei. Leroy-Beaulieu meint, viele Missverständnisse kämen davon, dass man die Gesellschaft mit dem Staate identifiziere. Die Individuen stehen keineswegs dem Staate isoliert entgegen, - ein jedes gehört verschiedenen socialen Gruppierungen an, der Familie, verschiedenen Vereinen. Die Befriedigung der kollektiven Bedürfnisse gehört nicht dem Staate allein, sie kann auch von freien Gruppierungen besorgt werden. Falsch ist die Behauptung, dass das Individuum ausserhalb des Staates nur vom Eigeninteresse getrieben werde. Die Okonomen und der grösste unter ihnen, Adam Smith, haben diesen Fehler begangen, indem sie behaupteten, dass gemeinnützige Anstalten, welche keinen Gewinn bringen, vom Staate übernommen werden müssten. Wir sehen gegenwärtig, dass Privatpersonen grosse Vermögen gerade solchen Anstalten opfern. Es ist überhaupt unmöglich, eine feste Grenzlinie zwischen der Sphäre der Thätigkeit der Individuen und derjenigen des Staates zu ziehen; die beiden durchdringen und ersetzen sich gegenseitig. Die Gesellschaft besitzt eine Kraft, durch spontane Kreationen ihren Bedüfnissen Genüge zu thun, ohne diese Befriedigung von der Intervention des Staates zu erwarten. So entstanden im Mittelalter Vereine zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit, wie z. B. die St. Hermandad in Spanien. Erst nach und nach hat das Prinzip der Teilung der Arbeit dem Staate manche Funktionen übertragen, die bisher von freien Gruppierungen besorgt waren. Manche dieser Funktionen sind noch lange Privatgesellschaften anvertraut geblieben, so ist es z. B. noch heutzutage mit dem Steuererheben, welches in Spanien, Rumänien und der Türkei auf diese Weise stattfindet.

Leroy-Beaulieu sucht an vielen Beispielen zu beweisen, dass der Staat des Erfindungsgeistes gänzlich entbehre. Alle grossen Entdeckungen, wie diejenigen des Pulvers, der Dampf-

L'Etat, l'individu et la société. Art. im Dictionnaire.

kraft, des Telephons, sind der Privatinitiative zu verdanken. Auch die Bildungsanstalten: die Ecole des sciences politiques, die Ecole centrale des arts et manufactures, sind ebenfalls der Privatinitiative zu verdanken. Und doch, trotzdem er der Privatinitiative ein möglichst grosses Feld einräumen möchte, erkennt auch Leroy-Beaulieu einige Fälle an, in welchen das Eingreifen des Staates ratsam erscheint. So ist es mit der Regelung der Frauen- und Kinderarbeit, so auch mit den Kolonien. Mit letzterer Frage hat er sich viel beschäftigt, den nordafrikanischen Kolonien Frankreichs sogar ein besonderes Werk gewidmet (l'Algérie et la Tunisie), und ist zu dem Resultate gelangt, dass der Staat an der Bildung der modernen Kolonien sich beteiligen müsse, denn ein solches Unternehmen übersteige die privaten Kräfte. Und die Kolonien sind notwendig, um den civilisierten Völkern, welche an Uebervölkerung leiden, Raum für ihren Überschuss zu schaffen und den nicht civilisierten Ländern unsere Kultur beizubringen.

Von dem atomistischen Begriffe der Gesellschaft, dem die Manchesterschule gehuldigt hat, ist Leroy-Beaulieu insofern abgewichen, als er die richtige Rolle der socialen Gruppierungen, die sich zwischen das Individuum und den Staat hineinschieben, anerkennt und neben dem Egoismus auch andere Triebfedern des ökonomischen Lebens sieht. Trotzdem erklärt er alle Lehren der klassischen Ökonomie als ein- für allemal festgestellt: « les lois qui président au capital, au salaire, à la répartition des richesses, sont aussi bonnes qu'inéluctables » 1) um gleich wieder in der Lohntheorie den Ricardoschen Standpunkt zu verlassen. Darin ist er dem Beispiele der gegenwärtigen liberalen Schule gefolgt, welche dies gethan hat, als sie sah, wie gefährliche Konsequenzen die Socialisten aus der Lehre Ricardos zogen. Sie neigt vielmehr zu der Theorie, dass die Lohnhöhe durch die Produktivität der Arbeit gesteigert werden könne.

Auf gleichem Standpunkte steht auch die französische Akademie, indem sie drei Arbeiten preisgekrönt hat, welche diese Theorie vertreten, nämlich diejenigen von Beauregard, Chevalier und Villey. Von Walker (The Wages Question) aufgestellt, von

Stanley Jerons aufgenommen, hat diese Theorie eine ziemlich grosse Verbreitung erlebt. Gleiches behauptet auch Leroy-Beaulieu; die Löhne¹) sind im Laufe des XIX. Jahrhunderts immer gestiegen, und das Schicksal der Arbeiter hat sich gebessert. Je produktiver die Arbeit, desto höher können die Löhne steigen, weil die zu teilende Produktenmasse steigt und dem Publikum sowohl wie dem Unternehmer die Möglichkeit giebt, den Arbeiter besser zu bezahlen. Bei steigender Produktivität der Arbeit wächst der Anteil des Arbeiters in gleichem Masse, wie der Anteil des Kapitals sinkt. So wäre den Arbeitern die Aussicht eröffnet, ihre Lage im Laufe der Kultur zu bessern.

Obwohl er also fest daran glaubt, dass Grundreformen der bestehenden ökonomischen Ordnung weder notwendig noch durchführbar seien, so behandelt *Leroy-Beaulieu* jedoch die Gegner dieser Ordnung nicht mit der in der liberalen Schule in Frankreich üblichen Missachtung. Der Bekämpfung des Socialismus hat er ein besonderes Werk gewidmet: *Le collectivisme*, in welchem er die kollektivistischen Doktrinen einer eingehenden Kritik unterwirft. Der Socialismus ist ihm ein «Gegner der Freiheit und des Fortschritts», doch seinen nahen Triumph brauche man nicht zu befürchten; jedenfalls gewinnt er aber viel mehr Anhänger, als man glauben möchte.

Neben den theoretischen Fragen hat sich Leroy-Beaulieu auch mit der wirtschaftlichen Praxis befasst, namentlich mit den Staatsfinanzen. Sein Traité de la science des finances ist eines der besten Werke dieser Art. Sein allgemeiner theoretischer Standpunkt kommt auch in diesem Werke zur Geltung: er protestiert gegen die sich immer mehr geltend machende Tendenz, möglichst viele Funktionen des öffentlichen Lebens in den Händen des Staates zu konzentrieren und gegen das daraus folgende Anwachsen der Budgets. Die modernen Völker machen einen Missbrauch sowohl von den Steuern, wie auch von den Anleihen, und dass Finanzkatastrophen bisher vermieden worden, ist nur zwei ökonomischen Ereignissen zu verdanken, nämlich: der Entdeckung der Dampfkraft und der reichen Goldminen von Kalifornien und Australien. Erstere

¹⁾ Précis d'économie politique, S. 401.

¹⁾ Art. Salaire im Dictionnaire.

hat den allgemeinen Wohlstand bedeutend gehoben, zweite durch Depreciation des Geldes die früheren Staatsanleihen faktisch, wenn auch nicht nominell, reduziert. Diese Angelegenheiten sind aber nur zufällig, und das einzige unfehlbare Mittel, ein gutes Finanzsystem zu schaffen, ist Sparsamkeit.

III.

Sowohl die Werke der gegenwärtigen Repräsentanten der klassischen Schule in Frankreich - Leroy-Beaulieus und G. de Molinaris, wie auch dessen kollektive Kundgebungen: die Société d'économie politique, das Journal des économistes, die Dictionnaires, zeigen nur ganz geringe Abweichungen vom liberalen Standpunkte. Man kann dieser Richtung eine gewisse Exklusivität und Einseitigkeit vorwerfen, trotzdem ihre Verdienste um die Wissenschaft - namentlich um ihren praktischen Teil - unverkennbar sind. Allen anderen Richtungen gegenüber hat sie sich feindselig verhalten und lange Zeit hindurch eine geistige Hegemonie auf die Nationalökonomie Frankreichs ausgeübt, und weder die psychologisch-subjektive, noch die staatssocialistische, noch die historische Schule sich frei entfalten lassen. Wie dies möglich wurde, darüber finden wir interessante Aufklärungen in einem Artikel Charles Gide's 1). Gide schreibt die Ursache, dass sich die historische Schule in Frankreich nicht entwickelt hat, dem Umstande zu, dass es den Franzosen an historischem Sinne mangle. Dieser Äusserung widerspricht die Thatsache, dass Frankreich eine ganze Reihe talentvoller Historiker besessen hat. Zutreffender scheinen die anderen von Gide citierten Ursachen zu sein; nämlich dass die Nationalökonomie in Frankreich sehr lange vom Hochschulstudium fern gehalten wurde und erst seit 1878 nach langen Debatten an den Universitäten eingeführt worden ist. So blieb den französischen Gelehrten der geeignetste Weg verschlossen, die ökonomische Wissenschaft zu verbreiten und unter Umständen auch Schulen zu bilden. Zwar wurde die Nationalökonomie im Pariser "Collège de France" vorgetragen, einer öffentlichen Anstalt, die von der Hochschule ganz unab-

hängig ist. Aber Vorträge vor einem Publikum, welches aus allen Altern und Ständen besteht, welches stets wechselt, können keine hohe Bedeutung für die Wissenschaft haben. Die ökonomische Wissenschaft blieb bis vor kurzem Eigentum einer kleinen Gelehrtenzahl, und darin mag auch vielleicht die Ursache liegen, dass sie so wenig Einfluss auf das Leben ausgeübt hat; denn während seit dem 18. Jahrhundert der Freihandel von allen Ökonomisten aufs entschiedenste gefördert worden ist, so blieb Frankreich im Laufe dieses ganzen Jahrhunderts schutzzöllnerisch. Nur in einer kurzen Frist, während des zweiten Kaiserreichs 1860-1870, folgte die Handelspolitik freihändlerischen Principien; jetzt ist man aber wieder in das alte Fahrwasser zurückgekehrt, während die Ökonomisten, sogar die neuen, wie Charles Gide, nach wie vor behaupten, dass in den gegenwärtigen Zuständen des Landes jedwede Schutzzölle überflüssig sind.

Wie es nun in dieser Gelehrtenzunft zugeht, darüber berichtet Gide im genannten Artikel. Es werden Konkurse ausgeschrieben und Geldpreise für die besten Arbeiten erteilt. So einen Preis zu erhalten, heisst für einen jungen Gelehrten seine Stellung in der Wissenschaft gesichert zu sehen, und ein mehrmaliger Laureat hat auch die beste Aussicht, einst unter die 40 Unsterblichen aufgenommen zu werden. Darum streben alle jungen Kräfte nach einem Preise, diese werden aber nur für solche Arbeiten gegeben, welche mit der orthodoxen Doktrin gänzlich übereinstimmen.

Es war und besteht noch ein erbitterter Kampf zwischen der sogenannten «Pariser Schule» und allen denjenigen, welche von deren Standpunkt abgekommen sind. Ein solcher Autor fand weder moralische noch materielle Unterstützung, war der Entrüstung der Gelehrtenzunft preisgegeben, sowie der verächtlichsten Kritik oder des Totschweigens des Journal des économistes, des tonangebenden Organs. Jede Möglichkeit des Aufkommens fehlte ihm, da die akademische Carriere bis vor kurzem nicht existierte, auch keine unabhängige Presse (die Revue d'économie politique wurde erst 1887 gegründet). Unter solchen Verhältnissen war es kein Wunder, dass die französische Nationalökonomie so zurückgeblieben ist im Vergleich mit der Wissenschaft anderer Länder. Und doch liessen sich

The economic schools and the teaching of political economy in France
 in Political science quarterly.

von Zeit zu Zeit Stimmen eines Protestes vernehmen gegen die rein krematistische Auffassung der Nationalökonomie, gegen den absoluten Individualismus, den Freihandel und die freie Konkurrenz, Stimmen, welche anfangs sehr leise klangen, aber immer lauter und zahlreicher wurden. Das Leben hat mehr und mehr die Nichtigkeit der Principien dargethan, welche das Wohl der Gesamtheit im freien Spiel des Egoismus sahen.

Wenn man näher zusieht, so zeigt sich, dass alle Ideen, welche eine Erneuerung der Wissenschaft in Deutschland hervorgerufen haben, auch in Frankreich talentvolle Repräsentanten gehabt haben — nur dass solche Neuerungen im ersten Lande Schule gemacht, während sie in der französischen Litteratur ohne Widerhall verklangen.

So ist das historische Moment, welches Comte mit glänzendem Erfolge in die Gesellschaftswissenschaft eingeführt hat, ohne jeglichen Einfluss auf die französische Nationalökonomie geblieben. Diejenige Richtung, welche gegenwärtig als staatssocialistische bezeichnet wird, hat sich in der französischen Litteratur schon 1819 kundgegeben, und zwar in dem Buche des Genfers Simonde de Sismondi: Nouveaux principes d'économie politique. Er tritt darin auf gegen diejenige Auffassung der Nationalökonomie, die zu seiner Zeit üblich war: sie befasse sich zu ausschliesslich mit der Produktion des Reichtums und viel zu wenig mit der Frage einer gerechten Verteilung. Die Lehren der britischen Ökonomie, deren eifriger Anhänger er im Anfange seiner wissenschaftlichen Carriere war, zielen - behauptet er später - darauf hin, dass die Armen immer ärmer, die Reichen aber immer reicher werden. Die Regierungen müssten die Aufgabe übernehmen, die Schwachen zu schützen. Sismondi ist der erste Ökonomist gewesen, der die Arbeiterschutzgesetzgebung gefordert hat.

Diese Lehren wurden sehr verächtlich von der liberalen Schule behandelt und Sismondi hat keine Schule gebildet. Eine gleiche oppositionelle Richtung aber, obwohl von ihm unabhängig, haben Bucher und Ott eingeschlagen. Ersterer, bekannt als Geschichtsphilosoph, hat in seinem Werke Introduction à la science de l'histoire 1833—1842 eine beissende, in einigen Punkten an diejenige von Marx erinnernde Kritik der gegenwärtigen socialen Zustände gegeben. In der heutigen

Gesellschaft ist niemand mit seiner Lage zufrieden, weil jeder nur seinen eigenen Interessen und Leidenschaften nachjagt, ohne sich im geringsten um die Allgemeinheit zu kümmern. Infolge dieses stark entwickelten Individualismus befindet sich die ganze Gesellschaft in einem Kampfzustande, der sich im ökonomischen Leben als Konkurrenz offenbart. Die Konkurrenz hat schädliche Wirkungen auf alle Klassen, behauptet er im Gegensatze zu den Verkündern einer Harmonie der Interessen. indem sie eine sittliche Erniedrigung verursache. Besonders leidet aber darunter die Arbeiterklasse. Es haben sich im Laufe der Geschichte zwei Klassen herausgebildet: eine besitzende und eine besitzlose, die für die erstere arbeiten muss. Infolge der Konkurrenz wird der Arbeitslohn auf das möglichst niedere Niveau herabgedrückt, was auf den physischen und moralischen Zustand der arbeitenden Klassen den verderblichsten Einfluss ausüben muss. Die Erfindung neuer Maschinen und finanzielle Krisen werfen zeitweise ganze Arbeitermassen aufs Pflaster, und diese sind gezwungen, irgend welche Arbeit auch für den niedrigsten Lohn anzunehmen, um nicht zu verhungern. Die Mildthätigkeit dient nur dazu, den Groll der Armen zu lindern, radikal kann sie dem Übel aber nicht abhelfen. Bucher spricht mit Entrüstung von der Malthus'schen Theorie, welche in der Übervölkerung die Ursache alles Übels suchen will. Ein Land wie Frankreich könnte eine dreimal so starke Bevölkerung ernähren, wären nur die socialen Verhältnisse besser geordnet. Einen tröstenden Gedanken hat aber Bucher seinen geschichtsphilosophischen Untersuchungen entnommen - den Glauben an den immerwährenden Fortschritt zum Guten. Der gegenwärtige traurige Zustand ist nur ein Übergangsstadium und es bedarf nur des guten Willens, um ihn möglichst abzukürzen. Als ein Mittel, diesen guten Willen zu äussern und die socialen Zustände auf friedlichem Wege zu bessern, betrachtet Bucher die Kooperation; er selber war ein begeisterter Verfechter dieser Idee, welche neulich von Gide aufgenommen und mit gleicher Begeisterung vertreten wird. Weder Sismondi noch Bucher haben einen Einfluss auf die herrschende Schule ausgeübt, und noch viel weniger die entschiedenen Gegner der bestehenden Ordnung - die Socialisten St. Simon, Fourier, Proudhon, Louis Blanc, Die of-

fizielle Wissenschaft hat sich von ihnen gleichsam durch eine chinesische Mauer abgegrenzt und ihre Ideen kurzweg als Wahnsinn bezeichnet. Auch gegen den absoluten Freihandel haben sich Stimmen des Protestes erhoben; am schärfsten tritt diese Richtung bei Charles Ganilh 1) auf, welcher ähnlich wie List das Prinzip der Nationalität betont und ein mässiges Schutzzollsystem verlangt, um die nationale Industrie zu fördern. Von der liberalen Schule gar nicht in Betracht gezogen, ist das Schutzzollsystem in der Handelspolitik Frankreichs vorherrschend geblieben. Neben den erwähnten Elementen, welche neue Ideen in die Ökonomie einzuführen sich bemühten, haben sich auch solche gefunden, die eine grössere Verbreitung erlebten und Schule gebildet haben. Le Play, Walras und die jungen Professoren der Nationalökonomie, welche sich um die Zeitschrift Revue d'économie politique gruppieren, sind es, denen dieses gelungen war. Letztere haben eine ziemlich radikale, der Pariser Schule feindliche Stellung eingenommen; gegen sie hat sich auch hauptsächlich ihr Groll gewendet.

Wohl war die Opposition Le Play's gegen den selbstzufriedenen ökonomischen Optimismus nur eine ganz harmlose
und der liberalen Schule konnte er nicht gefährlich erscheinen.
Er geht von einem moralisch-religiösen Standpunkte aus und
legt mehr Gewicht auf sittliche als auf materielle Reformen.
Ein 1864 publiziertes Werk: La réforme sociale en France,
déduite de l'observation comparée des nations européennes hat
Schule gemacht, die sich bis auf den heutigen Tag in steter
Zunahme befindet.

Le Play zweifelt daran, dass alles am besten in dieser besten aller Welten eingerichtet sei; woher kämen sonst diese in Frankreich so häufigen Revolutionen? Etwas ist nicht ganz in Ordnung in unserem socialen Leben und diesem Übel muss abgeholfen werden. Insofern steht Le Play auf demselben Standpunkte, wie die deutschen Kathedersocialisten; er unterscheidet sich aber gänzlich von ihnen in der Beurteilung sowohl der Ursachen dieses Übelstandes wie auch der Mittel, ihm abzuhelfen. Kein theoretisch starker Kopf, vermengt Le Play Glaubensdogmen mit wissenschaftlichen Untersuchungen

und kommt somit zur Überzeugung, dass der Sündenfall die Ursache alles Elends sei und dass letzterem nur durch sittliche Besserung abgeholfen werden könne. Wie der ökonomische Romantiker Adam Müller, sucht Le Play sein Ideal im Mittelalter: Man geht irre — behauptet er — wenn man glaubt, das Ancien Régime sei auf der Unterdrückung der Schwachen gestützt gewesen. Im Gegenteil, es war eine Zeit der Solidarität unter den Arbeitern und ihren Arbeitgebern, unter den Gutsbesitzern und den Bauern, einer Solidarität, die jetzt ganz verschwunden ist. Alle socialen Bande sind in der heutigen Gesellschaft losgelöst; man muss sie herstellen, um dem Menschen eine Stabilität seiner Lage zu sichern.

Die Autorität soll hergestellt werden: die Autorität der Kirche, der Familie und des Staates. Der Mensch kann nicht vereinzelt in der Gesellschaft dastehen: moralisch und materiell muss er an seine Familie gebunden sein; die Familie bildet die sociale Zelle. Im wirtschaftlichen Leben bleibt der Egoismus immer die hauptsächliche Triebfeder; nur in der Familie können altruistische Gefühle vorherrschen. Ein Teil der Menschheit muss immer, infolge der Erbsünde, dem Leiden preisgegeben werden. Das Gesetz der freien Konkurrenz beeinträchtigt Le Play keineswegs: die gegenseitigen Verhältnisse unter den Familien und den Staaten müssen auf sie basiert sein. Wissenschaftlich besteht das Hauptverdienst Le Play's in der Aufstellung einer neuen Untersuchungsmethode: er hat eine besondere Form der Beobachtung eingeführt, nämlich die Beobachtung nicht einzelner Thatsachen, sondern ganzer Thatsachenkomplexe in ihrer Entwicklung: des Zustandes und des Lebens von Arbeiterfamilien. Als Ingenieur hatte Le Play Gelegenheit, grosse Reisen in alle europäischen Länder zu machen und mit dem Volke in Verkehr zu treten. Diese Gelegenheit hat er benutzt, um Arbeiterfamilien in allen Industriezweigen und in allen Ländern zu studieren. Er beschreibt die Lebensweise, die Einkünfte, die Ausgaben, das intellektuelle und moralische Niveau einer jeden. Das Resultat seiner Beobachtungen hat er in einem Werke zusammengefasst: Ouvriers européens. Etudes sur les travaux, la vie domestique et la condition morale des populations ouvrières de l'Europe, précédés d'un exposé de la méthode d'observation. 1855.

¹⁾ Théorie de l'économie politique fondée sur les faits 1815 et 1822.

Le Play hat 2 Vereine gegründet, einen zum Zwecke der Fortsetzung seiner Studien über die Arbeiterfamilien, den andern um seine praktischen Reformprojekte ins Leben zu rufen.

Ersterer Verein - Société internationale des études pratiques d'économie sociale — ist hauptsächlich in Frankreich verbreitet, hat aber auch Verzweigungen in Belgien und in Kanada. Er befasst sich mit der Ansammlung von Monographien nicht nur ausschliesslich von Arbeiterfamilien, sondern auch von Werkstätten und Fabriken. Der Verein hat als Resultat seiner Arbeit 7 Bände publiziert unter dem Titel: Les oucriers des deux mondes. Der reformatorische Verein Unions de la paix sociale nimmt Mitglieder ohne Unterschied von Glauben und politischer Überzeugung auf, welche nur in einem Punkte übereinstimmen: die sociale Frage auf friedlichem Wege, nach dem von Le Play aufgeworfenen Projekte lösen zu suchen. Der Verein zählt gegen 3000 Mitglieder und giebt 2 Zeitschriften heraus: Réforme sociale (seit 1882), und Science sociale (seit 1886). Die Reformen, die er durchzuführen sucht, beruhen auf einem Zusammenwirken von Religion, Barmherzigheit im weitesten Sinne des Wortes, Entwicklung der fürsorgenden Institutionen, Associationen, und endlich der Mitwirkung des Staates. Das religiöse Gefühl muss gepflegt werden, es sind grosse Wohlthätigkeitsanstalten einzurichten, kooperative Gesellschaften zu gründen, welche aber nur als Ergänzung des Lohnes gelten können, ihn aber durchaus nicht zu ersetzen trachten. Die Eigentümer von grossen industriellen Anstalten sollen durch entsprechende Einrichtungen ihre Arbeiter gegen Alter, Krankheit und Unfälle versichern, was viel zweckmässiger ist (nach den Anhängern der Le Play'schen Schule) als staatliche Versicherungen. Das Eingreifen des Staates soll - je nach Umständen - grösser oder geringer sein. Schutz der Frauen- und Kinderarbeit, Wahrung der Sonntagsruhe diese Punkte soll das Eingreifen des Staates nur in Ausnahmsfällen überschreiten. Im allgemeinen sollen die Reformen darauf hinzielen, die Arbeiter mit ihrem Schicksal zufrieden zu machen, teilweise durch Besserung ihrer Lage, teilweise dadurch, dass man sie mit derselben aussöhnt; letzteres ist eben die Aufgabe der Religion. Dieses religiöse Moment der Le Play'schen Schule hat eine stärkere Ausbildung in einer seiner

Abzweigungen gefunden, nämlich in dem katholischen Socialismus, welcher unter der Führung des Grafen de Mun in Frankreich zu grosser Entwicklung gelangte.

Die Le Play'sche Schule hat eine weit geringere theoretische als praktische Bedeutung. Sie ist eine von den gegenwärtig so zahlreichen sozialen Reformbestrebungen, die ein Symptom sind, dass es mit der Harmonie der Interessen schlecht bestellt ist und dass die heutige Gesellschaft auf recht schwachen Grundlagen beruht. — Le Play und seine Schule treten übrigens der klassischen Richtung nicht feindlich gegenüber, im Gegenteil, sie stimmen ihr in vielen Punkten bei; so in der Abneigung gegen jedes stärkere Eingreifen des Staates in wirtschaftliche Angelegenheiten; ein solches wird nur in Ausnahmefällen zugelassen. Der Hauptunterschied besteht in der Verleugnung des ökonomischen Optimismus und des absoluten Individualismus, indem zwischen das Individuum und die Menschheit verschiedene sociale Gruppierungen hineingeschoben werden. Der Egoismus als wirtschaftliche Triebfeder ist zwar nicht verleugnet, doch wird neben ihm das altruistische Princip als in gewissen Fällen vorherrschend aufgestellt. Auch ist die Lösung der socialen Frage nicht der Zeit und den technischen Fortschritten überlassen, sondern es werden praktische Massregeln zur Linderung des Zustandes der arbeitenden Klassen in Aussicht gestellt. Nicht alle diese Mittel scheinen glücklich gewählt zu sein; so das Bestreben, das autoritäre Princip durchzuführen, was auch von allen Reformprojekten Le Play's bisher am wenigsten gelungen ist. Ein wichtiger Unterschied von der klassischen Schule besteht auch in der Le Play'schen Methode; er hat die Beobachtung mehr zur Geltung gebracht und auf diese Weise gegen das überwiegend - wenn auch nicht ausschliesslich — deduktive Verfahren angekämpft. Die Le Play'schen Ideen haben sich als lebensfähig erwiesen; die von ihm gegründeten Vereine prosperieren ganz vorzüglich und treiben sogar eifrige Propaganda durch periodische Vorlesungen und Konferenzen in Paris und anderen Städten Frankreichs. Die Methode der Familienmonographien ist in der Wissenschaft allgemein anerkannt worden und hat auch in anderen Ländern, besonders in England, Nachahmung und Weiterbildung gefunden. In den letzten Jahren ist unter der Leitung

von Charles Booth eine Enquête veranstaltet worden, welche binnen zweier Jahre eine eingehende Beschreibung des ganzen arbeitenden Londons geliefert hat, indem sie Monographien von 36,000 Londoner Familien sammelte. Mit ähnlichen Untersuchungen befassen sich E. Engel in Deutschland, C. Landolt in der Schweiz.

In der gegenwärtigen französischen Nationalökonomie rechnet die Le Play'sche Schule zahlreiche Anhänger, sowohl unter den älteren wie auch ganz neuen Schriftstellern, wie Urbain Guérin (L'évolution sociale), Georges Michel, Alfred Renouard (Histoire d'un centre ouvrier), Maroussen (Charpentier indépendant de Paris) und Charles Perrin (Les doctrines économiques depuis un siècle), Professor an der katholischen Universität zu Löwen. Unter den Gesinnungsgenossen Le Play's ist er derjenige, welcher am stärksten das religiöse Moment betont hat. Dem Mangel an religiöser Gesinnung und auch den gottlosen Doktrinen, welche die Autorität der Vernunft an die Stelle der göttlichen Offenbarung setzen wollen, schreibt er die gegenwärtige sociale Krisis zu 1). Der Liberalismus ist ihm gleich verhasst wie der Socialismus. Wohlstand sei gar nicht Zweck der menschlichen Existenz, behauptet er; im Gegenteil, eine Jahrtausende lange Erfahrung lehre, dass die Armut unentbehrlich sei. Sie kann nur gelindert werden und zwar durch Wohlthätigkeit. Da aber diese ungenügend ist, um die ihr zufallende Aufgabe zu erfüllen, so muss ihr das Prinzip der Association zu Hülfe kommen. Die französische Revolution hat die Korporationen vernichtet - sie müssen aber wieder aufgerichtet werden, nur mit einigen Veränderungen, um den Bedürfnissen der gegenwärtigen Produktionsweise zu entsprechen. Mit den praktischen Forderungen Perrins kann man übereinstimmen oder sie verwerfen - jedenfalls sind sie noch diskutierbar. Was aber seine Kritik der gegenwärtigen Gesellschaft anbetrifft, so ist sie gar nicht ernst zu nehmen: der Glauben an die göttliche Offenbarung gehört in die Theologie, nicht in die Wissenschaft.

In die Fussstapfen *Perrins* tritt auch sein Nachfolger auf dem Katheder der katholischen Hochschule zu Löwen, *Vietor Brants (Lois et méthode de l'économie politique)*.

Zur Le Play'schen Richtung gehört noch teilweise Funck-Brentano, Professor in der Ecole libre in Paris, welcher sich die Entrüstung der orthodoxen Schule zugezogen hat durch die Behauptung, dass die Nationalökonomie immer verworrener wurde in dem Masse, als sie sich entwickelte (Nouveau précis d'économie politique). Übrigens verhält sich Funck-Brentano skeptisch sowohl der klassischen, wie auch allen anderen Richtungen gegenüber.

IV.

Eine andere, von der klassischen abweichende Richtung hat Léon Walras, vormals Professor in Lausanne, eingeschlagen. Er ist zweifellos der originellste Denker unter den gegenwärtigen französischen Ökonomen. Trotzdem ist er, was auch manchem anderen bedeutenden Gelehrten passierte (Cournot zum Beispiel) von der Pariser Akademie gänzlich verkannt worden. Dieses thäte ihm sehr leid — berichtet Walras 1) — vielmehr noch für diese gelehrte Gesellschaft, als für ihn selber. Überhaupt hat Walras mehr Anerkennung im Auslande, namentlich in England gefunden, als in Frankreich. Edgeworth²) drückt sich folgendermassen über ihn aus: «Le professeur Walras est dans le très petit nombre de ceux à qui a été accordé l'honneur d'avoir fait une découverte en économie politique. Les titres de Ricardo à la théorie de la rente ne sont pas mieux établis que ceux du professeur Walras à une théorie encore plus compréhensive que celle de la rente. Ce sont des titres fondés sur l'originalité de la théorie plutôt que sur la propriété.»

Seine hauptsächliche Originalität besteht in der mathematischen Methode und auch in der subjektiven Werttheorie, von welcher er mit strenger Konsequenz sein ganzes System ableitet.

Diese Theorie ist eigentlich französischen Ursprungs. Schon im 18. Jahrhundert von Condillae aufgestellt, war sie auch von Dupuit und Cournot vertreten, dann von Walras dem älteren, dem Vater des oben erwähnten. Bis auf die neueste Zeit ist sie Einzelerscheinung geblieben, ohne Schule gebildet zu haben.

¹⁾ Avant-Propos des Doctrines économiques. S. IV.

¹⁾ Eléments d'économie politique pure, IIe ed. Préface. p. XIX.

²⁾ Artikel im V. Bande der Revue d'économie politique.

Erst in der neueren französischen Nationalökonomie offenbart sich eine Tendenz, dem Werte eine subjektive Grundlage zu geben, und zwar auch im klassischen Lager, bei *Molinari* nämlich. Gleiches lässt sich auch bei *Gide* und *Cauwés* bemerken; bei ihnen wurde aber diese Theorie mehr von der österreichischen Schule, als von den älteren französischen Vorbildern abgeleitet.

Ebenfalls ist die mathematische Methode auf französischem Boden entstanden, und zwar hat schon *Quesnay* das mathematisch-deduktive Verfahren *Descarte's* in die Wissenschaft eingeführt, dann ist es von *Cournot* und *Walras* dem älteren gebraucht worden.

Léon Walras ist also in die Fussstapfen seines Vaters getreten, was er auch mehrmals in seinem Werke erwähnt.

Er hat ein Werk unternommen, welches in 3 Teile zerfallen soll:

- I. Elements d'économie politique pure ou théorie de la richesse sociale.
- II. Elements d'économie politique appliqué ou théorie de la production agricole, industrielle et commerciale de la richesse.
- III. Eléments d'économie sociale ou théorie de la répartition de la richesse par la propriété et l'impôt.

Diese 3 Teile sind durch eine gemeinsame ökonomische Thatsache verknüpft — durch die Seltenheit nämlich. Nur solche Gegenstände kommen in der ökonomischen Wissenschaft in Betracht, welche selten sind, d. h. zugleich nützlich und in begrenzter Quantität vorhanden. Die Seltenheit aber hat dreierlei Folgen:

- 1. Den Tauschwert die seltenen Gegenstände haben Wert und können gegen einander ausgetauscht werden.
- 2. Die Gewerbethätigkeit sie sind produzierbar und vermehrbar.
 - 3. Das Eigentum sie können angeeignet werden.

Der Tauschwert wird in der reinen Ökonomie behandelt, die Gewerbethätigkeit in der praktischen, das Eigentum bildet den Inhalt der socialen Ökonomie, der Répartitionstheorie, welche eine moralische Wissenschaft ist. Die reine Ökonomie ist eine physisch-mathematische Wissenschaft und als solche solle sie den Gebrauch der mathematischen Methode nicht scheuen, weil diese am besten geeignet ist, ihre Lehren klar und präcis auszudrücken. Walras definiert die reine Ökonomie als eine Wissenschaft, welche sich mit dem socialen Reichtum zu befassen hat. Dieser besteht aus seltenen, sowohl materiellen wie auch immateriellen Gegenständen. Zu bestimmen, wie die Preise dieser Gegenstände unter dem hypothetischen Regime der freien Konkurrenz aufgestellt werden, das bildet die Aufgabe dieses Teiles der Ökonomie.

Die reine Ökonomie zerfällt in 4 Abteilungen:

- 1. Theorie des Tausches.
- 2. Theorie der Produktion.
- 3. Theorie der Kapitalisation.
- 4. Theorie des Geldes.

Diese hängen folgendermassen zusammen:

Die Theorie des Tausches soll — bei gegebenen Quantitäten von Produkten — ihre Preise bestimmen. In der Theorie der Produktion treten eben diese Quantitäten von Produkten als unbekannt auf und müssen von gegebenen Quantitäten der Kapitale (Grund und Boden, unbewegliches und bewegliches, persönliches Kapital) abgeleitet werden. — Auf welche Weise die Kapitale entstehen, das soll die Theorie der Kapitalisation ermitteln.

Der Tauschwert ist die Beschaffenheit einiger Güter, nicht umsonst hergegeben zu werden, sondern nur gegen ein entsprechendes Quantum von anderen Gütern. Der Käufer eines Gegenstandes ist zugleich Verkäufer eines anderen und umgekehrt, so dass ein jeder Tauschakt in zweifachem Kauf und Verkauf besteht. Die getauschten Gegenstände heissen Waren. Der Tausch findet statt auf dem Markte, wo er vom Gesetz der Nachfrage und des Angebotes unter dem Regime der freien Konkurrenz geregelt wird. Die freie Konkurrenz betrachtet Walras als eine Hypothese, unentbehrlich, um in der reinen Ökonomie operieren zu können. Die Preise sind vom Verhältnisse der Nachfrage zum Angebot abhängig. Folglich muss man die Gründe der Nachfrage zu erforschen suchen, um die ersten Ursachen der Festsetzung und Veränderung der Preise

kennen zu lernen. Die Seltenheit, der Grenznutzen (intensité du dernier besoin satisfait) ist der Faktor, welcher die Nachfrage bestimmt. Der Tausch findet statt zu dem Zwecke, den tauschenden Parteien den möglichst grossen Nutzen zu gewähren. Walras formuliert diesen Gedanken folgendermassen 1): «Deux marchandises étant données sur un marché, la satisfaction maxima des besoins ou le maximum d'utilité effective a lieu pour chaque porteur, lorsque le rapport des intensités des derniers besoins satisfaits, ou le rapport des raretés est égal au prix. Tant que cette égalité n'est pas atteinte, il y a avantage pour l'échangeur à vendre de la marchandise dont la rareté est plus petite que le produit de son prix par la rareté de l'autre, pour acheter de cette autre marchandise, dont la rareté est plus grande que le produit de son prix par la rareté de la première.»

Nützlichkeit also mit Seltenheit verbunden sind die zwei Faktoren, aus welchen der Tauschwert abzuleiten ist. Die Preise der Waren verändern sich nur dann, wenn ihre Nützlichkeit oder Quantität verändert wird.

Beim Austausche einiger Waren unter einander werden ihre Preise auf solche Weise bestimmt, dass man den Preis derienigen Ware erhöht, dessen Nachfrage höher als das Angebot ist, und lässt den Preis derjenigen sinken, dessen Angebot die Nachfrage übersteigt. Indem man den Preis der Ware A festgesetzt hat, kann es vorkommen, dass man ihr Gleichgewicht im Verhältnisse zu B und C zerstört, deshalb muss eine ganze Reihe von solchen Versuchen gemacht werden, und nach einem jeden wird man der Wahrheit näher kommen, bis man die Marktpreise bei dem Gleichgewicht des Marktes erlangt hat (prix courants d'équilibre du marché). Das Gleichgewicht des Marktes findet dann statt, wenn das effektive Angebot der effektiven Nachfrage gleich kommt (l'offre effective la demande effective). Effektives Angebot heisst das Angebot einer bestimmten Quantität von Ware zu einem bestimmten Preise, effektive Nachfrage — die Nachfrago einer bestimmten Quantität von Ware zu einem bestimmten Preise.

Dieses Problem des Tausches einiger Waren unter einander hat Walras in seinen Eléments algebraisch gelöst und es für geometrisch unlösbar erklärt. 1896 hat er aber eine Broschüre erscheinen lassen: Appendice aux éléments d'économie politique pure, in der er die von ihm neu gefundene geometrische, mit Figuren demonstrierte Lösung giebt.

Auf gleiche Weise, wie das Gleichgewicht des Warenmarktes in der Theorie des Tausches, wird das Gleichgewicht des Produktenmarktes in der Theorie der Produktion von Walras demonstriert (algebraisch in den Eléments, geometrisch im Appendice). Die Produktionskosten üben einen Einfluss nicht auf den Preis der Produkte aus, sondern auf ihre Quantität, denn um die Gleichheit des Verkaufspreises der Produkte mit ihrem Kostenpreise (prix de vente et prix de revient) zu erlangen, wird man die Quantität derjenigen Produkte erhöhen, deren Verkaufspreis den Kostenpreis übersteigt und die Quantität dieser herabsetzen, deren Kostenpreis den Verkaufspreis übersteigt.

Das Gleichgewicht des Dienstleistungenmarktes (marché des services productifs) wird ebenso wie derjenige des Produktenmarktes aufgestellt. Eigentlich werden im Mechanismus der Produktion Dienstleistungen gegen Dienstleistungen ausgetauscht — eine in der Form von Dienstleistungen, die andere als Produkte. Die beiden Phänomene — Aufstellung des Gleichgewichtes auf dem Produkten- und dem Dienstleistungenmarkte — geschieht gleichzeitig, und die geometrische Darstellungsweise erlaubt den ganzen Prozess der Produktion klar und übersichtlich zu demonstrieren.

In der Theorie der Kapitalisation verfährt Walras ebenso wie in derjenigen des Tausches und der Produktion (algebraisch in den Eléments und geometrisch im Appendice): das Gleichgewicht des Kapitalmarktes wird auf solche Weise aufgestellt, dass man den Preis der neuen Kapitale durch Herabsetzung des Zinsfusses (taux du revenu) erhöht, wenn die Nachfrage der neuen Kapitale das Angebot übersteigt und den Preis der neuen Kapitale durch Erhöhung des Zinsfusses herabsetzt, wenn das Angebot der neuen Kapitale die Nachfrage übersteigt.

Der Mechanismus des Tausches, der Produktion und Kapitalisation unter dem Regime der freien Konkurrenz funktioniere auf solche Weise, um maximale Bedürfnisbefriedigung zu sichern. Die freie Konkurrenz erscheint also bei Walras

¹⁾ Eléments. S. 104.

als ein Automotor und Autoregulator des wirtschaftlichen Lebens. Mit der klassischen Schule geht er aus einander: er verwirft die *Ricardo*sche Rententheorie¹), das englische Lohngesetz (das übrigens auch von den Repräsentanten der französischen Liberalen — *Leroy-Beaulieu* — verworfen wird) und Kapitalzinstheorie. Der Ertrag von Grund und Boden, die Arbeitslöhne und der Kapitalzins²) sind durch das Gesetz von Nachfrage und Angebot geregelt, welches seinerseits wieder auf den Grenznutzen zurückzuführen ist.

Auf der Grenznutzentheorie basiert also Walras sein ganzes System der reinen Ökonomie. Konsequenter als die anderen französischen Subjektivisten — Gide und Caucés — schliesst er das objektive Moment von der Wertbestimmung gänzlich aus. Die Arbeit selber hat nur deshalb Wert, weil sie nützlich und selten ist — folglich ist die Smithsche Werttheorie ungenügend. Ebenso wenig ist Walras mit J. B. Say einverstanden, welcher den Wert aus der Nützlichkeit allein ableiten will: es giebt viele nützliche Gegenstände, die jedoch ganz wertlos sind, weil in unbegrenzter Quantitat vorhanden. Sein Vater — behauptet er — ist der erste Ökonomist, welcher den Begriff der Seltenheit in die Wissenschaft eingeführt hat. Er selber folge nur seinem Beispiele.

Den vierten Teil des Walrasschen Werkes bildet die Theorie des Geldes. Mit diesem Gegenstande hat er sich ausführlicher befasst — 1887 hat er darüber seine Théorie de la monnaie ausgegeben.

Das Geld hat dreierlei Aufgaben zu erfüllen:

- 1. es soll als Wertmesser, Valuta dienen (numéraire);
- 2. als Tauschvermittler (monnaie de circulation);
- 3. als Mittel, Ersparnisse zu machen (monnaie d'épargne intermédiaire de crédit).

Es ist von grösster Wichtigkeit, dass der Preis derjenigen Ware, in welcher die Preise aller anderen ausgedrückt werden, des Geldes nämlich, möglichst unveränderlich sei. Von diesem Standpunkte aus müsse man die Geldfrage beurteilen. Walras verwirft beide Formen des Monometallismus (Gold- und Silberwährung), weil dann die Preise je nach der Produktion dieser Metalle variieren müssen. Auch ist er gegen den Bimetallismus, denn die Produktion von Gold und Silber verändert sich nicht gleichmässig. Walras erklärt sich für die Goldwährung, wobei das Silber die Rolle eines Regulators spielen sollte (billon régulateur). Das Gold würde die eigentliche Valuta bilden; seine Prägung müsste frei sein, folglich sein Wert als Geld seinem Werte als Ware gleich kommen. Es würde im internationalen Verkehr gebraucht werden, und im nationalen, bei grösseren Zahlungen. Daneben müssten zwei verschiedene Billons funktionieren: eines als Scheidemünze, aus Silbermünze von 1/2, 1 und 2 Franken bestehend, und eines als Regulator; letzteres würde von 5 Frankenstücken gebildet sein, die vom Staate in solcher Quantität geprägt sein sollten, um die Fixität der Preise möglichst aufrecht zu erhalten: bei sinkenden Preisen müsste ihre Quantität erhöht, bei steigenden aber herabgesetzt werden. Dadurch wäre erzielt, dass man den Preis des Geldes von den Veränderungen in ihrer Quantität, welche in unregelmässigen Perioden eintreten, befreien möchte. In der lateinischen Münzkonvention — behauptet Walras — liesse sich so ein System der Alternativwährung sehr leicht durchführen; man könnte sehr gut die Silbermünze zum Regulator machen.

Den letzten Abschnitt seiner Ökonomie widmet Walras den Tarifen, Monopolien und den Steuern. Wenn er in den vorhergehenden Abteilungen die freie Konkurrenz als eine Hypothese betrachtet, so erscheint es ihm hier als bewiesen, dass sie in Bezug auf Tausch, Produktion und Kapitalisation das geeignetste Regime ist, um die maximale Bedürfnisbefriedigung herbeizuführen. Ausnahmen sind jedoch zulässig, sowohl was die Produktion wie auch die Verteilung der Güter anbetrifft, inwiefern aber — darüber äussert er sich nicht und verweist auf die noch nicht erschienenen Teile seines Werkes: Eléments d'économie politique appliquée und Eléments d'économie sociale. — Mit der gegenwärtigen ökonomischen Lage schien Walras

¹) In seinem Appendice begrüsst Walras mit grossem Gefallen ein neu erschienenes Buch von Vickstead: An essay on the coordination of the Laws of Distribution, welcher ebenfalls auf mathematischem Wege zur Verwerfung der Ricardoschen Rententheorie gelangte.

²) In diesem Punkte geht er mit der österreichischen Schule aus einander: Böhm-Bawerk (Kapital und Kapitalzins) sucht eine andere Erklärung des Kapitalzinses, uämlich in dem Unterschiede des Wertes der gegenwärtigen von demjenigen der zukünftigen Güter.

sich keineswegs zufrieden zu stellen. Er beteiligte sich an der Ausgabe einer Zeitschrift "Le Travail", welche in Lausanne 1867—68 erschien und den Interessen der arbeitenden Klassen, beziehungsweise auch socialen Reformen gewidmet war. Die Richtung dieses Organs war nichts weniger als radikal: es stellte sich zur Aufgabe die Förderung der Kooperation, um die Lage der arbeitenden Bevölkerung zu bessern und die Klasse der kleinen Eigentümer zu vermehren. Weitgehende sociale Umwälzungen, wie die früheren deutschen Genossenschafter und von den neueren Gide mit seinen Anhängern zu erlangen hoffen, erwartete "Le Travail" gar nicht.

In den Rahmen einer solchen Zeitschrift klingen einige Ausserungen, welche Walras in dem Artikel: La recherche de l'idéal social ausgesprochen hat, beinahe revolutionär. Man darf nicht, behauptet er, mit Moralisten wie Baudrillart und Dameth alle Übel der gegenwärtigen Gesellschaft nur der Immoralität zuschreiben: gewiss, diese mag wohl zur Vermehrung des Pauperismus beitragen, doch wirkt der Pauperismus seinerseits höchst auflösend auf die Moral. Also, frägt er, solle man zuerst moralisieren, um das Elend zu vertreiben, oder lieber das Elend beseitigen, dann kommen von selbst bessere Sitten? Barmherzigkeit, allerlei Versicherungen (gegen Krankheit, Alter u. s. w.) und Associationen sind gewiss zweckmässige Mittel, dem Übel abzuhelfen, aber sie rechnen einzig und allein auf die Privatinitiative und sind deshalb ungenügend. Die Kollektivität muss einschreiten, um Reformen in den socialen Institutionen durchzuführen - und zwar in den Eigentumsverhältnissen und im Steuerwesen. Einen Plan dieser Reformen wollte Walras in seinen Vorlesungen entwickeln, die er im folgenden Jahre in Paris halten sollte (das Idéal social waren nämlich auch seine Pariser Kollegien, welche er drucken liess); diese sind aber nicht zu stande gekommen. Gegen die Konklusionen des Socialismus protestiert Walras entschieden, indem er sie für unwissenschaftlich erklärt. Andererseits nähert er sich aber einer Art von Agrarkollektivismus. Das private Eigentum will er gar nicht beseitigen; von der moralischen Persönlichkeit des Menschen, von seiner Freiheit und Verantwortlichkeit leitet er dessen Berechtigung ab. Nur bezieht sich diese Berechtigung ausschliesslich auf solches

Eigentum, welches das Produkt persönlicher Arbeit ist, und Walras sieht ganz klar, dass dieses selten in der gegenwärtigen Gesellschaft der Fall ist. Die persönlichen Befähigungen, das Kapital, insofern wie es durch persönliche Arbeit entstanden ist, solle ganz und gar im privaten Besitze bleiben, sogar nicht durch persönliche Steuern belastet werden. Die Grundrente aber sollte alle Lasten tragen, weil sie naturgemäss der Kollektivität angehört.

Was die wissenschaftliche Stellung Walras anbetrifft, so lassen wir ihn selber darüber reden 1): «On compte aujourd'hui je ne sais combien d'écoles en économie politique, l'école déductive et l'école historique, l'école du laissez-faire et l'école de l'intervention de l'état ou du socialisme de la chaire, l'école socialiste proprement dite, l'école catholique, l'école protestante. Pour moi, je n'en reconnais que deux: l'école de ceux qui ne démontrent pas et l'école que j'aspire à fonder de ceux qui démontreront leurs énonciations. C'est en démontrant rigoureusement les théorèmes élémentaires de la géometrie et de l'algèbre, puis les théorèmes de l'analyse de la mécanique qui s'en déduisent, pour les appliquer à des données expérimentales, qu'on réalise les merveilles de l'industrie moderne. Procédons de même en économie politique, et nous parviendrons à agir sur la nature des choses dans l'ordre économique et social comme on le fait dans l'ordre physique et industriel.»

Und es wäre wirklich schwer, Walras zu irgend einer der existierenden ökonomischen Schulen anzurechnen. Mit der klassischen geht er in recht vielen Punkten sowohl in theoretischen Fragen wie auch in seiner Beurteilung der gegenwärtigen ökonomischen Lage. Am meisten nähert er sich der österreichischen Schule und den englischen Ökonomisten durch seine Methode und subjektive Werttheorie. Doch geht er weiter in den Konsequenzen, die er aus der Grenznutzentheorie zieht, und ist auch ausschliesslicher Subjektivist, während sowohl Böhm-Bawerk wie Edgewarth und auch die Franzosen Gide und Cauwés die Arbeit und die Produktionskosten in der Wertbestimmung in Betracht ziehen, schliesst er sie gänzlich aus.

Das System Walras scheint wie aus einem Guss, so klar und konsequent ist es durchgeführt. Eine grosse Popularität

¹⁾ Appendice aux Eléments d'économie politique pure.

wird es trotz seines hohen wissenschaftlichen Wertes nie erlangen, weil seine mathematische Methode es den meisten Lesern unzugänglich macht.

In seinem nächsten Wirkungskreise, auf der Lausanner Hochschule, werden die Traditionen des Professor Walras von seinem Nachfolger fortgesetzt: Vilfredo Pareto liess im Jahre 1896 ein Buch erscheinen: Cours d'économie politique, welches in seinen Hauptzügen mit dem Standpunkte Walras übereinstimmt, trotzdem es der Originalität nicht entbehrt. - Pareto ist Subjektivist. Da in der subjektiven Werttheorie der Ausdruck «Nützlichkeit» eine sehr wichtige Rolle spielt, so schreitet er vorerst an seine nähere Definition. Man müsse Nützlichkeit im gewöhnlichen Sinne von der Begehrenswürdigkeit (Pareto braucht hier das aus dem Griechischen gebiltete Wort ophélimité) unterscheiden. Die Begehrenswürdigkeit ist Nützlichkeit im subjektiven Sinne; so z. B. hat für das Kind der Unterricht im Lesen gar keine Begehrenswürdigkeit, ebenfalls die Medizin, zu deren Annahme es gezwungen wird, trotzdem beide für dasselbe sehr nützlich sein können, Die Begehrenswürdigkeit haftet keineswegs den Sachen an, sie geht vom Subjekt auf das Objekt über. Bisher — behauptet Pareto — hat man in der Nationalökonomie die Begehrenswürdigkeit, welche hier allein in Betracht kommt, immer mit einer objektiven Eigenschaft vermengt. Die Frage, warum ein Gegenstand mehr als andere begehrt werde, steht nicht der Nationalökonomie an, zu entscheiden, Sie nimmt die existierende Thatsache zum Ansgangspunkte ihrer Erörterungen. Es ist weit schwieriger, die Nützlichkeit zu definieren, weil uns das Kriterium fehlt, nach welchem wir urteilen könnten. Mit der Begehrenswürdigkeit fällt sie nicht gänzlich zusammen, doch kann man annehmen, dass für ein Volk, welches sich normal entwickelt, die ökonomische Begehrenswürdigkeit mit der ökonomischen Nützlichkeit zusammenfällt. Der ökonomische Gebrauchswert fällt mit der Begehrenswürdigkeit zusammen. Auf der Begehrenswürdigkeit basiert auch der Tauschwert; doch hier handelt es sich nicht um direkte Begehrenswürdigkeit, sondern um diejenige eines andern Gegenstandes, die man sich durch den Tausch verschaffen kann. Die Vermengung der beiden Begriffe: Nützlichkeit und Begehrenswürdigkeit findet Pareto

in denjenigen Theorien, welche Wert aus der Arbeit abzuleiten suchen. Den Grenznutzen, die Seltenheit (Walras' Ausdruck), den Wert des letzten Atoms, nennt Pareto: Elementäre Begehrenswürdigkeit (ophélimité élémentaire); es ist die letzte Quantität eines Gegenstandes, welche noch ein Bedürfnis befriedigt. Die totale Begehrenswürdigkeit ist die Summe der ersten, zweiten u. s. w. Portion eines Gegenstandes. Jeder Gegenstand, welcher eine solche elementäre Begehrenswürdigbesitzt, ist ein ökonomisches Gut. Ebenso wie Walras, basiert Pareto auf diesem Begriffe der elementären Begehrenswürdigkeit seine ganze reine Ökonomie, welche, auch wie bei Walras, aus der Aufstellung des ökonomischen Gleichgewichtes in der Theorie des Tausches, der Produktion und Kapitalisation, zu dem Zwecke, eine maximale Bedürfnisbefriedigung zu erlangen, besteht.

Das ist die erste Annäherung (première Approximation), in welcher die ökonomischen Phänomene betrachtet werden. Die Analyse solle nicht nur die Gebiete verschiedener Wissenschaften von einander abgrenzen, sie müsse auch in jeder Wissenschaft walten. Man kann kein Phänomen in allen seinen konkreten Details erkennen — nur Ideale, die mehr oder weniger der Wirklichkeit entsprechen. Die Gestalt der Erde zu beschreiben — ist die Aufgabe der Astronomie, und das wäre die erste Annäherung in der Erdkunde. Die zweite wird uns von der Geographie geliefert — die Beschreibung nämlich von Meeren, Kontinenten, Inseln u. s. w. Eine dritte Annäherung giebt die Topographie, welche noch mehr in der Beschreibung der Erdoberfläche ins Detail geht. Ein jedes Sandkörnchen aufzuzählen — damit kann sich aber keine Beschreibung unserer Erde abgeben.

Aus diesem Beispiele sieht *Pareto* eine Analogie für die ökonomische Wissenschaft: die reine Ökonomie giebt die erste Annäherung, die äussere Form der Phänomene; die angewandte Ökonomie (économie appliquée) wird mehr ins Detail gehen und die zweite Annäherung liefern — aber die Regelung des ökonomischen Lebens eines jeden Individuums kann nie in den Rahmen der ökonomischen Wissenschaft treten.

In dieser ersten Annäherung verfährt Pareto nach der mathematischen Methode. Er will ihr aber nicht ausschliesslich huldigen. Die Nationalökonomie betrachtet er als eine Naturwissenschaft, gegründet ausschliesslich auf Thatsachen. Eine jede ihrer Theorien müsse in dem einzigen Kriterium der Wahrheit — in der Erfahrung — ihre Beglaubigung suchen. Ebenso gut historische und statistische Forschungen, wie auch biologische Wissenschaften können der Nationalökonomie von Nutzen sein. Pareto befürwortet den Zusammenhang der ökonomischen mit allen anderen socialen Phänomenen — und widmet diesem Gegenstande den zweiten Band seines Werkes (noch nicht erschienen), welcher von der socialen Evolution handeln wird. Darin braucht er am meisten die Hülfe der Biologie.

In seiner ersten Annäherung (approximation) wirft er ein folgendes Bild von der menschlichen Gesellschaft auf 1): « La société humaine nous apparait ainsi comme un vaste agrégat de molécules, qui rendent des services, consomment des produits et épargnent; et de centres, ou de glandes, où l'épargne se transforme en capitaux, et les produits, les uns dans les autres. Une partie de ces opérations se fait sous le régime de la libre concurrence, une autre partie sous le régime des monopoles. En outre des parasites vivent dans ce milieu, en s'appropriant les biens produits par les autres individus, »

Was den zweiten Punkt, die Umwandlung der Ersparnisse in Kapitale anbetrifft, so weicht Pareto von Walras ab und nähert sich, obwohl nicht ganz, der österreichischen Schule. Der Reinertrag der Kapitale stellt den Unterschied der zukünftigen von den gegenwärtigen Gütern dar, wobei der Ortsunterschied eine gleiche Rolle spielen kann, wie der Zeitunterschied. Der Reichtumsgrad derjenigen, die über die Ersparnisse verfügen, hat auch einen Einfluss in der Bestimmung des Kapitalertrages: die Begehrenswürdigkeit eines jeden Frankens vermindert sich, je mehr der Reichtum des Besitzers wächst. Abstinenz ist Quelle der Ersparnis, aber nicht Ursache des Ertrages: ein Weinbesitzer, welcher nicht gerne Wein trinkt, treibt keine Abstinenz, wenn er ihn verkauft; das ist aber noch kein Grund, dass er ilm gratis hergeben sollte. Unter dem Regime der freien Konkurrenz wird sich die Ersparnis unter

alle Kapitalarten gleichmässig verteilen, infolge der Bemühungen der Unternehmer, möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Gleiches wäre auch unter jedem künstlichen Regime der Fall, z. B. im socialitären Staate, nur wäre dann das Verfahren ungemein komplizierter.

Unter dem «Unterschied des Wertes der gegenwärtigen und zukünftigen Güter» ist der Unterschied der Geldsummen, die sie ausdrücken, nicht der Güter selber gemeint; der Wert des Geldes ist veränderlich. Pareto legt nicht ein so grosses Gewicht auf die Unveränderlichkeit des Geldwertes, wie Walras. Er ist gegen das von letzterem vorgeschlagene System der Alternativwährung und möchte den Geldumlauf ganz dem Regime der freien Konkurrenz überlassen: das Geld ist ein Kapital wie jedes andere und verteilt sich durch den Mechanismus der freien Konkurrenz unter die verschiedenen Länder und verschiedenen Individuen so, dass jedem ein Maximum von Begehrenswürdigkeit gesichert ist. Jeder Versuch, auf gesetzlichem Wege den Geldumlauf zu regulieren, hatte immer die schädlichsten Folgen gehabt.

Das Buch *Paretos* ist ausserdem ein Beweis dafür, dass die mathematische Methode sich in der Nationalökonomie immer mehr das Bürgerrecht erwirbt und dass der Wunsch *Walras*', es möchte sich eine Schule bilden, die ihre Aussagen beweisen werde, nunmehr in Erfüllung geht. In England, Österreich und in der Schweiz (Lausanne) findet die mathematisch-deduktive Methode talentvolle Vertreter und bildet eine Reaktion sowohl gegen die Übertreibungen des Historismus in Deufschland, wie auch gegen die Einseitigkeit der klassischen Schule.

V.

Ihren schlimmsten Feind hat sich die Pariser Schule selber geschaffen durch die Einführung der Nationalökonomie in das Programm des Hochschulstudiums; es geschah zu dem Zwecke, die gesunden Doktrinen der klassischen Lehre der Jugend beizubringen; fatalerweise aber haben sich die Professoren selber gegen diese Doktrinen erklärt. Wie eigentümlich dieses Studium aufgefasst wurde, zeigt ein in der Revue d'économie politique publizierter Artikel. Der Autor, Alfred Jourdan, ein

¹⁾ Cours d'économie politique, S. 70.

Jurist, welchem das Lehramt der Nationalökonomie anvertraut wurde, sagt, es sei ganz recht gewesen, den Juristen diese Aufgabe zu übertragen. Zwar verstehen die meisten nichts davon; doch ist die Nationalökonomie eine so leichte Wissenschaft, dass man sie ganz gut erlernen kann, indem man sie vorträgt. Es fragt sich nur, wie es bei solchem gleichzeitigen Lernen der Professoren und Studenten mit der Wissenschaft bestellt sein mag. Freilich wäre es auch schwer gewesen, anders zu verfahren, da sich kaum genug Specialisten gefunden haben würden. Und so kam eine ganze Reihe junger Juristen dazu, ein Fach vorzutragen, das sie zuerst selbst erlernen mussten. Viel war jedenfalls dabei gewonnen, trotzdem dass die Vorträge vielleicht anfangs darunter zu leiden hatten, und namentlich war es vorteilhaft bei den besonderen Verhältnissen in der französischen Nationalökonomie. Diese Juristen machten sich an das Studium als kritisch geschulte Männer, ohne jede Voreingenommenheit für diese oder jene Schule; in das alte Fahrwasser gerieten sie nicht gänzlich, im Gegenteil, sie beschränkten sich nicht nur auf das Lesen von Werken des Say, Bastiat und ihrer Nachfolger, sondern machten sich auch mit anderen Richtungen bekannt. Sie begannen, neue Ideen vom Katheder herab im Publikum zu verbreiten; so wurde eine geistige Bewegung hervorgerufen, welche die alten Dogmen einer strengen Kritik unterzog. Wie Gide, selbst einer dieser jungen Professoren, scherzweise bemerkt, gefiel ihnen als Juristen nicht, dass der Staat ganz beiseite bleiben solle; sie wollten durchaus «Gesetze machen.» Diese neue Generation von Professoren hat keine einheitliche Schule gebildet; eines nur haben sie gemeinsam: einen Skepticismus gegenüber der alten Ökonomie, ein Suchen neuer Wege, neuer Lösungen vieler Fragen, teilweise in der Wissenschaft anderer Länder, teilweise in eigenen Forschungen. Einige von ihnen sind der alten Schule ganz treu geblieben, so Alfred Jourdan und Edmond Villey, beide Laureate der Akademie. Andere aber sind stark von ihr abgewichen; am weitesten gehen in dieser Hinsicht Charles Gide, Professor in Montpellier und Paul Caucés in Paris; sie sind die eigentlichen Führer der Opposition, sie haben sich auch den stärksten Unwillen der orthodoxen Schule zugezogen. — Eine beträchtliche Rolle in diesem Kampfe spielt die von dieser Professoren-

gruppe ausgegebene Zeitschrift, die Revue d'économie politique, gegründet 1887.

Unter der Redaktion von Ch. Gide, Alfred Jourdan, Edmond Villey und Léon Dupuit herausgegeben, hat sich die Revue folgendes Programm gestellt: Keinen ausschliesslichen Tendenzen zu huldigen, allen Meinungen freien Raum zu lassen, alle besseren Kräfte des In- und Auslandes zur Mitarbeit heranzuziehen. Diese Duldung aller Ansichten erklärt, dass in der Redaktion dieser Zeitschrift, welche einen jedenfalls oppositionellen Charakter trägt, Männer wie Villey und Jourdan Platz gefunden haben. Die Revue wurde zum Vermittler zwischen der französischen Wissenschaft und der des Auslandes und machte die neuen Ideen des letzteren dem französischen Publikum bekannt. Dieses ist ein wichtiger Teil der Thätigkeit sowohl der Revue wie überhaupt der ganzen neuen Richtung. Bisher hatte der französische Chauvinismus, besonders seit 1870, alles, was deutsch war, abgelehnt und das ist auch eine der Ursachen, dass die Nationalökonomie in Frankreich verhältnismässig zurückgeblieben ist. Die Revue hat gehalten, was ihr Programm versprochen; die wichtigsten Fragen der Wissenschaft sind in ihren Spalten von talentvollen Schriftstellern verschiedener Richtungen behandelt worden, was der Zeitschrift einen eklektischen Charakter verleiht. Dass die Revue den Bedürfnissen der Wissenschaft entsprochen hat, zeigt der Beifall, den sie gefunden. Nach einer zweimonatlichen ist sie zu einer Monatsschrift geworden. Sie ist, nach einem Ausdrucke Gides, eine für die freie Luft und den Sonnenschein weitgeöffnete Lucke. Unter ihren Mitarbeitern zählt sie alle Professoren der Nationalökonomie auf den juridischen Fakultäten in Frankreich, deren Organ sie eigentlich ist.

Um zu zeigen, wie alle Strömungen, welche die neuen französischen Nationalökonomen bewegen, in der «Revue» sich zusammenfinden, mögen einige sehr bezeichnende Artikel hier hervorgehoben werden.

Ethische Elemente der Kathedersocialisten, induktive Methode der historischen Schule, die subjektiv-psychologischen Momente der Österreicher, ein ganzes System tiefgehender socialer Umwälzungen vermittelst der Kooperation — alles dies

erscheint in der Revue und bildet zugleich die konstitutiven Elemente der Systeme Gides und Cauwés.

Ökonomisten historischer Schule, wie Lujo Brentano¹), Gustav Schmoller²) machen mit der Methode und den Tendenzen ihrer Richtung bekannt; ausserdem ist der Historismus vertreten in einer ganzen Reihe bedeutender Monographien derselben Autoren und anderer, wie Bücher³) und Schmiedland⁴).

Die österreichische Schule ist durch ihre bedeutendsten Repräsentanten dargestellt: Menger im Artikel: Über die Theorie des Kapitals; Böhm-Bawerk: Die neue Theorie des Kapitals, Über die Werttheorie.

Eine der bedeutendsten Persönlichkeiten unter den jüngeren Ökonomisten Frankreichs ist Ch. Gide. Er ist einer der Redaktoren der «Revue» und übt einen starken Einfluss auf die Richtung dieser Zeitschrift aus. Deswegen ist auch seine Lieblingsidee, die Kooperation, recht ausführlich darin behandelt. Durch seine Bemühungen haben Anhänger der Kooperationsidee aus vielen Ländern ausführliche Monographien über deren gegenwärtigen Zustand geliefert; Frankreich wird von Gide selber behandelt, ausserdem sind auch die spanischen, portugiesischen, deutschen, englischen und nordamerikanischen Zustände dargestellt, so dass die Revue ein recht umfassendes Material über diese Frage liefert.

Die sociale Frage wird in der Revue von verschiedensten Standpunkten aus behandelt. Optimistische Ansichten äussern darüber *Lujo Brentano*⁵) und der Franzose *Beauregard*⁶); nach ihnen besteht eigentlich gar kein Gegensatz zwischen den Interessen des Arbeiters und des Fabrikanten, da (nach *Beauregard*) mit der steigenden Kultur die Löhne nicht nur absolut, sondern auch relativ steigen, indem sie einen immer beträcht-

licheren Teil des Reinertrages bilden; *Brentano* wieder behauptet, dass jede Besserung in der Lage des Arbeiters von Nutzen für den Fabrikanten ist, da die Ergiebigkeit der Arbeit mit abnehmender Länge des Arbeitstages steigt und sucht dies durch Ziffern zu beweisen.

Ebenso optimistisch ist *Brentano* gesinnt im Artikel: Über die letzten Ursachen des socialen Elends — wo er in den Kartellen ein Heilmittel sieht, dem Chaos in der heutigen Wirtschaft und somit der vornehmlichsten Ursache des socialen Elends — den wirtschaftlichen Krisen — vorzubeugen.

Neben diesen finden sich so radikale Ansichten wie die des Professor Issaïew: Die hauptsächlichsten Ursachen der ökonomischen Krisen. In der Beurteilung dieser Ursachen steht er ganz auf dem socialistischen Standpunkte: die wichtigste von allen scheint ihm das gestörte Verhältnis der Verteilung des Einkommes zur Ergiebigkeit der Arbeit zu sein. Letztere steigt immerzu in der gegenwärtigen Wirtschaft, der Anteil des Arbeiters an dem Produkte wächst aber nicht. Darum ist die Kaufkraft der grossen Mehrzahl zu schwach im Verhältnis zu der immer grösseren Produktenmasse, und Absatzstockungen sind unvermeidlich. Radikal kann diesem Übelstande nur dadurch abgeholfen werden, dass der Staat in den Besitz aller Produktionsmittel tritt.

Über die sociale Frage äussert sich auch ein amerikanischer Schriftsteller, Laurence Gronlund: Der Socialismus als moralisches und nationales Problem. Er betont hauptsächlich den ethischen Charakter des Socialismus; dieser ist berufen, eine neue, höhere Moral zu begründen. Bemerkenswert ist in diesem Artikel eine Tendenz zum Mysticismus.

Es könnte merkwürdig erscheinen, dass zur Charakteristik einer französischen Zeitschrift hauptsächlich Artikel ausländischer Autoren vorgeführt werden. Die Revue ist aber ihrem Programm — Mitarbeiter ohne Unterschied der Nationalität herbeizuziehen — so treu geblieben, dass sie vielmehr ein internationales als ein französisches Organ wurde. Und zwar ist alles bedeutendere darin aus der Feder der deutschen Nationalökonomen; die Franzosen selbst bieten recht wenig originelles. Von den französischen Autoren erscheinen folgende als Mitarbeiter, ausser den oben genannten: Fournier de Flaix, Jules

¹⁾ Une leçon sur l'économie politique classique. IIIe vol.

²⁾ L'économie politique, sa théorie et sa méthode. VIII^e vol. De la division du travail au point de vue historique.

³⁾ Formes d'industrie. VI.

De la division du travail et la formation des classes sociales.

⁴⁾ Formes d'industrie, VI.

⁵⁾ Uber die Verhältnisse zwischen dem Arbeitslohne, der Dauer der Arbeit und ihrer Produktivität.

⁶) Über die Erhöhung der Arbeitslöhne im 19. Jahrhundert. Über den Anteil des Arbeitslohnes im Reinertrag.

Rambaud, Charles Turgeon, Louis Wuarin, Mataim, Ferneuil, Beaujou, Milet, Achard, Urbain Guérin, Maroussem, Henri St. Marc. Erwähnenswert ist der Artikel St. Marc's: Ein Studium über die Nationalökonomie auf den deutschen Hochschulen, welcher später auch in Buchform erschien. Diese Arbeit ist ein Zeichen, wie hoch die deutsche Wissenschaft in Frankreich geschätzt wird. St. Marc ist von der Redaktion ausgesandt worden auf eine Reise durch die deutschen Universitätsstädte, um die Methode des Unterrichts der Nationalökonomie und namentlich die ökonomischen Seminarien zu studieren. Er giebt interessante Silhouetten vieler deutscher Professoren mit kurzer Charakteristik der wissenschaftlichen Stellung eines ieden.

Louis Wuarin 1) fordert in einem langen Artikel, der sich durch mehrere Nummern der Zeitschrift ausdehnt, ein grösseres Kontrollrecht über die Staatsfinanzen für das Volk. Die demokratische Regierung Frankreichs geht zu unvorsichtig mit den Staatsfinanzen um, vergeudet sie oftmals; darunter hat aber das Volk zu leiden, dessen Steuerlast infolge dessen steigt. Wuarin giebt sich die überflüssige Mühe, zu beweisen, dass je geringer die Steuern seien, desto besser sei es für das Volk, welches dann mehr Geld in der Tasche behalte. Diese Thatsache ist kaum je bezweifelt worden. Er giebt eine ganze Reihe Massregeln, um die Vergeudung der öffentlichen Gelder zu verhüten; sie zielen alle auf eines hinaus: dem Volke den grösstmöglichen Einfluss auf die Regierung zu gewähren, denn es wird am besten selbst verstehen, seine Interessen zu wahren. Wuarin scheint kein tiefes Verständnis der heutigen Sachlage zu besitzen: wenn es auch ganz zutreffend sein mag, dass grössere Kontrolle der Staatsfinanzen die Ausgaben in einem gewissen Grade verringern kann, so ist es doch unmöglich, die enorme Steigerung der Budgets ausschliesslich dem schlechten Willen und der Vergeudung zuzuschreiben.

Richtiger hat die Sache St. Marc²) aufgefasst. Nicht allein die Vergeudung, auch nicht nur die militärischen Ausgaben tragen die Schuld an den immer steigenden Defiziten; es besteht eine allgemeine Tendenz, dass der Staat manche Betriebe

übernimmt, die durch kollektive Kräfte erfolgreicher als durch individuelle geführt werden können; so die Posten, Telegraphen, Eisenbahnen. In diesen Betrieben wird ein Teil des nationalen Kapitals immobilisiert und darum müssen die Staatsausgaben wachsen. Der Staat ist im Gange, von selbst socialistisch zu werden. St. Marc scheint überhaupt mit dem Staatssocialismus zu sympathisieren, was auch aus seinem Artikel über die Elber felder Armenpflege deutlich hervorgeht, welche gänzlich auf staatssocialistischen Principien beruht und von St. Marc als musterhaft dargestellt wird.

Interessant wegen seines Standpunktes ist der Artikel H. A. Milets: Über den Sophismus der Identität des individuellen und des allgemeinen Interesses, in welchem er gegen die Lehre der Harmonieprediger zu Felde zieht. Diese beiden Interessen sind grundverschieden, und das individuelle als das stärkste trägt immer den Sieg davon, ohne sich darum zu kümmern, wie die Gemeinschaft dabei auskommt.

Ein origineller Artikel über die Werttheorie ist von dem bekannten französischen Sociologen Tarde in der Revue publiziert worden unter dem Titel: Die doppelte Bedeutung des Wertes. Er sucht das Gesetz der Nachahmung, von ihm als die Entwickelung der Gesellschaft beherrschend dargestellt, auch in der Nationalökonomie aufzufinden. Der Reichtum ist, nach Tarde, eine Inkarnation von Begierden und des Glaubens an ihre Befriedigung. Aller Reichtum ist eigentlich durch Erfindung geschaffen; die Arbeit hat nur die Aufgabe, diese erste Erfindung zu reproduzieren; sie ist also eine Nachahmung. Um ein Begehren zu befriedigen, müssen wir ein anderes dafür opfern; das, was wir opfern, bedeutet eben seinen Wert. Wenn es aber Begierden giebt, die einander bekämpfen (wie in diesem Falle, wo die Befriedigung des einen durch Nichtbefriedigung des andern erkauft werden muss), so giebt es auch solche, die sich gegenseitig Hülfe leisten. Dieses findet statt, wenn ein Begehren, indem es befriedigt wird, dabei auch bei der Erfüllung eines anderen behülflich ist; in diesem Falle kostet uns seine Nützlichkeit nichts, im Gegenteil, sie macht uns noch die Nützlichkeit eines zweiten Gegenstandes dienstbar. Wir müssen also den Kampfwert von dem Hülfewert unterscheiden (valeurlutte, valeur-aide), in anderen Worten den Preis der Dinge und

¹⁾ De l'aggravation des impôts et des moyens de l'enrayer.

²⁾ De la progression des budgets et du rôle de l'État.

ihre Wirkungsfähigkeit, Abnahme ihrer Nützlichkeit durch Schmälerung, und ihre Zunahme durch Addition (addition) anderer Nützlichkeiten. Die zunehmende Kultur hat die Tendenz, den ersten Sinn des Wertes durch den zweiten zu ersetzen, das heisst an Stelle des Kampfwertes den Hülfewert zu stellen. Alle Wertprobleme können im allgemeinen auf eine Ausgleichung von Begierden und Glauben zurückgeführt werden. Aus diesen Prämissen könne man eine psychologische Werttheorie auszuführen versuchen, um zu beweisen, dass der Preis der Dinge nicht von der auswärtigen Konkurrenz von Käufer und Verkäufer abhänge, sondern vom inneren Kampfe der Begierden und der entsprechenden Glaubensakte, was auf der Ungleichheit der Vermögen begründet ist.

Der Preis ist aber nur eine Seite des Wertes. Ein Ding kostet: 1. was sein Erlangen kostet; 2. was man im Falle des Tausches dafür bekommen kann oder was es zu produzieren vermag. Der Preis ist das Moment des teleologischen Kampfes im Wertbegriffe; es giebt auch eine teleologische Union, und dieses ist eben die zweite Seite des Wertes. Während des Tausches giebt es nicht nur einen Kampf unter den zwei entgegengesetzten Wünschen, einen Gegenstand zu besitzen, und dem, auf einen andern zu verzichten, sondern auch eine Ausgleichung von beiden. Diese Ausgleichung ist desto vollkommener, je niedriger der Preis der Dinge ist und zwar: 1. weil dieser niedrigere Preis das Ding einer grösseren Zahl zugänglich macht und die Häufigkeit der Tauschoperationen vermehrt, von denen jede ein neues sociales Band ist; 2. weil durch jeden Tausch die entgegengesetzten Interessen geschwächt werden. Daher ist alles, was die Preise herabsetzt, ein neuer Schritt zur teleologischen Organisation der Interessen.

Der Wert im ersten Sinne, als Preis, als Kampfwert wird gemessen: 1. psychologisch durch den Kampf der Begierde; 2. ökonomisch darnach, was ein Ding kostet.

Der Wert im zweiten Sinne, als Begierdenbefriedigung, Hülfewert, zeigt ebenfalls eine Zweiteilung: 1. psychologisch misst er sich nach dem Grade der Zweckmässigkeit für das Individuum; 2. ökonomisch nach dem Grade der associierten Mitarbeit. *Tarde* meint, die psychologische Seite des Wertes sei in der heutigen Gesellschaft viel zu sehr in den Hintergrund gedrängt worden — es sei nun an der Zeit, das psychologische Moment emporzuheben. Ganz neu in der Theorie Tardes ist die Unterscheidung des Kampfwertes von dem Hülfewerte, von denen letzterer den Preis der Dinge durch Häufigkeit der Tauschoperationen zu vermindern meint, und endlich eine völlige Ausgleichung von entgegengesetzten Wünschen herbeizuführen trachtet. Der Begriff des Kampfwertes bietet recht viele Analogien mit der subjektiven Werttheorie; namentlich ist es dieselbe Übertragung der Wertschätzung von aussen in das Innere des Subjektes. Diese psychologische Begründung des Wertes scheint sich immer mehr das Bürgerrecht in der Wissenschaft zu erwerben.

Eine Reihe interessanter Artikel ist in der Revue über die Handelspolitik publiziert worden - von Peez, Mitglied der österreichischen Deputiertenkammer, von Graf Paul de Leusse und von Matlekovits, ebenfalls einem österreichischen Deputierten. «Die europäische Industrie ist auf das schlimmste von der amerikanischen Konkurrenz bedroht», führt Leusse (L'union douanière européenne) mit grosser Überzeugungskraft aus; die ungeheuren Fortschritte im Transportwesen ermöglichen es, alle Lebensmittel aus Amerika herbeizuschaffen und es giebt kein einziges Produkt des europäischen Kontinents, welches in Amerika nicht mit viel geringeren Kosten hergestellt werden könnte. Infolgedessen ist die Landwirtschaft in Europa stark bedroht, mit ihr auch die Kultur der alten Welt. Auf die gleiche Gefahr macht Pees aufmerksam und zwar aus Anlass des 1889 in Washington stattgefundenen Kongresses der 3 Ameriken (Le Congrès des trois Amériques). Dieser Kongress hat sich zur Aufgabe gestellt, eine Vereinbarung des nördlichen, centralen und südlichen Amerika in handelspolitischer Hinsicht durchzuführen, einen amerikanischen Zollverein zu gründen. Besserung der Transportmittel zwischen dem Norden und Süden, Ausgleichung der Masse und Gewichte, Einführung einer gemeinsamen Goldwährung - das sollen die Mittel sein, den europäischen Import zu verdrängen. Würde dieses gelingen, so könnte Europa einen Jahresverlust von 21/2 Milliarden erleiden. Nebenbei bemerkt, ist bisher diese Vereinbarung der 3 Ameriken nicht zu stande gekommen; die Antipathien der anglosächsischen und der romanischen Elemente waren zum

grössten Teil Schuld daran. Jedenfalls schwebt diese Idee in der Luft und die politischen Tagesfragen (wie diejenige von Venezuela) zeigen recht deutlich, dass die Amerikaner die Monroe-Doktrin keineswegs vergessen haben. Insofern können die Befürchtungen Peez's ganz begründet sein, obwohl diese Vereinbarung nicht in der allernächsten Zukunft zu erwarten ist. - Nicht nur von Pan-Amerika, sondern auch von Greater-Britain und von Russland sieht sich das centrale Europa bedroht — führt Peez (A propos de la situation douanière en Europe, Coup d'œil sur la politique commerciale de l'Angleterre) weiter aus. England hat die Tendenz, mit seinen Kolonien ein industrielles Ganzes zu bilden, von welchem dann die centraleuropäische Zufuhr ganz ausgeschlossen bliebe. Die englische Industrie nimmt immer mehr eine erobernde Stellung ein. Wenn nun auch Russland einen höheren industriellen Aufschwung nimmt, so wird sich Central-Europa, geteilt wie es ist, im Angesicht von drei mächtigen Feinden finden.

In ebenso dunkeln Farben sieht die Zukunft Europas *Leusse* (in dem schon eitierten Artikel); nicht nur wird sie von den amerikanischen Märkten ausgeschlossen, aber auch von seinen eigenen durch Amerika verdrängt werden.

Was ist nun im Angesicht einer solchen Gefahr zu thun? Es giebt nur ein Mittel - Peez ebenso wie Leusse deuten darauf hin - sich zu vereinigen, dem Pan-Amerika ein Pan-Europa gegenüberzustellen. Die Völker des centralen Europa sollten ihre Zwistigkeiten vergessen, und zwar müssten Deutschland und Frankreich den Anfang machen und ein landwirtschaftliches Syndikat gründen, auf der Identität ihrer agrikolen Interessen gegründet; dieser Bund könnte sich dann mit der Zeit auch auf andere Produktionszweige ausdehnen. Wenn die Völker Europas sich nicht früh genug der amerikanischen Gefahr entgegenstellen, so ist es sehr wohl möglich, dass sich zum Schaden Europas das alte Gesetz wieder geltend macht, nach welchem sich die Kultur vom Orient nach dem Occident verschiebt. Gleiches sieht Dr. Eugen Philippovich voraus (L'émigration européenne): Europa hat mit seinen Auswanderern Amerika bevölkert, und dieses scheint gerade der Schauplatz zu sein, auf welchem die Menschheit ihre höchste Entwicklung erreichen wird. Weiter schildert Peez (A propos de la situation douanière en Europe, A propos des traités de commerce entre l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie et l'Italie) den gegenwärtigen handelspolitischen Zustand Europas. Der englische Markt versah mit seinen Manufakturen das centrale und occidentale Europa, kaufte ihm aber dafür seine Rohmaterialien ab. Die Sachlage hat sich aber geändert, als die amerikanische Konkurrenz das europäische Getreide von England vertrieb: nun sahen sich die Länder des europäischen Kontinents gezwungen, für ihre Agrikultur einen Absatz innerhalb ihrer Grenzen zu suchen. Einen solchen konnte ihnen nur eine starke einheimische Industrie gewähren, und als dieses klar wurde, da endete die Begeisterung für den Freihandel, welcher sich nun als nur für England günstig erwies. Da kam die Zeit protektionistischer Tarife, in Österreich-Ungarn (1878, bekräftigt 1882 und 1887) und in Deutschland 1878. In den beiden Ländern wurden verschiedene Zwecke verfolgt: Deutschland, im Besitze einer starken Industrie, suchte vor allem eine Basis für seine Agrikultur zu schaffen; Österreich, welches landwirtschaftliche Produkte in Fülle besass, wollte diesen einen Absatz sichern durch Stärkung der einheimischen Industrie. Dieses Ziel wurde von beiden Ländern erreicht. Als nun in dem «handelspolitischen Kometenjahr» 1892 Handelsverträge zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien zu stande kamen, Verträge, welche nach Peez Frieden unter der Agrikultur und der Industrie einführten und auch den politischen Frieden sicherten — da beklagt sich Peez¹) über die Stellung Frankreichs, welche der gemeinsamen Gefahr ungeachtet zu keinen Verträgen sich bewegen lässt. Und die unheilvolle Klausel des Frankfurter Friedens (Art. XI) sichert Frankreich alle Begünstigungen, welche Deutschland durch Tarifverträge seinen Nachbarn gewähren möchte, ohne irgend welche Entschädigung seitens Frankreichs.

Diese gemeinsame Gefahr der mitteleuropäischen Länder, gegen welche die deutschen Autoren leidenschaftlich Abhilfe suchen, lässt die Franzosen ganz kühl. Die Revue enthält darüber keinen eigenen Artikel, der von einem französischen Gelehrten verfasst wäre, nur in der Chronik (1892) äussert sich

¹⁾ Die Redaktion der Revue erklärt sich als durchaus nicht einverstanden mit den in diesem Artikel ausgesprochenen Ansichten.

Gide folgendermassen über die handelspolitische Lage Europas: «Der europäische Tarifvertragsbund ist im Begriff, sich ohne Frankreich zu bilden, wenn auch nicht gegen Frankreich. Vom europäischen Markte kann es nicht ausgeschlossen werden — davor hütet es der Artikel XI des Frankfurter Friedens. Frankreich kann durch sein Zurückbleiben nicht geschädigt werden; es ist kein grosses Risiko, Feind zu bleiben, wo sich die Freunde unter einander mit so enormen Tarifen belegen, wie dies in den 1892 abgeschlossenen Tarifverträgen der Fall ist. Also, meint Gide, wird es für Frankreich wohl das ratsamste sein, ruhig die zwölf Jahre abzuwarten, während deren diese Traktate dauern sollen.»

Eine Darstellung dieses Artikels XI, der eine so wichtige Rolle in der gegenwärtigen europäischen Handelspolitik spielt, giebt Prof. Dr. Oncken in seinem Artikel: L'article onze de la Paix de Francfort et l'expiration des traités de commerce le 1er février 1892. Bei den Unterhandlungen vor dem Frankfurter Frieden wurde die Frage aufgestellt, wie sich nun nach dem Kriege die handelspolitischen Beziehungen Frankreichs zu Deutschland gestalten sollten. Es war ein von Napoleon 1862 in freihändlerischem Geiste geschlossener Vertrag da - und diesen wünschte nun Bismarck zu erneuern. Darauf wollten aber die französischen Bevollmächtigten nicht eingehen; sie behaupteten, Frankreich sei gezwungen, seine Tarife zu erhöhen, um die Kriegskontribution zahlen zu können. Bismarck befürchtete aber, dieses sei nur eine Ausrede, und Frankreich beabsichtige, Deutschland mit einem Zollkriege zu plagen. Nach langen Beratungen kam nun der Art. XI zu stande 1), durch welchen Frankreich und Deutschland sich die gegenseitige Meistbegünstigung sicherten mit Bezug auf alle Tarifverträge mit England, Belgien, Niederlanden, Schweiz, Russland und Osterreich. Diese Meistbegünstigungsklausel hat sich nun als sehr unbequem für Frankreich erwiesen - namentlich infolge der nunmehr von Deutschland angenommenen Handelspolitik: Deutschland schloss mit den sechs im Artikel XI genannten

Staaten seit 1870 keine Tarifverträge mehr, und auch in Beziehungen zu andern Ländern begnügte es sich mit Meistbegünstigungserklärungen. Und doch zog es Nutzen aus allen Vorteilen, welche Frankreich sich durch seine 1881 neugeschlossenen Verträge zu sichern wusste. Als aber nach dem Abgang Bismarcks die Handelspolitik Deutschlands sich geändert hat und Deutschland seinerseits die Initiative zum Abschliessen von Tarifverträgen ergriff, da wurde auch ihm dieser auf ewige Zeiten geschlossene, weil in einem Friedensvertrage inbegriffene Meistbegünstigungsvertrag recht lästig. Das vor dem handelspolitischen Kometenjahr 1892 sowohl deutscher- wie österreichischerseits vorgeschlagene mitteleuropäische Tarifvertragssystem, welches auch gemeinsame Massregeln gegen den amerikanischen Handel unternehmen könnte, hat in der Haltung Frankreichs ein starkes Hindernis gefunden: dieses hat keine Tarifverträge abschliessen wollen. Einer vollständigen Zolleinigung Deutschlands oder Frankreichs mit irgend einem anderen Staate gegenüber würde jedoch die Meistbegünstigungsklausel ihre Macht verlieren.

So stellen sich im grossen und ganzen genommen die Haupttendenzen der Revue d'économie politique dar. Sie hat der Aufgabe einer wissenschaftlichen Zeitschrift vollständig entsprochen und einen ihr gebührenden Beifall gefunden. Ein einheitliches Programm stellt sie zwar nicht auf, aber eine Toleranz aller Ansichten, auch der radikalen, muss als grosses Verdienst einer Zeitschrift angerechnet werden, besonders in Frankreich, wo die herrschende Richtung sich durch besondere Einseitigkeit auszeichnet.

Die von der Revue eingeleitete Annäherung an die ausländische, namentlich deutsche Wissenschaft, wird in der französischen Nationalökonomie fortgebildet. Es ist in letzter Zeit ein Buch von C. Bouglé erschienen: Les sciences sociales en Allemagne, welches ein ähnliches Thema behandelt wie St. Mare in seinem Studium über die Nationalökonomie auf den deutschen Hochschulen. C. Bouglé untersucht speciell die Methode der Socialwissenschaften und will erforschen, was über den gleichen Gegenstand in Deutschland gedacht und geschrieben wird. Zu diesem Zwecke hat er die Ansichten von 4 deutschen Autoren ihren Werken und womöglich ihren Vorlesungen nach studiert.

¹) Er lautet: Da die Handelsverträge mit den verschiedenen Staaten Deutschlands aufgehoben sind, werden die französische und die deutsche Regierung zur Grundlage ihrer Handelsbeziehungen den Grundsatz der meistbegünstigten Nation nehmen.

Es sind dies: Lazarus, der Völkerpsycholog, Simmel, der Ethiker, der Nationalökonom Adolf Wagner und der Rechtsphilosoph Ihering. Trotz der Verschiedenheit ihrer Gebiete lässt sich bei diesen Gelehrten ein gemeinsamer Zug bemerken; sie wollen die socialen Wissenschaften an die Psychologie anknüpfen, um dadurch der Einseitigkeit sowohl der biologischen oder historischen, wie auch der rein spekulativen Richtung auszuweichen. Bouglé erklärt diese Entwicklung der Socialwissenschaften in Deutschland durch den allgemeinen Gang dieser Wissenschaften in andern europäischen Ländern. Er zieht dann eine Parallele mit Frankreich und bemerkt, dass Autoren wie Lebon, Lacombe und namentlich Tarde das psychologische Moment in ihren Untersuchungen stark betont haben und dass insofern eine Analogie zwischen der deutschen und der französischen Wissenschaft besteht, trotzdem sie in anderen Punkten auseinandergehen.

Nun wollen wir die Ansichten der beiden schon erwähnten Führer der Opposition gegen die Pariser Schule — nämlich Gide und Cauwés — untersuchen. Chronologisch sollte Cauwés zuerst behandelt werden, weil sein Buch vor dem Gide'schen erschien, doch wird hier absichtlich mit Gide begonnen. Letzterer ist eine viel bedeutendere Persönlichkeit; die Systeme Beider haben viel Ähnlichkeit miteinander, aber die gleichen Ideen sind schärfer bei Gide ausgeprägt, auch geht er viel weiter auf dem Wege der Opposition gegen die klassische Richtung, ist überhaupt typischer als Cauwés.

Seine 1883 erschienen Principes d'économie politique haben bis 1896 fünf Ausgaben erlebt. In den drei ersten namentlich hat sich die Stellung des Autors immer mehr nach links verschoben und auch die weitern sind einer Umarbeitung unterzogen worden. In der fünften sind manche neue Kapitel hinzugekommen, der Plan der Arbeit ist auch verändert worden und doch, erklärt Gide, ist auch diese Veränderung noch weit davon entfernt, eine definitive zu sein. Der Geist, in dem das Werk verfasst wurde, ist in diesen letzten Ausgaben derselbe geblieben. Seitdem die erste Auflage des Buches erschienen, ist so manches ganz anders geworden. «Naguére», sagt Gide, «entre les sommets majestueux et glacés de l'économie politique classique et les précipices du socialisme révolutionnaire, il n'y

avait qu'un sentier étroit et glissant, mais aujourd'hui s'ouvre une route large et de plus en plus fréquentée. Nous n'avons pas de raisons pour la quitter 1). »

Und wirklich nimmt *Gide* in seiner ganzen Thätigkeit eine solche vermittelnde Stellung ein.

Die Nationalökonomie hat nach seiner Meinung 4 verschiedene Fragen zu beantworten:

- 1. Warum begehren die Menschen Reichtümer und warum legen sie ihnen verschiedenen Wert bei?
- 2. Auf welche Weise werden die Reichtümer hervorgebracht?
 - 3. Wie werden sie gebraucht?
 - 4. Warum sind die Reichtümer ungleich verteilt?

Diese 4 Fragen werden von 4 verschiedenen Teilen der Nationalökonomie beantwortet:

- 1) von der Theorie des Reichtums und des Wertes;
- 2) von der Theorie der Produktion;
- 3) von der Theorie der Konsumtion;
- 4) von der Theorie der Verteilung.

Diese 4 Teile behandeln einen gemeinsamen Gegenstand, den Reichtum. Darum wird die Nationalökonomie gewöhnlich als Lehre vom Reichtum bezeichnet.

Originell ist die Ansicht Gides über das gegenseitige Verhältnis dieser vier Teile²): «Trotz des starken Zusammenhanges», so sind seine Worte, «sehen wir, dass es in Wirklichkeit ganz verschiedene Wissenschaften sind, verschieden durch ihre Methode und ihr Ziel wie durch die Vorstudien, welche sie erfordern. Einst werden sie wahrscheinlich ganz auseinanderfallen, um ein besonderes Leben zu beginnen.»

Was ist also nach Gide das Charakteristikum jedes einzelnen dieser 4 Teile?

Die Theorie des Reichtums und des Wertes hat unsere Gefühle und Wünsche, wie sie einander in unserer Seele aufwiegen, zu betrachten. Sie ist also eine psychologische Wissenschaft.

Die zweite Abteilung der Nationalökonomie, die Theorie der Produktion, rechnet Gide zu den Naturwissenschaften,

¹⁾ Avant propos. S. VIII. 5. Auflage.

²⁾ In der 5. Ausgabe bleibt diese Stelle aus.

«denn», sagt er, «die menschliche Arbeit unterscheidet sich durch nichts anderes, als durch ihre unvergleichliche Ausdehnung und die Grossartigkeit ihrer Resultate von derjenigen der Biene.»

Den dritten Teil, die Repartitionstheorie, rubriziert *Gide* unter die rein juridischen Wissenschaften; den vierten, die Theorie der Konsumtion, unter die moralischen.

Gide hat also den moralischen Faktor in die Nationalökonomie eingeführt, doch gerade in denjenigen Teil derselben,
wo er nur eine geringe Bedeutung hat: es handelt sich einzig
um die Entscheidung der Luxusfrage. Als ein Element, welches
dem wirtschaftlichen Egoismus gegenüber zu stellen wäre, so
etwa, wie die deutschen Ökonomisten der älteren und neueren
historischen Schule ihn aufgefasst haben, hat Gide den moralischen Faktor nicht gemeint. Aus der weitern Untersuchung
der Gide'schen Ansichten auf Grund nicht nur seiner Principes,
sondern auch hie und da publizierter Artikel wird sich jedoch
erweisen, dass er den Egoismus nicht für die einzig mögliche
Triebfeder des Fortschrittes gehalten hat.

Nachdem er die Einteilung des Stoffes durchgeführt, geht Gide zur Entscheidung der Frage über, ob die Nationalökonomie eine Wissenschaft ist oder nicht. Er erklärt sich definitiv für das erstere. Massgebend ist für ihn in dieser Hinsicht, dass ihre Erscheinungen durch feste Gesetze regiert werden. Die Scheidung in theoretische und praktische Ökonomie, wie sie bei den deutschen Ökonomen vorzufinden ist, führt er nicht durch und stimmt in dieser Hinsicht mit der liberalen Schule Frankreichs überein. In seiner dritten Ausgabe erklärt Gide, dass eigentlich nur die Theorie des Wertes und des Reichtums den theoretischen Teil der Wissenschaft bildet; die anderen gehören alle zum praktischen. Dieses ist aber eine ganz willkürliche Einteilung. Überhaupt scheinen die französischen Autoren die Traditionen Quesnays vergessen zu haben, welcher in seinen Werken dem ordre naturel auch einen beträchtlichen Platz neben dem ordre positif einräumt und die Theorie von der Praxis streng scheidet. Dieses mangelt vollständig bei Gide; wir finden in demselben Teile, in der Produktionstheorie, solche rein theoretische Ausführungen, wie Untersuchungen über das Wesen des Kapitals, mit praktischen Regeln über Kredit und Bankwesen vermengt.

Welchen Standpunkt nimmt Gide in der Methodenfrage ein? Die Nationalökonomie ist für ihn keineswegs eine Reihe längst bewiesener Dogmen, die gar nicht bezweifelt werden dürfen. Sie ist eine immer fortschreitende Wissenschaft und sogar eine solche, die im Vergleich zu andern sehr wenig vorgeschritten ist. Was kann die Ursache davon sein? Gide sieht sie darin, dass der Nationalökonomie die Hülfe des Experimentes versagt ist; auch findet die Observation ökonomischer Thatsachen solche Hindernisse auf dem Wege, wie sie den andern Wissenschaften gar nicht bekannt sind. Man hat mit sehr komplizierten Phänomenen zu thun, weil sie in einem so bewegten und verschiedenartigen Milieu, wie die menschliche Gesellschaft, stattfinden. Darum muss dieser Phänomene, und zwar sorgfältig gesammelter, eine ganze Menge vorhanden sein, um aus ihnen Folgerungen ziehen zu können. Dazu bedarf man der Hülfe der Statistik. Doch auf ausschliesslich statistischen Untersuchungen kann sich die Nationalökonomie nicht stützen. Die Beobachtung spielt nur eine sekundäre Rolle und wäre an sich unzureichend, den Grund der Sachen klarzulegen. Die Deduktion, die Aufstellung allgemeiner Gesetze, ist im wissenschaftlichen Verfahren unentbehrlich. Gide formuliert folgendermassen die Methode in der Nationalökonomie; man solle1): «Observer les faits sans idée préconçue, et ceuxlà surtout, qui paraissent à première vue les plus insignifiants.

Imaginer une explication générale qui permette de rattacher entre eux certains groupes de faits dans des rapports de causes à effets, en d'autres termes, formuler une hypothèse.

Vérifier le bien-fondé de cette hypothèse, en recherchant, soit par l'expérimentation si possible, soit tout au moins par l'observation conduite d'une façon spéciale, si l'application correspond aux faits.»

Er will also die Deduktion mit der Induktion verbinden. Das Verfahren der historischen Schule, welche die erstere zu gunsten der zweiten vernachlässigt, scheint ihm gar nicht genügend. Und der klassischen Schule wirft er nicht ihre deduktive Methode vor, sondern deren Missbrauch. «Ce n'est point

¹⁾ Principes d'économie politique, 5. Ausgabe, S. 18.

la méthode déductive, c'est l'esprit dogmatique qu'il importe d'éviter, » sagte er (S. 19, Principes, 5. Ausgabe). Gide will je nach dem zu behandelnden Objekte die eine oder andere Methode anwenden: die Produktionstheorie als Naturwissenschaft kann sich mit Erfolg der Induktion bedienen. Die Konsuntions- und Repartitionstheorien, als juridische und moralische Wissenschaften, sollen Deduktion gebrauchen; in der Werttheorie wäre ein logisches Verfahren am Platze — er deutet auf die neuesten Versuche hin, hier die mathematische Methode anzuwenden.

Was die Gesetzmässigkeit im wirtschaftlichen Leben anbetrifft, so behauptet Gide, dass die Gesellschaft unzweifelhaft von festen Gesetzen regiert ist, doch unter festen Gesetzen haben wir kein unveränderliches Fatum zu verstehen, dem gegenüber menschlicher Wille absolut wirkungslos wäre. In der Naturwissenschaft giebt es auch feste Gesetze, diese werden aber zum Nutzen des Menschen ausgebeutet. Gerade diese Gesetze ermöglichen jeden Fortschritt. Wäre die Welt vom blossen Zufall regiert, so könnte man nie voraussagen, was für Folge aus einer gegebenen Ursache hervorkommen werde, so wäre jede vernünftige Thätigkeit ummöglich. Ebenso verhält es sich mit ökonomischen Gesetzen: sie können für menschliche Zwecke vom Menschen ausgenutzt, gewissermassen sogar geändert werden. Er sucht den Begriff der Gesetze mit demjenigen des freien Willens auszusöhnen. Die Gesetze stellen nur gewisse bestimmte Beziehungen des Thun und Treibens der Menschen dar (faits et gestes des hommes). Doch ist dem Einflusse des Unbewussten und Unwillkürlichen auf die menschlichen Handlungen ebenfalls ein starker Anteil vorbehalten, und dieser drückt sich aus in der Gewohnheit, der Nachahmung und der Erblichkeit. Ein Kriterium, an welchem man die Existenz der natürlichen Gesetze erkennen kann, ist die Möglichkeit des Voraussehens. Dies finden wir in den ökonomischen, wie in allen andern Gesetzen: wenn man in der Nationalökonomie nichts sicher voraussehen kann, so ist dieses überhaupt nur in sehr wenigen Wissenschaften möglich. Auch kann diese Unsicherheit nicht damit erklärt werden, dass ökonomische Gesetze nicht existieren, sondern dass sie bisher von uns unentdeckt geblieben sind. Von der absoluten Gültigkeit dieser

Gesetze kann jedoch nicht die Rede sein, dem widerspricht das Evolutionsprincip. In der Produktion walten strengere Gesetze, viel liesse sich jedenfalls in dem Systeme der Verteilung machen. *Gide* giebt zwar diese Möglichkeit theoretisch an, erscheint aber im übrigen mit dem gegenwärtigen Repartitionssystem vollständig ausgesöhnt.

In der Frage des laissez-faire-Princips nimmt Gide eine vermittelnde Stellung ein: er ist weder Anhänger des absoluten Individualismus, noch Staatssocialist. Gegen das Einschreiten des Staates ist er nicht principiell, sondern deswegen, weil er den Staat für unfähig hält, um mit Erfolg in wirtschaftlichen Dingen einzugreifen. Beinahe alle wirtschaftlichen Unternehmungen sind dem Staate bisher misslungen - behauptet er. Zwischen der wirtschaftlichen Thätigkeit des Staates und der des Einzelnen giebt es einen Mittelweg: die Association; diese erachtet Gide unter den heutigen Zuständen für das geeignetste. Unter Association meint er aber — an dieser Stelle, später erweitert er diesen Begriff - eine Privatunternehmung; associert sind Kapital und Arbeit. Kooperative Produktivassociationen betrachtet er sehr pessimistisch; sie sind vielleicht zur einstigen Lösung der socialen Frage berufen, dies könne aber erst in der Zukunft geschehen. Für den heutigen Tag eignen sie sich durchaus nicht.

In der Wertfrage sagt sich Gide von der klassischen Theorie los, um sich den neueren Ansichten anzuschliessen, welche den Gebrauchswert hauptsächlich in Betracht gezogen haben. Alle neueren französischen Ökonomen sind mehr oder weniger diesen Weg gegangen: sie haben das subjektive Moment des Wertes berücksichtigt, ohne das objektive gänzlich zu verleugnen. In dieser wie in so manchen anderen Fragen ist ihr Standpunkt eklektisch.

Ausser Gide ist diese Theorie vertreten von Cauwés, Funck-Brentano, Rambaud¹). Diese französischen Werttheoretiker scheinen sich vielmehr auf ihre österreichischen Vorbilder zu stützen, als die Traditionen eines Condillac, Cournot, Dupuis, Walras (des ältern) fortzusetzen. Die Gidesche Wertlehre hat

¹) Verfasser eines Lehrbuches für Studierende (er ist Professor in Bordeaux).

ganz auffallende Analogien mit der *Menger*schen, *Cauwés* beruft sich direkt auf *Böhm-Bawerk*, während ihre französischen Vorgänger kaum eitiert werden.

Gide beweist den subjektiven Grund des Wertes folgendermassen: Gegenstände, die heute noch Wert haben, z. B. Kleidungsstücke, eine gewisse Art von Litteratur, Malerei etc., können morgen mit verändertem Geschmack des Publikums ganz wertlos werden. Doch wenn sich dieser Geschmack darin gefällt, dieselben ausser Mode gekommenen Gegenstände zu sammeln, dann bekommen sie einen neuen Wert. In allen diesen Wertveränderungen kann die innerliche Beschaffenheit des Gegenstandes ganz unverändert bleiben; der Wert variiert also nur den menschlichen Gefühlen gemäss. Die Mode ausser Betracht lassend, kann ein und derselbe Gegenstand für verschiedene Individuen verschiedenen Wert haben, ja sogar für denselben Menschen in veränderten Momenten seines Daseins.

«Ein Hungriger — sagt *Gide* — wird im ersten Range seiner Bedürfnisse die Nahrung stellen und wie Esau das Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht verkaufen, doch gesättigt giebt er dafür keinen Obolus.»

Also Nützlichkeit ist der Faktor, welchen Gide in dieser Auseinandersetzung spielen lässt. Doch Nützlichkeit allein genügt nicht, um einem Gegenstande Wert zu verleihen. Es giebt nichts in der Welt, das schwieriger als Wasser zu entbehren wäre; in gewöhnlichen Umständen besitzt es trotzdem keinen Wert. Erst in einer wasserlosen Gegend kann es sogar einen hohen Wert erhalten. Worin liegt hier der Unterschied? In der Quantität des Gegenstandes, in seiner grössern oder mindern Seltenheit. Nützlichkeit also mit Seltenheit verbunden, bestimmen definitiv den Wert jedes Gegenstandes. Seine Werttheorte hat Gide in drei kurzen Sätzen zusammengefasst:

- 1. Die Gegenstände besitzen einen grössern oder kleinern Wert, je nachdem wir ihrer mehr oder weniger begehren.
- 2. Wir begehren ihrer mehr oder weniger, je nachdem ihre Quantität mehr oder weniger zur Deckung unserer Bedürfnisse ausreicht.
- 3. Diese Quantität ist mehr oder weniger ausreichend, je nachdem wir sie leicht oder weniger leicht vermehren können.

Was den Wert solcher Gegenstände anbetrifft, deren Erzeugungskosten Verschieden sind, z. B. Getreide, und deren Nützlichkeit doch gleich, so stellt Gide folgende Grundsätze auf:

Bei begrenzter Produktion ist es der in den nachteiligsten Verhältnissen produzierende, welcher den Wert bestimmt, weil man in diesem Falle seiner nicht entbehren kann.

Bei unbegrenzter Produktion wird aber der Wert von demjenigen bestimmt, der in den vorteilhaftesten Verhältnissen produziert, weil man in diesem Falle andere entbehren kann.

Wie nahe Verwandtschaft unter der Gide'schen und der Menger'schen Werttheorie herrscht, mögen folgende Citate beweisen:

Menger 1) sagt: « Der Wert ist nichts den Gütern anhaftendes, keine Eigenschaft derselben, ebensowenig aber auch ein selbständiges, für sich bestehendes Ding. Derselbe ist ein Urteil, welches die wirtschaftenden Menschen über die Bedeutung der in ihrer Verfügung befindlichen Güter für Aufrechterhaltung ihres Lebens und ihrer Wohlfahrt fällen und demnach ausserhalb des Bewusstseins derselben nicht vorhanden. » Und weiter: « Es hat die Objektivierung des seiner Natur nach durchaus subjektiven Güterwertes sehr viel zur Verwirrung der Grundlagen unserer Wissenschaft beigetragen. »

Die entsprechende Stelle bei *Gide* lautet: « Puisque la valeur nait du désir, elle procède de nous plutôt que des choses. Elle est, comme on dit aujourd'hui, subjective plus qu'objective. Elle n'est point attaché aux objets, comme une qualité sensible; elle nait au moment ou le désir s'éveille et s'évanouit quand il s'éteint. Elle se promène avec lui de chose en chose, et ne demeure que là ou il se pose. »

Die Analogie ist auffallend und zwar nicht nur in diesen citierten Stellen; bei *Gide* finden sich die gleichen Beispiele, ganz anormalen Verhältnissen entlehnt, wie z. B. das Wasser in einer wasserlosen Gegend. In einem Punkte nur geht *Gide* mit *Menger* auseinander; letzterer sagt, dass der Güterwert seiner Natur nach durchaus subjektiv, *Gide*, dass er mehr subjektiv als objektiv ist, schliesst aber das objektive Moment nicht gänzlich aus. Er behauptet, dass indirekt die Erklärung

¹⁾ Grundsätze der Volkswirtschaftslehre.

des Wertes durch die Arbeit zulässig sei: «Pour compléter la première (d. h. die subjektive Wertbestimmung), en ce sens que si l'utilité finale, comme nous l'avons vu, est liée à la limitation dans la quantité, la limitation de la quantité est liée à son tour à l'idée du travail.» 1) Dieses objektive Moment ist in der dritten Wertformel Gide's betont: die vorhandenen Quantitäten sind mehr oder weniger ausreichend, um unsere Bedürfnisse zu befriedigen, je nachdem wir sie leichter oder weniger leicht vermehren können. Und wieder an einer andern Stelle heisst es: je nachdem ein Gegenstand mehr oder weniger Arbeit zu seiner Produktion erfordert, werden wir infolgedessen, dass die Arbeit ein Hauptfaktor der Produktion ist, ihn leichter oder schwieriger vermehren können, was einen Einfluss auf den Wert ausüben wird.

Durch diese Einführung der Arbeit als einen der Bestimmungsgründe des Wertes nähert sich Gide den andern Theoretikern der österreichischen Schule, wie Wieser, Böhm-Bawerk. Letzterer behauptet, dass bei beliebig vermehrbaren Gütern der Wegfall eines solchen Gutes auf andere Weise gedeckt werden kann, als durch Ausfall einer Bedürfnisbefriedigung, nämlich: durch Schmälerung unserer Wohlfahrt infolge freiwilliger Vermehrung der Arbeitsplage. Böhm-Bawerk betrachtet aber diesen Fall als eine Ausnahme, Gide dagegen sieht in der Arbeit einen normalen wertbestimmenden Faktor. Immerhin bleibt sein Standpunkt vorwiegend subjektivistisch, trotzdem seine subjektive Theorie lange nicht so konsequent und ins einzelne ausgearbeitet ist, wie die der Österreicher.

Im zweiten Teile seiner *Principes*, der Produktionstheorie, bietet *Gide* nichts originelles. Erwähnenswert ist nur, dass er das Entstehen des Kapitals lediglich in einer Mitwirkung von Naturkräften und Arbeit sieht. Ersparnis als Ursache der Kapitalisation verwirft er gänzlich: ein negativer Faktor könne keine positiven Folgen haben. Beachtenswerter sind *Gide's* Ansichten über die Rolle des internationalen Verkehrs in der Volkswirtschaft und seine Äusserungen, welche Stellung der Staat in dieser Hinsicht einnehmen soll. Er wirft die Frage auf, warum Freihandel und Schutzzoll immer wieder zur Diskussion kommen und wie es kommt, dass der Freihandel, der

vor 30 Jahren den Sieg davonzutragen schien, jetzt in allen Ländern zurückweichen muss, England und Belgien ausgenommen. Gide meint, dies komme daher, dass die Freihandelstheorie, wenn sie auch theoretisch richtig, ja für den Wohlstand der gesamten Menschheit vorteilhaft sei, doch mit dem Interesse der einzelnen Nationen keineswegs übereinstimme. Mit List behauptet Gide, dass jedes Land vor allem darnach trachten muss, seine produktiven Kräfte zu entwickeln. Wenn also seine Agrikultur oder Industrie von ausländischer Konkurrenz bedroht ist, da muss man zu Schutzmassregeln greifen. Dieser Schutz legt aber dem Publikum Bürden auf; kann es also vorteilhaft sein, solche Bürden aufzulegen? Ja - antwortet Gide — wenn es sich um den Schutz eines Produktionszweiges handelt, welcher zur Sicherheit des Landes notwendig ist, z. B. Gewehre, Pulverfabrikation etc. Ferner, wenn es eine neue, in Entwicklung begriffene Industrie zu schützen gilt, welche grosse Vorteile für das Land verspricht. Doch müssen die Schutzmassregeln mit grosser Vorsicht angewendet werden, und man solle nie ausser Acht lassen, dass es sich um Lasten für das ganze Land handelt. In Frankreich sieht Gide keinen einzigen Produktionszweig, der solchen Schutzes bedürfte. Im allgemeinen bestehen die Verdienste des freien Handels darin, dass er die Summe der Arbeit vermindert, indem er die Produktion eines jeden Landes in die für sie geeignetsten Wege leitet. Also ist Gide ein Anhänger des freien Handels, doch kein ausschliesslicher. Freihandel ist ihm das stets anzustrebende Ideal, in der Wirklichkeit müssen aber Abweichungen davon zulässig sein, doch nur ausnahmsweise. Durch diese dem Protektionismus gemachten Zugeständnisse nähert sich Gide eher Smith, als dessen Nachfolgern in der Manchesterschule. Vielleicht ist es seitens Gide eine Reaktion der protektionistischen Politik gegenüber, wenn er für sein Land ganz entschieden freien Verkehr fordert, indem er erklärt, er sehe hier keinen schutzbedürftigen Produktionszweig.

Der dritte Teil seines Buches, die Konsumtionstheorie, bietet durchaus nichts interessantes. Dagegen muss die Repartitionstheorie näher untersucht werden, da sie die socialpolitischen Ansichten Gides enthält. In diesem Punkte hat er von der ersten bis zur dritten Ausgabe seines Buches eine

¹⁾ Principes. S. 66. 5. Ausgabe.

ganz merkwürdige Wendung gemacht. In der ersten steht er entschieden auf dem Standpunkte der Bourgeois-Ökonomie. Die Güter sind ungleich verteilt, aber da jeder nur das besitzt, was er seiner Arbeit oder Geschicklichkeit verdankt, so darf er es in voller Ruhe geniessen. Die Güterverteilung ist wie eine Jagdpartie: die geschickten Jäger bringen grosse Beute heim, die minder geschickten kommen mit leeren Händen. Wir können die unglücklichen Jäger bemitleiden, aber wer könnte den andern ihr Glück zum Vorwurf machen? Übrigens befinden sich die Reichtümer in begrenzter Quantität; sie würden nicht ausreichen, um Allen Wohlstand zu sichern. Darum sollten wir den Mitteln, die Produktion zu heben, unsere Aufmerksamkeit zuwenden, statt uns um eine andere Verteilungsart zu kümmern. Von diesem Standpunkte aus betrachtet er die verschiedenen Repartitionssysteme. Er unterscheidet ihrer vier:

- 1. Das System der absoluten Gleichheit, d. h. jedem einen gleichen Vermögensanteil;
 - 2. jedem nach seinen Bedürfnissen;
 - 3. jedem nach der Mühe, die er sich gegeben;
 - 4. jedem nach seinen Werken.

Er verwirft entschieden die 3 ersteren und geht auf letzteres ein, nicht darum, weil er es für gut und gerecht hält, sondern weil es ihm als das einzig durchführbare erscheint. Es ist nicht ganz gerecht, alles nur anf dem Erfolg zu basieren - anderseits aber hat diese Verteilungsweise das Verdienst, dass sie: 1. die Produktion antreibt; 2. die individuelle Freiheit garantiert. Dieses System herrscht eben nach Gide in unserer Wirtschaft; folglich sind die gegenwärtigen Zustände die möglichst guten. In logischer Konsequenz dieser Beurteilung des Einkommens ist Gides Stellung zum individuellen Eigentum: es ist das Produkt der Arbeit oder Geschicklichkeit des Eigentümers, darum ist es ganz in Ordnung, dass er darüber im Leben und sogar nach dem Tode verfügen kann. So ist das Erbrecht gerechtfertigt. Eine Eigentumsform erweckt ihm Bedenken: nämlich die Erde. Sie ist kein Produkt der Arbeit wie kommt also ein einzelner dazu, über sie zu verfügen? Diese Frage entscheidet Gide aus praktischen Rücksichten zu gunsten des Privateigentums; er behauptet nämlich, dass die Erde, kollektiv bebaut, keinen genügenden Ertrag geben würde, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Am vorteilhaftesten für die Gesellschaft betrachtet *Gide* das kleine Grundeigentum, weil die Erde, in kleine Stücke geteilt, am intensivsten bebaut wird.

Mit denselben Argumenten, wie das Eigentum, rechtfertigt Gide die Ungleichheit des Gewinnanteils der Unternehmer und der Arbeiter. Er legt grosses Gewicht auf die Bedeutung der Unternehmerthätigkeit; sie muss also ihrer höherer Nützlichkeit gemäss auch höheren Lohn erhalten: der Wert werde ja nach der Nützlichkeit gemessen. «Der Unternehmer - sagt Gide - ist Kapitän der Produktion, er hält in seinen Händen alle Kräfte und alle Werkzeuge.» Weiter vergleicht er ihn mit einem General, die Arbeiter mit Soldaten. Wer gewinnt die Schlacht? Der General. Die Soldaten spielen nur die Rolle guter Werkzeuge. Zu den industriellen Fortschritten tragen die Arbeiter nur so viel bei wie gute Maschinen. Er giebt zu, dass der einzelne Arbeiter schwächer ist als der Unternehmer. Doch werde durch Vereinigung der Arbeiter einer Fabrik, so dass der Chef nicht mit einem, sondern mit allen zu verhandeln habe, durch in wichtigen Momenten organisierte Arbeitseinstellungen, das Gleichgewicht — nach Gide — wieder hergestellt. «Es ist wahr — sagt er — dass während des Streiks der Arbeiter leidet und der Unternehmer nicht leidet; anderseits aber verliert der Arbeiter nichts und wird nach wie vor in gleichen Verhältnissen bleiben, wenn die Not seine Kräfte nicht geschwächt hat; das Kapital aber verzehrt sich selber während dieser Zeit.» Die Oberflächlichkeit dieser Beurteilung ist augenscheinlich.

Die Chancen beider Seiten sind also gleich — erklärt Gide mit einem rein malthusianischen Cynismus, und führt weiter aus, dass die Arbeitslöhne nur dann steigen können, wenn die Gütermenge sich vermehrt hat. Sonst helfen die Arbeitseinstellungen nichts, denn die Gewinne des Kapitalisten sind durch die Konkurrenz auf das möglichst niedrige Niveau herabgedrückt, und der Arbeiter darf nicht mehr von ihm fordern, als was er bekommt. Die Lage der Arbeiter wird sich von selbst mit den materiellen Fortschritten bessern. Vielleicht werden einst Associationen zu Produktionszwecken den

heutigen Arbeitslohn ersetzen — diese Möglichkeit verschiebt aber *Gide* in ferne Zukunft. Von einer besonderen Arbeiterschutzgesetzgebung ist in der ersten Ausgabe der *Principes* gar keine Rede.

Nach dem oben gesagten wäre es überflüssig, seine Ansichten über den Pacht-, Miet- und Kapitalzins näher zu erörtern; sie scheinen ihm unzweifelhaft berechtigt. In Übereinstimmung mit seiner ganzen Theorie verwirft er das Recht auf Arbeit und auch die staatliche Armenpflege. Letztere ist sogar gemeinschädlich, weil sie der Unvorsichtigkeit zu Hülfe kommt. Und doch kann sich die Gesellschaft davon nicht lossagen und muss überall da eingreifen, wo die private Wohlthätigkeit versagt.

Im allgemeinen ist Gide mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ganz zufrieden und sieht keine Notwendigkeit besonderer Reformen ein. Er ist Opportunist: wenn ihm auch dies und jenes nicht ganz gerecht erscheint, so nimmt er es doch aus Zweckmässigkeitsrücksichten an, wie z. B. das Privateigentum an Grund und Boden. So auch in der Armenfrage: er erachtet das Eingreifen des Staates für gemeinschädlich und tritt doch nicht dagegen auf, ebenfalls aus opportunistischen Rücksichten.

In der zweiten, 1889 erfolgten Ausgabe seines Buches hat *Gide* wenn nicht seine Ansichten über die sociale Frage geändert, so doch einen anderen Ton angenommen; er ist schon
viel weniger von der Gerechtigkeit der socialen Ordnung überzeugt, aber, seinem Opportunismuss gemäss, söhnt er sich
ganz gut mit ihr aus.

Charakteristisch ist die Zusammenstellung seiner Äusserungen in den drei Ausgaben. Er sagt in der ersten: «Vernünftigerweise kann man nicht leugnen, dass unser Grundsatz: einem jeden das Erzeugnis seiner Arbeit — nicht das Recht des Produzenten enthalte, über dieses Produkt absolut zu verfügen. Wenn dieser Gegenstand sein Werk ist, wenn er ihn gemacht hat, wenn der Gegenstand ohne ihn nicht existieren würde — mit welchem Rechte könnte man ihm verbieten, damit zu machen, was er will? Gewiss hat der Produzent das Recht, sein Erzeugnis zu konsumieren, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, aber wenn er es vorzieht, ihm eine andere Be-

stimmung zu geben, wenn er es aufsparen will, d. h. es zur späteren Konsumtion reservieren — so hat er volle Berechtigung dazu.»

In der zweiten Ausgabe lautet es: «Wenn wir unserem Grundsatze der Verteilungsgerechtigkeit treu bleiben wollen (einem jeden das Produkt seiner Arbeit), so müssen wir zugeben, dass das individuelle Eigentumsrecht keine andere Berechtigung haben kann, als die Arbeit. Aber die sociale Ordnung ist nicht durch eine logische Entwickelung eines aprioristischen Princips entstanden: sie ist die Resultante einer ganzen Reihe sehr komplexer Thatsachen, von denen die einen mehr oder weniger der Idee, welche wir uns von der Gerechtigkeit, der Okkupation oder der Eroberung machen, entsprechen, die andern ihr aber mehr oder weniger nicht entsprechen. Man kann folglich nicht erwarten, in der Institution des Privateigentums, zu welchem die ganze Evolution führt, eine exakte Realisation weder unserer noch irgendwelcher Formel zu sehen. Übrigens ist zu beachten, dass weder das civile, noch das römische Recht in die Definition des Eigentums den Begriff der Arbeit einführen. Arbeit rechnen sie nicht einmal zu den verschiedenen Erwerbungsarten des Eigentums.»

Aus diesen seinen Worten geht klar hervor, dass Gide nicht einmal sehr davon überzeugt ist, dass das Eigentum nur durch Arbeit erworben werde; mit vielen Worten bemüht er sich, die unangenehme Thatsache zu verbergen, die er noch nicht aussprechen will - dass die Arbeit mit dem Eigentum nichts zu schaffen habe. Er wagt es erst in der dritten Ausgabe: «Die Ökonomen der Bastiatschen Schule - sagt er gründen das Eigentumsrecht auf die Arbeit; der Mensch wäre danach Eigentümer der Gegenstände, welche seine Mühe geschaffen hat und welche gewissermassen nur eine Erweiterung seiner eigenen Individualität sind. Derjenige aber, welcher dieses Princip in der Wirklichkeit anwenden wollte, würde sonderbare Täuschungen erleben. Machen wir ein Inventar unserer Habe: ist dieses Haus das Erzeugnis Ihrer Arbeit? -Nein, ich habe es von meiner Familie geerbt. Dieser Wald, diese Wiesen - sind sie vielleicht durch Ihre Arbeit geschaffen? Nein, sie sind überhaupt kein Arbeitsprodukt. - Diese Waren, welche Ihre Magazine anfüllen, oder diese Ernte in

Ihrem Speicher — sind sie die Erzeugnisse Ihrer Arbeit? Nein, sie sind das Produkt der Arbeit meiner Arbeiter und Pächter. Dann aber?

Die Rechtsgelehrten sind exakter und vorsichtiger. Man muss bemerken, dass weder das französische Civilrecht, das doch durch die Revolution erzeugt ist, noch das römische, in die Definition des Eigentums den Begriff der Arbeit hineingebracht haben.»

So stellt Gide die Berechtigung des Eigentums schon ganz offen in Frage. Auch bleibt in dieser Ausgabe der drastische Vergleich unserer Wirtschaft mit einer Jagdpartie aus. Die sociale Frage, die er anfangs ganz zu ignorieren schien, anerkennt er jetzt völlig: die Menschen können sich nicht resignieren, eine Ordnung anzunehmen, die jeder Gerechtigkeitsidee entledigt ist; sie müssen immer danach streben, die Thatsachen dem Rechte anzupassen. Diese scharfe Kritik der socialen Ordnung leitet Gide von seiner Werttheorie ab: der Wert reguliert sich in den heutigen Zuständen nicht nach dem Arbeitsquantum, sondern nach der Nützlichkeit. Ersteres sollte aber das stets anzustrebende Ideal sein, dann erst würde die Verteilung der Güter ganz gerecht. Dieses ist aber noch lange nicht der Fall. und darin liegt die Ursache der socialen Ungerechtigkeit. «Der Wert der Dinge - sagt Gide - ist bestimmt durch eine Reihe sehr komplexer Phänomene, welche man zusammenfasst unter dem Namen des Gesetzes der Nachfrage und des Angebots; es ist ein natürliches Gesetz, deshalb auch jeder Idee der Gerechtigkeit und der Moralität fremd, ebenso wie jedes andere Naturgesetz, z. B. das der Gravitation.

Am gerechtesten scheint noch Gide das Einkommen im Kleinbürgertum verteilt zu sein, dessen klassisches Land Frankreich ist. Er teilt nicht die pessimistische Ansicht der Socialisten, dass das Kleinbürgertum in der ökonomischen Evolution verschwinden müsse. «La marche de l'évolution — sagt er — peut réserver bien des surprises, et ramène plus d'une fois les forces qu'on avait crues disparues sans retour.»

. Wenn die Basis des Privateigentums Gide gewisse Bedenken einflösst, so ist nichts dergleichen über die Frage des Unternehmergewinnes zu bemerken — weder in der ersten, noch in den späteren Ausgaben. Der Unternehmer ist ihm ein

« mal nécessaire », welches vielleicht einmal beseitigt wird, einstweilen muss man ihn aber ruhig gewähren lassen.

« Le salarié et le patron — sagt er — sont deux personnages, dont le sort est bien différent et que pourtant la destinée a fatalement liés l'un à l'autre; ils ne s'aiment pas, mais ils ne peuvent se séparer.»

Doch sind diese sich wahrhaftig nicht liebenden Personen nicht zu ewigem Beisammensein verurteilt; das Salariat betrachtet Gide (in den späteren Ausgaben) als ein Übergangsstadium, welches gute, aber auch schlechte Seiten hat und keineswegs ein definitives Produkt der Evolution ist, wie es die klassische Schule behauptet. Wenn er in der ersten Ausgabe die koaliierten Arbeiter als an Stärke den Kapitalisten gleich betrachtet, so ist später davon keine Rede mehr. Sogar die Intervention des Staates zu gunsten der Arbeiter erklärt er als ganz zulässig, und zwar in solchem Umfange, wie es die deutschen Kathedersocialisten fordern: gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages, Reglementation der Frauen- und Kinderarbeit, staatliche Versicherungen. Doch scheint ihm das Einschreiten des Staates ungenügend, um die socialen Ungleichheiten zu lindern. Die individuelle Initiative kann viel mehr machen, nämlich in der Form der Association. Diese ist seiner Meinung nach berufen, die tiefsten Veränderungen im socialen Leben herbeizuführen. Er glaubt fest daran und hat sich auch zu einem begeisterten Apostel der «Association» gemacht, und ist einer der Führer dieser in Frankreich nach den wiederholten Misserfolgen wieder entstandenen Bewegung. Seine Ideen darüber äussert Gide nicht in den Principes d'économie politique, sondern in einem in der Revue 1890 publicierten Artikel: Über die Kooperation und die Umwälzungen, die sie in der ökonomischen Organisation durchzuführen berufen ist. Konsuntive, nicht produktive Association ist seine Lieblingsidee. Er sieht in der heutigen Wirtschaft zwei einander entgegengesetzte Interessengruppen, die der Konsumenten und die der Produzenten; die ersteren sind bis jetzt den letzteren geopfert worden, was ganz entschieden ungerecht ist. Die Produktion steigt immerfort, doch geschieht dies chaotisch, weil sie nicht ihrem eigentlichen Zwecke, der Konsumtion, unterworfen ist. Die Produzenten suchen diesen Chaos zu regeln; sie bilden Syndikate,

Trusts, Kartelle; damit schützen sie ihre eigenen Interessen, die der Konsumenten werden aber in den Hintergrund geschoben. Was sollen nun diese anfangen? Es giebt nur ein einziges Mittel — den koaliierten Produzenten koaliierte Konsumenten gegenüberzustellen. Diese Koalition wird sich nach und nach der gesamten Industrie bemächtigen, zuerst den Handel, dann das Gewerbe, schliesslich auch die Landwirtschaft in ihre Hände ziehen. Auf diese Weise wird sie sich die Produktion unterwerfen; diese wird nur auf ihre Bestellung arbeiten und dann weder zu viel noch zu wenig hervorbringen. Wirtschaftliche Krisen werden unmöglich, die internationale Konkurrenz reduziert sich auf die Verträge der Konsumgesellschaften eines Landes mit denjenigen eines anderen. Auf diese Weise wird der Kampf ums Dasein erleichtert, beinahe beseitigt. Auf indirektem Wege gehen die Produktionsmittel eines Landes in den Besitz des Volkes über — kurz, die konsumtive Kooperation ist berufen, auf friedlichem Wege die radikalsten Umwälzungen des wirtschaftlichen Lebens zu bewirken. Dieses gilt aber ausschliesslich nur der konsumtiven Association; der produktiven ist Gide dagegen abgeneigt. Sie bewirke nur, dass ein Teil der Arbeiterschaft zu kleinen Bourgeois werde, welche in der kollektiven Fabrik ganz ebenso gut die Arbeiter auszubeuten verstehen, wie der grosse Kapitalist. Die konsumtive Genossenschaft dagegen strebt höhere Zwecke an: den ganzen Arbeiterstand zu heben, nicht nur einen Teil desselben. Also hat Gide das socialistische Ideal vor Augen: Übergang der Produktionsmittel in den Besitz des Volkes; nur scheint der Weg dann nicht ganz geeignet. Es ist jedenfalls bei Gide eine grosse Meinungsänderung vorgegangen von der ruhigen Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Sachlage, wie sie sich in der ersten Ausgabe seiner Principes kundgiebt, bis zu so weitgehenden Reformprojekten, an deren Durchführung er sogar selber mitarbeitet. Wenn er in dem oben genannten Artikel den wahrscheinlichen Entwicklungsgang der Kooperation schildert, so giebt er dessen theoretische Begründung an anderer Stelle, nämlich im Artikel: Über die Solidarität als ökonomisches Programm (Revue internationale de sociologie 1893). Die Idee der Solidarität - führt er aus - strebt danach, die der Freiheit zu ersetzen. Sie ist zuerst in der Biologie erkannt worden,

dann, und vielleicht sogar früher, in der Nationalökonomie. Jeder neue Fortschritt vergrössert die Solidarität der Menschen unter einander: die Eisenbahnen, die Telegraphen, die Telephone. Diese Idee ist das Emblemat der neuen Schule in der Nationalökonomie, welche von der Philosophie und der christlichen Theologie unterstützt wird. Im Christentum ist die Solidarität des ganzen Menschengeschlechts anerkannt. Alle müssen für die Sünde des einen — Adam — büssen und wieder durch das Verdienst eines anderen — Jesus Christus — werden sie erlöst. Die Solidarität hat 3 Entwicklungsstufen:

1. Eine fatale, unbewusste, automatische Solidarität, von der Natur befohlen. Eine solche verbindet die Zellen eines organischen Wesens, die Menschen in den antiken Civilisationen, z. B. in Egypten;

2. eine fatale Solidarität kann zu gleicher Zeit freiwillig werden, indem die Menschen ein klares Bewusstsein von dem Bande, das sie verknüpft, bekommen und sich ihm gerne fügen. So der Militärdienst, die Steuerzahlung und in manchen Fällen der Beitrag eines Fabrikanten zu den Versicherungen seiner Arbeiter gegen Krankheit, Alter und Unfälle;

3. in der dritten und letzten Phase der Solidarität verschwindet der Zwang und es bleibt nur die freie Kooperation. Dann entstehen überall Associationen, von welchen die Syndikate und die kooperativen Gesellschaften die ausgeprägtesten Typen sind. Die Idee der Solidarität ist der hauptsächliche Unterschied zwischen der liberalen und neuen Schule¹); diese wird die Staatsintervention nicht verwerfen, weil der Staat ihr erscheint als die weiteste Verwirklichung der socialen Solidarität; obwohl diese in einer Zwangsform erscheint, kann man ihr doch einen hohen moralischen Wert nicht absprechen. Die Solidaritätsschule wird sich den von der klassischen Schule gelobten Associationsformen, wie anonyme Aktiengesellschaften, und auch der Konkurrenz gegenüber nicht sehr sympatisch verhalten; die Konkurrenz ist ein Gegensatz von Solidarität. Der Socialismus und der Anarchismus brauchen oft das Wort Solidarität, sie gebrauchen aber keine geeigneten Mittel, um sie zu schaffen. Sie lassen zu wenig Raum der individuellen

¹⁾ Dieselben Gedanken führt Gide näher aus in der Ecole nouvelle in den Quatre écoles.

Initiative und es wäre zu fürchten, dass die entmutigten Individualitäten sich von den Unfähigen beherrschen lassen. In diesem Falle würde das Resultat gerade demjenigen entgegengesetzt sein, welches die neue Schule anstrebt; die Starken möchten nicht den Schwachen die Hand reichen, um sie emporzuheben, sondern die Schwachen drückten die Starken auf ihr eigenes Niveau herab. Die Solidaritätsschule, welche weder individualistisch noch kommunistisch ist, sucht eine praktische Lösung des socialen Problems in der Association. Ihr Wahlspruch ist: Ein jeder für alle, alle für jeden. Die kooperativen Associationen bleiben immer für diejenigen offen, welche ihre Mitglieder werden wollen unter den gleichen Bedingungen, wie ihre Begründer; wie weit unterscheidet sich dieses Princip von dem in den heutigen Unternehmungen und kapitalistischen Associationen vorherrschenden! Dieses Resultat stimmt gar nicht überein mit der individualistischen Gerechtigkeitsidee; das aber beweist eben die hohe Bedeutung der kooperativen Erziehung; die Begründer und die Führer dieser Associationen denken gar nicht daran, sich über ihre Rolle zu beklagen, obwohl sie eigentlich die der Betrogenen ist. Als eine in der moralischen Beziehung niedriger stehende, aber praktisch leicht durchführbare Form der Solidarität erscheint der Staatssocialismus.

So stellen sich die gegenwärtigen socialpolitischen Ansichten Gide's in diesem Artikel über die Solidarität dar. Dieses Ideal der Solidarität als einer endgültigen Stufe der menschlichen Entwicklung ist auch von der unodernen Psychologie aufgestellt worden. Richard Avenarius in seiner Kritik der reinen Erfahrung sucht auf biomechanischem Wege zu beweisen, dass die positive Entwicklung darauf hinzielt, die Individuen zu mit dem Ganzen immer mehr zusammenhängenden Gliedern zu machen, mit geringerem Individual- und immer grösserem Solidaritätsgefühl. Ob diese Solidaritätsidee aber in der Form, wie sie Gide darstellt, verwirklicht werden kann, das mag die Zukunft beantworten.

Vor Gide haben zwei geniale Männer dasselbe Ziel angestrebt, vermittelst kooperativer Associationen das Volk in den Besitz der Produktionsmittel zu setzen. Es waren: Bucher in Frankreich in den Dreissiger Jahren und Lassalle in Deutsch-

land. Sie basierten nicht, wie Gide, ausschliesslich auf den Konsumvereinen, im Gegenteil - produktive Associationen, kollektive Fabriken sollten sich nach und nach der Produktion bemächtigen. Die dazu nötigen Fonds sollten vom Staate geliefert werden. Gide aber verwirft die Staatshülfe ganz entschieden; nur persönliche Ersparnisse können das Anlagekapital bilden. Die weitgehenden Projekte Buchers und Lassalles misslangen; es frägt sich, ob nun Gide glücklicher sein wird? Die bisherige Entwickelung der konsumtiven Kooperation, besonders in England, ist ganz gewaltig. Wird es aber zu verhüten möglich sein, dass die am Konsumvereine Beteiligten zu kleinen Bourgeois werden, anstatt - wie es Gide haben will - nur Vorbilder und Führer des gesamten Arbeiterstandes, auf dem Wege der Kooperation zu bleiben? Freilich besteht diese Gefahr nicht, so lange es sich nur um konsumtive Vereine handelt. Gides Ziel ist aber, dass diese Vereine in ihrer weiteren Entwickelung sich der Industrie und sogar der ländlichen Produktion bemächtigen; wenn aber dieses stattfindet, wird es wohl möglich sein, dass die früher Beteiligten allen Neueintretenden gleiche Rechte gewähren, mitten in der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaft und dem wütenden Kampf ums Dasein? Gide macht sich darüber keine Bedenken, es scheint aber, als verlange er zuviel von der menschlichen Natur.

Wenn es irgend möglich ist, dass die Kooperation Umwälzungen in der gegenwärtigen Wirtschaft herbeiführt, so kann dies am besten in England geschehen. Die Genossenschaftsbewegung hat am frühesten in diesem Lande begonnen, weil auch die industrielle Entwickelung, folglich auch die sociale Frage dort zuerst entstanden sind. Sie hat verschiedene Erlebnisse durchgemacht, doch ist ihr Zustand gegenwärtig ein blühender: man hat berechnet, dass die Konsumvereine das Einkommen der englischen Arbeiter um 3 Millionen Pfund Sterling jährlich gehoben haben und gegen 13,000 Personen als Dienstpersonal in ihren Magazinen gebrauchen. Dieser Aufschwung begann mit der Gründung des berühmten Vereins der Rochdaler Pioniere, welcher ein Muster ward für alle konsumtiven Associationen.

Seit den Sechsziger Jahren ist auch in Deutschland die Konsumvereinsbewegung in Zunahme.

Anders als in diesen beiden Ländern hat sich die Association in Frankreich entwickelt. Frankreich ist das Land der produktiven Genossenschaften gewesen, ohne jedoch darin grosse Erfolge zu erzielen.

Der oben erwähnte *Bucher* hat in den Dreissiger Jahren diese Bewegung inauguriert; die meisten Associationen entstanden aber erst mit der Revolution von 1848 auf dem von *Fourier* und *St. Simon* vorbereiteten Grunde. Von 1848—51 befanden sich die Produktivgenossenschaften in steter Zunahme, auch wurden sie vom Staate durch Subventionen unterstützt, bis der Staatsstreich von 1851 diesem ein Ende machte.

Nach 1863 lässt sich in der französischen Genossenschaftsbewegung ein neuer Aufschwung bemerken infolge der Gründung von Kreditvereinen. Und wieder hat die Katastrophe von 1870 störend eingegriffen. Überhaupt sind die französischen Associationen von der sehr wechselnden Politik des Landes abhängig gewesen — bald unterstützt worden, bald wieder unterdrückt, was schädlich auf ihre Entwicklung einwirkte. Nach 1880 giebt sich eine neue Bewegung kund: es entstehen wieder Produktivgenossenschaften - und erleben neue Misserfolge. Konsumvereine 1) sind erst seit 1883 in grösserer Anzahl entstanden, doch entwickelten sie sich unglaublich schnell. 1885 wurde ein erster Kongress einberufen, auf welchem 85 Gesellschaften eine Fédération schlossen. Als ihr Organ wurde eine Versammlung aufgestellt, aus zwei Kammern bestehend: die eine hat sich mit der Administration zu befassen, die andere aber mit ökonomischen Angelegenheiten, wie Einkäufe auf gemeinsame Rechnung.

Die französischen Kooperatisten üben, wie wahre Apostel, auch Propaganda: zu diesem Zwecke geben sie mehrere Zeitschriften heraus, wie: L'Emancipation, von Gide redigiert, und andere, specielle Organe einzelner Kooperationen. Die Centralisation der Gesellschaften wird genannt Union coopérative des sociétés françaises de consommation.

Seit 1893 erscheint alljährlich l'Almanach de la coopération française, welcher zum Zwecke hat, ausser der Propaganda unter den arbeitenden Klassen, eine Übersicht der koopera-

tiven Bewegung in allen Ländern zu liefern. Gide ist einer der eifrigsten Mitarbeiter dieses Almanachs, welchen er durch seinen sprudelnden Witz dem Geschmacke des französischen Publikums anzupassen sucht. Beschreibungen von kooperativen Gesellschaften Frankreichs, Englands, Deutschlands, Italiens etc., kooperative Statistik bilden den Inhalt des Almanachs, und das ernste Ganze ist ab und zu von witzigen Anekdoten und Karrikaturzeichnungen erheitert. Anekdoten und Zeichnungen haben immer das Ziel im Auge — die Vorzüge der Kooperation und die Nachteile der gegenwärtigen Ordnung darzustellen.

Besonders charakteristisch in dieser Hinsicht ist folgende Erzählung Gide's: «Ein Engländer hat einst gewettet, dass er auf dem Pont-Neuf in Paris von 8 Uhr morgens bis mittags den Vorübergehenden anbieten werde, Louisdors gegen 1-Sousstücke zu wechseln, und dass kein einziger darauf eingehen würde. Und wirklich! jeder, dem unser Engländer Louisdors gegen Sous offerierte, schüttelte die Achseln und sagte: «Ich bin lange nicht dumm genug, um mich auf diese Weise betrügen zu lassen.» Einige wollten ihn sogar als Betrüger verhaften lassen. Der Engländer hätte seine Wette gewonnen, dem zwölf Uhr war schon nahe; da kam plötzlich eine Kinderfrau mit einem Kinde vorbei: dem Kleinen gefielen die schönen goldenen Stücke, und er wollte sie haben. Seine Begleiterin konnte ihn nicht anders beruhigen, und mit Widerstreben ging sie auf den Tausch ein; «sie verliere dabei doch nur einen Sous», meinte sie.

So lautet die Anekdote, und die Moral davon formuliert Gide folgendermassen: « Das Elend der gegenwärtigen Organisation gegen die Kooperation einzutauschen, heisst so viel, als für einen Sous 20 Franken zu bekommen. Das Publikum, die Konsumenten, hätten dabei alles zu gewinnen; und was würden sie verlieren? Nichts, rein gar nichts! Geht aber und sagt das den Vorübergehenden! Sie werden euch auslachen, einige euch sogar für Betrüger halten.»

Nun folgt ein Aufruf an die Leser des Almanachs, dass sie nicht so wie das Publikum auf dem Pont-Neuf eine gute Gelegenheit nur dadurch verlieren, weil sie sich für zu gescheit halten. Sie sollen lieber so wie dies kleine Kind sein,

¹⁾ Artikel Gides in der Revue d'économie politique.

welches mehr Verstand besass als alle anderen: es glaubte, was man ihm sagte; es hat so lange geschrieen, bis es das Goldstück bekam. Die Leser des *Almanachs* sollen auch so lange rufen, bis sie die Kooperation haben.

Im ersten Jahrgange des Almanachs (1893) werden — der Zahl der zwölf Monate entsprechend — Lebensbeschreibungen von zwölf Vorkämpfern der Genossenschaften gegeben. Im zweiten (1894) die zwölf Tugenden der Kooperation, die Vorteile, die sie ihren Anhängern sichert, z. B. besser leben, bar zahlen, die Frauen für die socialen Fragen interessieren etc. Im dritten Jahrgange endlich die zwölf Vorschriften der Kooperation: keinen Kredit geben, nicht für den niedrigsten Preis verkaufen, einen Reservefonds bilden etc. Alle diese Sprüche sind von der Feder Gides, tragen beinahe einen scwärmerischmystischen Charakter, was nicht verwundern darf in einer Zeitschrift, die hauptsächlich die Propaganda im Auge hat und zwar unter den wenig gebildeten Klassen.

Im allgemeinen kann man das sociale Programm Gides und anderer Kooperierter Frankreichs (de Boyre, Balline, Cernesson, Rostaud, Cheysson, Chambrun) folgendermassen formulieren: die Lage des Volkes in den Rahmen der bestehenden Ordnung zu bessern durch Kooperation, Gewinnbeteiligung und fürsorgende Institutionen; sein moralisches und intellektuelles Niveau zu heben, denn die kooperativen Gesellschaften sollen, sobald ihre Mittel es erlauben, sich mit der Volksbildung befassen. Als Zukunftsideal, welches auf friedlichem Wege erreichbar sein soll, erscheint ihnen die Umgestaltung der socialen Ordnung vermittelst der Kooperation.

Die Kooperatisten verfolgen ihr Ziel mit vielem guten Willen und einem starken Glauben, dass die Zukunft ihnen gehöre. *Charles Gide* ist einer der meist begeisterten Führer dieser Bewegung.

Eine aus privaten Mitteln¹) unlängst (1894) gegründete Anstalt wird zur Förderung dieser Bewegung viel beitragen. Es ist das *Musée social*, welches, ausserhalb aller politischer und religiöser Überzeugungen stehend, nur die Untersuchung und Förderung aller socialen Anstalten und Organisationen

bezweckt, die eine Besserung der moralischen und materiellen Lage der arbeitenden Klassen beabsichtigen.

Die Mittel dazu sind folgende:

- 1. Eine permanente Ausstellung von Bildern und Dokumenten solcher Einrichtungen, welche Besserung der Lage der arbeitenden Klassen beabsichtigen, wie Arten der Gewinnbeteiligung, Ersparnisanstalten, Versicherungswesen, kooperative Gesellschaften;
 - 2. eine öffentliche Bibliothek mit einem Arbeitssaal;
- 3. Erteilung von Auskünften allen Personen, welche sich für die Werke der Socialökonomie interessieren;
 - 4. technische Auskünfte über Einrichtungen solcher Werke;
- 5. Konferenzen und Vorlesungen über den betreffenden Gegenstand;
- Enquêten über solche Werke in Frankreich und im Auslande;
- 7. Publikationen, welche zum Zwecke haben, die Arbeiten des *Musée social* bekannt zu machen;
- 8. Preise und Medaillen, welche den besten Arbeiten in diesem Gebiete gegeben werden.

Auf allen diesen Punkten entwickelt das Musée eine rege Thätigkeit, von welcher das von ihm ausgegebene Circulaire berichtet. De Rousiers, der nach England gesandt wurde, um die Trade-Unionen zu studieren, giebt in einer der ersten Nummern des Circulaire eine eigehende Darstellung ihrer Organisation und die Ursachen ihrer Erfolge, um dann in der nächsten Nummer eine besondere Art derselben, nämlich die Fachvereine des Baugewerbes, ins Auge zu fassen. Diese bieten ein besonderes Interesse, weil sie einen zweifachen Charakter tragen; einerseits nähern sie sich den alten Korporationen, anderseits aber den modernen Arbeitervereinen. Nach Deutschland wurde eine Mission unter der Direktion von G. Blondel gesandt, welche speziell die landwirtschaftlichen Verhältnisse zu studieren hatte, deren Ergebnisse ebenfalls nächstens veröffentlicht werden. Am 3. Mai 1896 wurde im Musée social ein sogenanntes Fest der Arbeit mit grossem Prunk gefeiert, bei welchem in Anwesenheit des Präsidenten der Republik an 28 Arbeiter Renten-

¹⁾ Eine Schenkung des Grafen de Chambrun.

büchlein verschenkt wurden, welche zu einem jährlichen Gehalt von 200 Fr. das Recht geben. Letztere Massregel ist vielmehr dazu angethan, vom guten Willen der Gründer des Musée zu zeugen, als wirklichen Nutzen zu bringen, denn dazu ist die Summe von 200 Fr. viel zu gering.

Ob man mit den Reformplänen der Kooperatisten und Gide's übereinstimmt oder sich skeptisch dazu verhält, so muss man jedenfalls gestehen, dass sie für die leidenden Schichten der Gesellschaft ein warm fühlendes Herz haben. Dieses giebt sich bei Gide erst in den späteren Phasen seiner schriftstellerischen Thätigkeit kund. Sehr interessant und bezeichnend für die Richtung, in der die neueste französische Nationalökonomie sich entwickelt, ist eben diese Wandlung der socialpolitischen Ansichten bei Gide, von einem beinahe manchesterlichen Standpunkte bis zu weitgehenden, obwohl ganz friedlichen Reformprojekten. Ob diese Verschiebung nach links in einem gewissen Grade dem Einflusse der deutschen Wissenschaft, mit der die junge Generation der Professoren in lebhafte wissenschaftliche Beziehungen getreten ist, zuzuschreiben sei, oder ob sie aus selbständigen Beobachtungen der socialen Lage entstanden, ist schwer zu beurteilen. Was Gide anbetrifft, so steht er mehr in den theoretischen Fragen unter dem Einflusse der deutschen Nationalökonomie, in seiner praktischen Thätigkeit, näunlich in der Organisation der Konsumvereine, hat er sich dagegen England zum Vorbild genommen.

Als Theoretiker ist *Gide* weder tief noch originell, er ist ein Eklektiker. Elemente des deutschen Historismus, der österreichischen Schule, in seiner späteren Entwicklung auch manche Ideen der Kathedersocialisten, bilden seine Theorie. Von der historischen Schule unterscheidet er sich jedoch dadurch, dass er nicht die Existenz jeder festen Gesetze leugnet und auf deduktives Verfahren und Aufstellung allgemeiner Formeln durchaus nicht verzichten will; vom Kathedersocialismus, dass er zwar nicht principiell gegen jede Einmischung des Staates in wirtschaftliche Angelegenheiten ist, aber bessere Resultate von der Selbsthülfe erwartet.

Das hauptsächliche Charakteristikum Gides ist seine oppositionelle Haltung gegen die Pariser Schule; er ist ihr ein um so gefährlicherer Feind, als er seine Ideen mit grossem schrift-

stellerischen Geschicke und mit echt französischer Verve darzustellen versteht. Die klassische Ökonomie konnte das durchaus nicht ruhig geschehen lassen, die neue Richtung ging ihr ganz gegen den Strich. Und Gide vertrat dazu noch die radikalsten Tendenzen unter diesen Häretikern. Gegen ihn wandte sich auch die ganze Wut der offiziellen Wissenschaft. Er unterstand sich 1), unter Umständen ein Recht auf Arbeit und auf legale Unterstützung anzuerkennen, einige Beschränkungen der Freiheit der Arbeit zuzulassen, indem er sich für die Arbeiterschutzgesetzgebung erklärte und auch gegen den Freihandel manche Bedenken zu äussern.

Daraus wird ein Vorwurf gemacht und eben diese Entrüstung, welche diese schüchternen Reserven gegen die klassische Doktrin hervorgerufen haben, zeigt am besten, wie sehr dogmatisch letztere geworden ist.

Gide hat noch schlimmeres gethan; er hat die absolute Gültigkeit der ökonomischen Gesetze bezweifelt und sie als relative erklärt; er hat die Existenz mehrerer Schulen in der Nationalökonomie anerkannt. Auch in seiner Kapitaltheorie hat Gide eine schlimme Häresie begangen; er zweifelt, ob die Rentiers auch wirklich eine wichtige und unentbehrliche Funktion erfüllen. Weder Gide noch die anderen Professoren — mit wenigen Ausnahmen — haben dasjenige erfüllt, was man von ihnen erwartete: den Studenten eine klare Darstellung der klassischen Dogmen zu geben.

Eine noch erbittertere Kritik der Gide'schen Principes, wie die von Courcelle-Seneuil, und zwar der dritten, am weitgehendsten Ausgabe, giebt Puynode im Journal 1894. Er beklagt Gide als einen verlorenen Sohn; die klassische Schule hat von ihm so viel erwartet und er wäre auch zu so schönen Resultaten gekommen, wenn ihn der Mangel an wirtschaftlicher Methode nicht irre geleitet hätte. Er hat sich so weit vergessen, die ökonomischen Gesetze der Smith, Malthus, Ricardo, Say und Mill in Frage zu stellen. Von den Socialisten unterscheidet er sich nur noch darin, dass er ihre übertriebenen Konsequenzen nicht annimmt; er geht aber von denselben

¹⁾ Kritik von Courcelle-Seneuil im Journal des économistes 1886.

falschen Prämissen aus, dass nämlich die ökonomischen Gesetze und Institutionen durch das Eingreifen des Staates geändert werden können, dass die Evolution zur Ausdehnung der Funktionen des Staates führe, dass die moderne Produktionsweise anarchisch sei. Das Salariat betrachtet er als eine vorübergehende historische Kategorie und setzt sogar Zweifel in die Legitimität des privaten Eigentums an Grund und Boden. Aus diesen beiden Kritiken kann man leicht ersehen, wie viel Mut dazu gehört, in Frankreich der alten Schule den Rücken zu kehren. Sie beschränkt sich nicht auf rein litterarische Angriffe; sie geht in ihrer Unzufriedenheit sogar bis zur persönlichen Schädigung ihrer Gegner. Letzteres hat den andern oppositionellen Ökonomen getroffen, nämlich Paul Cauwés. Als er 1878 sein Précis d'économie politique veröffentlichte, haben die Orthodoxen mit allen Kräften darauf hingearbeitet, ihn um seine Lehrstelle zu bringen, was jedoch nicht gelang. Und doch ging Caucés viel weniger nach links, als Gide; da er aber der erste war, welcher ganz offen seine Häresie auszusprechen wagte, so brach der schlimmste Sturm über ihn los. Über die erste Ausgabe seines Werkes hat, ebenfalls wie über Gide, Courcelle-Seneuil im Journal 1877 berichtet. Später fand man ihn dieser Ehre unwürdig und man beschloss, ihn totzuschweigen, Courcelle-Seneuil sagt folgendes über ihn: «Unter den zwei entgegengesetzten Doktrinen muss eine unzweifelhaft falsch sein und doch wird sie zu gleicher Zeit wie die wahre mit absoluter Gleichgültigkeit vorgetragen. Wenn diese Gleichgültigkeit fortdauert, so wird sie den jungen Leuten eine ganz eigentümliche Idee geben von der Wissenschaft und dem Unterrichte, welcher ihnen dieselbe beibringen soll. Der Kritiker spricht seine Entrüstung darüber aus, dass Cauwés, der doch keine anderen wissenschaftlichen Verdienste hat, als dass er einige Jahre Nationalökonomie vorgetragen hat, sich untersteht, die Principien zu bezweifeln, welche von Denkern ersten Ranges aufgestellt worden sind. Dagegen könnte man einwenden, dass dieselben Principien von ebenso grossen Denkern in Frage gestellt wurden und dass folglich Cauwés zu diesem Zweifel ganz gut berechtigt war, sogar wenn man annimmt, dass man nur von Autoritäten die Berechtigung dazu erhalten könne.

Man muss jedenfalls zugeben, dass Caucés selber die Handhabe zu scharfen Angriffen geboten hat; in der Durchführung seiner Ideen ist er oft inkonsequent, indem er zuerst kühne Ausserungen über die heutige Wirtschaft thut, dann aber vor dem Gespenst des Socialismus zurückschreckt und mit grösster Eile Kehrt macht. Wie sieht nun diese Cauwés'sche Häresie aus? Sein Hauptwerk, der Précis d'économie politique, hat ebenfalls, wie die Gide'schen Principes, drei Ausgaben gehabt, von denen die erste 1878 erschienen ist. Um sein System darzustellen, werden wir uns nicht an seine Einteilung des Stoffes in dem Précis halten, weil sie ziemlich kompliciert ist und dabei noch den Nachteil hat, dass mehrere Male auf denselben Gegenstand zurückgekommen wird (wie in der Wertfrage, in der Kritik der socialistischen Theorien). In der Einleitung ist der Kern seiner Gedanken enthalten, deswegen wollen wir uns hauptsächlich auf dieser stützen.

Im Vorwort zur ersten Ausgabe tritt schon Cauwés gegen den starren Doktrinarismus auf, und gegen das absolute laisserfaire Princip. Er behauptet, die politische Ökonomie habe sich auch mit den praktischen Fragen zu befassen, wie die ökonomische Gesetzgebung, das Zollsystem, da ja diese für das wirtschaftliche Leben viel mehr Bedeutung haben als die Auslegung der Dogmen. In der ersten und zweiten Ausgabe ist sein Werk nur eine Art von Lehrbuch, welches er für seine Studenten verfasste. In der dritten Ausgabe nimmt es an Umfang und Bedeutung zu. Caurcés äussert sich folgendermassen darüber: «Sorti de l'enseignement et d'abord composé pour les étudiants, cet ouvrage, sous un titre nouveau et dans son cadre élargi est devenu plutôt un cours approfondi qu'un manuel élémentaire; aussi s'adresse-t-il à un public moins restreint. C'est une œuvre de critique scientifique, d'analyse impartiale des doctrines et des faits». - In der Wissenschaft selber sind seit der ersten Ausgabe des Buches wichtige Veränderungen vor sich gegangen — behauptet Cauwés. «Qui pouvait, il v a dix ans encore, soupçonner les applications nouvelles de l'intervention de l'Etat, notamment dans les questions ouvrières, ou prédire l'infiltration dans les lois de réformes économiques et fiscales, qui ne figuraient alors que sur les programmes socialistes?» Von diesen Veränderungen nimmt Cauwés Notiz uud widmet ihnen in der dritten Ausgabe einen grössern Raum, so dass ein zweimal grösseres Werk entstand.

Über die Aufgaben und den Umfang der politischen Ökonomie äussert sich Cauwés folgendermassen: «Die politische Ökonomie ist eine Wissenschaft vom Nützlichen, wie das Recht eine Wissenschaft vom Gerechten ist, und die Moral vom Guten. Diese drei Wissenschaften sind eng aneinander verknüpft — die politische Ökonomie hat zum Gegenstand die Gesetze der Nützlichkeit und zum Zwecke — den Wohlstand der Individuen und der Allgemeinheit, welcher durch gerechte Verteilung der Reichtümer zu erreichen ist.»

Cauwés stellt der Chrematistik eine politische und sociale Ökonomie gegenüber, eine moralische und politische Wissenschaft, in welcher der Mensch Selbstzweck ist und nicht nur ein Produktionsmittel. Der Fortschritt besteht darin, dass der egoistische Wille durch den altruistischen immer mehr zurückgedrängt werde, und die politische Ökonomie darf sich nicht ausschliesslich mit dem egoistischen Interesse befassen, sie muss die sittlich höheren Triebfedern in Betracht ziehen. Er macht der «Ecole ancienne» den Vorwurf, zu ausschliesslich das egoistische Interesse als einzige Triebfeder der menschlichen Thätigkeit betrachtet zu haben.

Der reinen politischen Ökonomie, welche ihn recht kalt und abstrakt dünkt, stellt Cauwés eine positive Wissenschaft gegenüber, welche sich auf die Beobachtung socialer Thatsachen gründet. Doch soll sie sich nicht nur auf die Beobachtung beschränken — die induktive Methode muss mit der Deduktion Hand in Hand gehen. Das Moment der historischen Entwicklung socialer Institutionen — des Staates, der Familie, der Arbeit — berücksichtigt Cauwés, im Gegensatz zu der älteren französischen Schule, und auch zu Gide.

Als positive Wissenschaft kann die politische Ökonomie nicht für alle Nationen und für jede Zeit gelten. «Affirmer — sagt Cauwés — la valeur absolue des lois économiques, c'est commettre une erreur aussi évidente, que d'ordonner la même hygiène alimentaire aux Esquimaux et aux Africains». In wirtschaftlichen Leben eines jeden Volkes sind verschiedene Phasen zu unterscheiden, und je nach diesen muss sich auch die Rolle

des Staates richten. Im allgemeinen ist aber Caucés Gegner des Staatssocialismus; er scheint ihm gefährlich, weil es zwischen ihm und dem reinen Socialismus keine feste Grenze giebt. Sogar die Arbeiterversicherung von Staats wegen scheint ihm eine Überschreitung dieser Grenze zu sein. Er behauptet, die Rolle des Staates wachse mit steigender Kultur, denn steigende Kultur bedeute ein intensiveres Leben; dem intensiveren Leben aber müssten zahlreichere und stärkere Organe entsprechen. «Zwischen den extremen Doktrinen des Individualismus und des Socialismus - sagt Caucés - wird eine nationale und positive polische Ökonomie immer fortfahren, sich einen Weg zu bahnen, indem sie die Thätgkeit der individuellen und kollektiven Kräfte je nach den Umständen zugiebt, zum Zwecke des socialen Fortschrittes.» Es ist ihm gar nicht eine so unbezweifelbare Thatsache, dass die Industrieunternehmungen des Staates immer schlechter und mit grösserem Kostenaufwande betrieben werden, wie die privaten. In Frankreich nämlich ist es dem Staate sehr wohl gelungen, manche Luxusindustrien, wie die Gobelins, die Servés'schen Porzellane, einzuführen und bis auf den heutigen Tag mit grossem Erfolg zu betreiben. Der Staat hat ausser seinen hauptsächlichsten Attributionen (Administration, Rechtspflege, Sicherung der inneren und äusseren Ordnung), noch als Faktor des Fortschrittes zu wirken: als solcher solle er sich mit dem Kolonialwesen, den Kreditinstitutionen und den Verkehrswegen befassen. Die Intervention des Staates muss durch die Rechte des Individuums begrenzt werden - und darin wäre er ganz mit der orthodoxen Schule einverstanden, wenn er nicht viel weitere Rechte dem Staate einräumte. In seiner Rolle als Protektor der Schwachen kann der Staat regelmässige Auszahlung der Löhne überwachen; aus demselben Grunde ist die staatliche Regelung der Frauen- und Kinderarbeit zulässig. Auch ist die Begrenzung der Arbeitszeit für erwachsene Arbeiter möglich, doch könne dies nicht für alle Länder und alle Industrie-Zweige in gleichem Masse gelten; man müsse dem freien Spiel der äusseren Einflüsse, wie Klima, Intensitätsgrad der Arbeit. Raum lassen.

Die Rechtswissenschaft und die politische Ökonomie sind zwei Schwesterwissenschaften. «Telle est ma conviction scienti-

fique et la principale raison d'être de cet ouvrage» - erklärt Caucés. Dieser seiner Überzeugung ist er auch treu geblieben, indem er einen beträchtlichen Teil seines Buches der ökonomischen Gesetzgebung widmet. Überhaupt betont er, im schärfsten Gegensatz zur orthodoxen Schule, dass man in der Ökonomie die Theorie von ihrer Anwendung nicht trennen solle, sonst verfalle man in starren Doktrinismus. Er beruft sich auf Smith und Say, welche beides in ihren Systemen vereinigten, während ihre Nachfolger es gänzlich vernachlässigten. Was die Verteilung der Güter anbetrifft, so behauptet Caucés folgendes: Im socialen Zustande überheben die Fähigkeiten die Bedürfnisse; wenn aber trotzdem in der industriellen Gesellschaft viele Individuen ein ungenügendes Einkommen haben, so liegt dessen Ursache nicht in der ungenügenden Produktion, sondern vielmehr in einer fehlerhaften Repartition. Die Ökonomie hat zur Aufgabe, die Grundlagen einer gerechten Repartition aufzustellen, und der moderne Staat hat dafür zu sorgen, dass eine Klasse der Gesellschaft nicht von einer anderen ausgebeutet werde. So weitgehende Sätze sind ganz merkwürdig bei einem Schriftsteller, welcher einerseits den Kathedersocialismus scheut, weil ihn dieser zu sehr an den reinen Socialismus erinnert und welcher doch mit der Behauptung, dass die heutige Produktion genügend sei, um Allen Wohlstand zu sichern, und dass das sociale Übel lediglich durch ungerechte Verteilung verursacht werde - sich auf den socialistischen Standpunkt stellt. Diese radikale Äusserung passt jedoch sehr wenig zum übrigen System Caucés, und er zieht auch ganz eigentümliche Schlussfolgerungen aus diesen Behauptungen. Denn indem er wieder auf die ungleiche Verteilung der Güter zu sprechen kommt, nimmt er an, dass diese lediglich auf die natürliche Ungleichheit der Kräfte und der Intelligenz der einzelnen zurückzuführen sei. Das Regime der industriellen Freiheit müsse daher notwendig ein Regime der Ungleichheit sein, und wenn dabei mancher seine Bedürfnisse nicht befriedigen könne, und wenn das produktive Kapital nicht in die Hände derjenigen gelange, die es bearbeiten, so sei dies zwar unangenehm, aber vollständig gerechtfertigt. Infolgedessen verteidigt Cauwés auch das Privateigentum; jeder werde nach seiner Leistung belohnt. folglich sei der Reichtum der einen und die Armut der anderen

eine natürliche Folge ihrer ungleichen Leistungsfähigkeit. Das Eigentum sei ein natürliches Recht, eine notwendige Folge der natürlichen Freiheit, geheiligt durch die Arbeit als deren Frucht. Das Privateigentum zu verteidigen heisst so viel, als die Kultur verteidigen. Es scheint, als ob Caucés seine beinahe zufällige, etwas radikal klingende Ausserung bereute — denn mit grösstem Eifer schwenkt er in die ganz entgegengesetzte Richtung ein: Arbeit und nur Arbeit sei das einzige Mittel, durch welches Eigentum erworben werde, und der Unternehmer komme in den Besitz des vom Arbeiter erstellten Produktes nur infolge eines freien Vertrages, durch welchen der Arbeiter für einen Lohn auf den Ertrag seiner Arbeit verzichtet. Ebenso rechtfertigt Cauwés das Privateigentum an Grund und Boden; er thut es nicht aus praktischen Rücksichten, wie es Spencer, Mill und auch Gide gethan haben: der Ertrag der Erde ist nach seiner Auffassung nur ein Einkommen von in ihr aufgespeicherter Arbeit und Kapital. Deswegen verwirft er ganz die Ricardo'sche Rententheorie, welche die Bodenrente als ein Einkommen ohne Arbeit darstellt.

Diese Idee der Berechtigung durch die Arbeit versucht Cauwés auch in seiner Kapitaltheorie durchzuführen — er widerspricht sich aber selbst, denn er sagt einmal, dass das Kapital dadurch entstehe, dass die Arbeit die Eigenschaft besitze, über ihre Unterhaltskosten zu produzieren; dann behauptet er, dass das Kapital infolge neuer Erfindungen entstehe, welche Verbesserungen in den bisherigen Produktionsmitteln einführen.

Cauwés ist so wenig originell, dass man bei der Analyse seines Systems jeden Augenblick auf fremde Gedanken stösst; so ist auch die Einführung der Invention als wirtschaftlichen Faktor, dem Einflusse der Tarde'schen Nachahmungstheorie zuzuschreiben. Aber Cauwés bleibt nicht bei dieser Behauptung stehen; an anderer Stelle sagt er wieder, dass das Kapital einzelner Individuen nicht nur durch produktive Kraft der Arbeit, sondern auch durch Ersparnisse entstehe. Grössere Inkonsequenz in der Durchführung seiner Ideen kann man sich wohl schwerlich denken.

Cauwés teilt die Kapitalien in produktive und spekulative. Erstere sind Kapitalien im wissenschaftlichen Sinne, das heisst Produktionsmittel, die zur Weiterproduktion dienen (Roh- oder halb verarbeitetes Material, Maschinen, Werkzeuge, Erde, Geld). Der zweite Begriff ist der populären Auffassung entlehnt, welche unter Kapital alles versteht, was Einkommen giebt, gleichwohl ob es aus Produktionsmitteln oder Gebrauchsgegenständen besteht.

Dies ist eine Erweiterung des Kapitalbegriffes. Denselben Gedanken führt auch Gide durch und Böhm-Baucerk widmet ihm einen Artikel in der Revue d'économie politique von 1889, in welchem er behauptet, zuerst diesen Unterschied gemacht zu haben. Caucés aber fordert für sich das Prioritätsrecht, indem er nachweist, dass er diese Auffassung des Kapitals schon vor Böhm-Baucerk aufgestellt hatte, nämlich in der ersten Ausgabe seines Buches im Jahre 1878, also 9 Jahre vor dem Erscheinen des Böhm-Baucerk'schen Artikels.

Wie das übrige System Cauwés, so besteht auch seine Wertlehre aus verschiedenen Elementen: Gedanken von Adam Smith, Böhm-Bawerk, ja sogar von Marx finden sich mit einander vermengt, das Subjektive mit dem Objektiven. Cauwés begreift sehr wohl die hohe Bedeutung der Wertlehre für die nationalökonomische Wissenschaft, indem er sagt: «Es fragt sich, ob im Ganzen der socialen Transaktionen der Wert eine gerechte Regelung verursacht. Von der Antwort auf diese Frage hängt die Berechtigung der auf Freiheit basierten socialen Ordnung ab. Die sociale Frage wäre gelöst, wenigstens theoretisch, wenn eine undiskutierbare Theorie des Wertes vorhanden wäre.»

Diese Äusserung trifft ganz merkwürdig auf Cauwés selbst zu; ebenso unklar wie sein Verhalten zur socialen Frage ist auch seine Werttheorie.

Er unterscheidet den Nützlichkeitswert von dem Tauschwerte. Ersterer gilt nur in der Einzelwirtschaft zur Beurteilung des grösseren oder minderen subjektiven Wohlstandsgrades. Zweiter tritt auf, sobald es zum Tausche kommt und bezeichnet den relativen Wohlstand. Damit ein Gegenstand Tauschwert erhalte, sind drei Bedingungen nötig: 1. dass dieser Gegenstand Reichtum sei, das heisst Nützlichkeit besitze; 2. dass er ein Gut sei, so wird der Begriff des Wertes mit demjenigen des Eigentums verbunden; 3. dass dieser Gegenstand in begrenzter Quantität vorhanden sei. Die veräusserten Güter sind so viel wert, als die Summe der dem Käufer ersparten Arbeit beträgt.

Es handelt sich aber nicht um die wirklich ersparte Arbeit; ein Mensch, der keine Schuhe machen kann, zahlt dem Schuster nicht die Arbeit, die er sich erspart, indem er Schuhe kauft, statt sie selber zu machen; er wäre überhaupt nicht imstande, sie selber zu machen. Es handelt sich nur um die Ersparnis der Mühe, auf einen andern Markt zu gehen oder die Unannehmlichkeit, keine Schuhe zu besitzen. Diese Quantität der ersparten Mühe ist definierbar und zwar durch die Intensität des Bedürfnisses. Also finden wir in der Cauwés'schen Wertlehre das objektive Moment — die ersparte Arbeit, mit dem subjektiven — die Intensität des Bedürfnisses eng verknüpft. In weiterer Durchführung dieser Theorie treten die subjektiven Momente noch mehr in den Vordergrund. Cauwés stützt sich gänzlich auf Böhm-Baucerk und beruft sich auf ihn.

Die Tauschlust ist ungleich. Am stärksten ist sie bei diesen, welche das am wenigsten schätzen, was sie zu veräussern haben und das am meisten, was sie erwerben wollen. Sie ist im Gegenteil am schwächsten bei diesen, bei welchen der Schätzungsunterschied dessen, was sie besitzen, von dem, was sie zu erlangen wünschen, gering ist. Dieses Grenzpaar, die meist und die wenigst Tauschlustigen, definiert den Wert durch sein gegenseitiges Verhältnis. Es sind nämlich die wenigst Tauschlustigen, die den Marktwert oder Marktpreis bestimmen. Jede von den meist tauschlustigen Parteien wird ihre Forderungen auf die wenigst tauschlustigen reduzieren und dieses Minimum des Gewinnes wird den gemeinsamen Wert bilden. Für andere tauschende Parteien wird der Wert - gemäss der individuellen Wertschätzung — ein Übermass (surplus) des Gewinnes, welcher in dem Unterschiede dieser Wertschätzung und dem Wertminimum besteht. «En resumé — sagt Cauwés - chacun vient à l'échange sous la pression des besoins concrets, inégaux, déterminés à priori des évaluations provisoires non déclarées, mais in mente retentae. La rencontre des offres et des demandes rectifie ces evaluations et les rabaisse au niveau qui vient d'être indiqué. Ce niveau est bien en rapport avec les causes subjectives qui motivent l'échange, mais il les indique in rem, et non in personam. L'échange avec concurrence fait apparaître un niveau commun de valeur, ou, comme on pourrait bien le dire, une valeur sociale.»

Den auschliesslichen Subjektivisten wirft Cauwés vor, dass sie sich nicht darum kümmern, ob es einen Regulator dieses auf dem Spiele der Bedürfnisse basierten Wertes gebe, ob er durch den Zufall regiert oder durch Produktionsverhältnisse geregelt werde. Solch einen Regulator sucht Cauwés aufzustellen; es ist die dem Käufer ersparte Mühe, anderswo den nötigen Gegenstand zu suchen, oder die Unannehmlichkeit, ihn zu entbehren.

In diesem Punkte sucht Cauwés den subjektiven Wertbegriff mit dem objektiven zu verbinden; die Konkurrenz nämlich arbeitet darauf hin, die zur Hervorbringung des Gegenstandes notwendige Arbeit mit der dem Käufer ersparten Mühe auszugleichen. (La valeur naturelle dans les échanges avec concurrence est proportionnée au coût de production, et le coût de production est l'équivalent de la difficulté épargnée à l'acquéreur.)

Und nun - um seinem Satze treu zu bleiben, dass die Wertlehre einen grossen Einfluss auf die theoretische Begründung der socialen Frage habe, zieht Caucés zu Felde gegen die rein objektive Werttheorie, weil sie ihm gefährlich scheint: Die Socialisten (Marx, Proudhon) leiten nach seiner Meinung aus ihr das Recht des Arbeiters auf den vollen Arbeitsertrag ab. Das Résumé der Cauvés'schen Wertlehre lautet aber folgendermassen: «La valeur des richesses et des services, étant proportionnelle à la difficulté de se les procurer, a pour cause et pour mesure le degré d'utilité sociale du travail. Le degré d'utilité sociale du travail ne peut s'apprecier exactement, si l'on ne prend soin de distinguer dans le travail accompli l'utilité qui est due à l'argent de la production, de celle qui résulte de la science et de l'art industriel. - Dans les rapports d'échange, chacun ne peut se faire payer qu'à raison du travail physique ou intellectuel qui lui est propre, et cela dans la mesure de l'utilité sociale de ce travail.» Also da tritt wieder ein rein marxistischer Gedanke auf: die gesellschaftlich notwendige Arbeit, die sich nach dem Stande der Wissenschaften und Technik richtet. Aus dem zweiten Satze - dass ein jeder je nach dem Quantum seiner physischen oder intellektuellen Arbeit bezahlt sein solle, könnte man ebenso gut das Recht auf den vollen Arbeitsertrag ableiten, wie aus der rein objektiven Werttheorie. Dieser Gedankengang ist desto überraschender, man könnte beinahe sagen, dass er komisch aussieht bei *Cauwés*, der sich gerade vorgenommen hat, die Wissenschaft gegen solche gefährliche Ideen zu schützen.

Wie Gide vorwiegend Subjektivist, so ist Cauce's vielmehr Objektivist, er macht aber den Eindruck, als ob er sich selber nicht recht klar sei über das Verhältnis dieser beiden Faktoren. An einer Stelle behauptet er, sich auf Böhm-Bauerk stützend, dass das Grenzpaar den Wert bestimme, also macht er diesen ganz von der individuellen Wertschätzung abhängig; weiter sagt er aber, dass der Wert proportionell ist der Schwierigkeit, die Reichtümer zu erwerben, und als Ursache und Mass die gesellschaftlich notwendige Arbeit hat. In letzterem Falle ist es ja klar, dass die Schätzung des Grenzpaares überflüssig ist. Der rein subjektiven Theorie Böhm-Bawerks, auf der Cauvés sich stützt, muss man ungeachtet dessen, ob man mit ihr übereinstimmt oder nicht, eine tiefgehende Konsequenz zugestehen, welche alle Fälle des wirtschaftlichen Verkehrs aus ihrem einmal festgestellten Standpunkte zu erklären sucht. Von dieser strengen Konsequenz findet man aber bei Cauwés keine Spur: subjektives und objektives ist bei ihm nicht zu einer Synthese dieser beiden Elemente verbunden, sondern mit einander vermengt. Wie gestalten sich nun die Ansichten Cauwés über die sociale Frage?

Was den Lohn anbetrifft, so verwirft er, wie auch die meisten französischen Ökonomen der alten Schule, das eherne Lohngesetz Ricardos. An dessen Stelle will er den normalen Lohn gesetzt sehen — ein variables Minimum, der Epoche, dem Lande, den Sitten und Tendenzen der Arbeiterklasse angepasst. Der normale Lohn solle sich nicht nur nach der Konsumtion der notwendigen Nahrung richten, sondern nach dem Ganzen der materiellen Bedürfnisse, welche durch Gewohnheit zur Existenzbedingung geworden seien, und auch nach dem Grade der geistigen Entwicklung, die zur Errichtung der gegebenen Arbeit erforderlich sei. Auch der Anteil für den Unterhalt der Familie, für Erziehung der Kinder solle im normalen Lohne stattfinden. Und nun sucht sich Cauwés als Vermittler zwischen die zwei feindlichen Brüder, Kapital und Arbeit, zu stellen. Denn Brüder seien sie und ihre Interessen ganz und gar nicht entgegengesetzt - nur schädliche

Agitation, durch grosse Anhäufung der Arbeiterbevölkerung in Fabrikstädten erleichtert, sei Schuld an ihren Zwistigkeiten. Cauvés sagt dem Unternehmer, dass es nicht in seinem Interesse liege, den möglichst kleinen Lohn zu geben, weil dann der Arbeiter schlecht arbeite, und es komme mehr auf die Leistungsfähigkeit des Arbeiters an, als auf eine geringe Lohnerhöhung. Dem Arbeiter aber sagt er, er solle nicht unbescheiden sein und zu großen Lohn fordern - denn das Betriebskapital müsse einen vernünftigen Gewinn bringen, sonst ziehe es sich zurück; von der Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums solle der Arbeiter alles Gute erwarten, dann bessere sich schon seine Lage von selbst. Vorläufig könne das kollektive Eingreifen der Arbeiter gar nichts helfen. An weiterer Stelle behauptet er wieder das Entgegengesetzte: die Koalition der Arbeiter zur Bewachung gemeinsamer Interessen sei ganz berechtigt, auch die Arbeitseinstellungen; sie seien eine ultima ratio, wie der Krieg unter den Staaten: es gebe keine höchste Gewalt, welche die Staatskonflikte regeln könnte; ebenso sei es mit den Konflikten zwischen Kapital und Arbeit. Die Arbeitseinstellungen könnten Lohnerhöhung auf Kosten des Profits bewirken; sie wirkten auch vorbeugend, denn die Unternehmer machen aus Furcht vor den Arbeitseinstellungen den Arbeitern möglichste Zugeständnisse. Die Mittel, die Lage der Arbeiter unter den heutigen Zuständen zu bessern, betrachtet Caucés sehr skeptisch: die Gewinnbeteiligung als Ersatz für den Lohn scheint ihm unmöglich, weil dann der Arbeiter das Risiko zu tragen hätte; als Ergänzung des Lohnes findet es auch starke Hindernisse im Wege; die bisherigen Versuche haben nur in wenigen Fällen glückliche Resultate ergeben. Ebenfalls bezweifelt er, dass die kooperativen Associationen je eine grössere ökonomische Rolle werden spielen können. Die Idee der Association ist vorzüglich, aber es sei eine Unterschätzung der im Wege stehenden Hindernisse, zu glauben, dass sie berufen sei, eine gänzliche Umwandlung in den bisherigen ökonomischen und socialen Verhältnissen herbeizuführen. Die Association sei in ihren Wegen noch nicht entschlossen und bewege sich in ganz verschiedenen Richtungen, wie Produktiv-, Konsumtiv- und Kreditvereine. Dieser Vorwurf gegen die Associationsidee seitens Caucés ist ein oberflächlicher - denn

gewiss kann es nicht von der Schwäche der Association zeugen, dass sie vielseitig ist und verschiedene Gebiete des wirtschaftlichen Lebens umfasst. Ihre Verzweigungen stehen sich ja durchaus nicht im Wege, leisten sich vielmehr gegenseitige Hülfe. Darin mag aber Caurcés Recht haben, dass die bisherige Entwickelung der Association sogar in Ländern, wo sie am meisten vorgeschritten ist — wie England — noch unbedeutend ist im Vergleich mit der gesamten wirtschaftlichen Thätigkeit. Er giebt zu, dass es jedenfalls eine wichtige ökonomische Thatsache ist, die der Gelehrte nicht unbeachtet lassen darf; der Gesetzgeber aber soll ihr volle Freiheit der Entwickelung gewähren.

Auf einen wichtigen Punkt des Caucés'schen Systems muss noch hingewiesen werden, - nämlich auf seine handelspolitischen Ansichten. Er hat sich gegen den absoluten Freihandel erklärt, was nicht wenig zur Entrüstung der orthodoxen Schule gegen ihn beigetragen hat. Und doch sind seine Forderungen in dieser Hinsicht sehr bescheiden: der Freihandel bleibt ihm das immer anzustrebende Ideal, nur ist er der Meinung, dass es noch zu früh sei, der Handelskonkurrenz ganz freien Lauf zu lassen. Cauwés schliesst sich in dieser Hinsicht gänzlich dem List'schen System an: den kosmopolitischen Instinkten des Freihandels müsse man energisch das patriotische Gefühl gegenüberstellen. Es komme mehr darauf an, die produktiven Kräfte eines Landes zu entwickeln, als sich schnell zu bereichern durch gewinnbringenden Handel. Neben der Aufgabe, die produktiven Anlagen der nationalen Arbeit zu vermehren, muss der rationelle Protektionismus auch danach trachten, die nationale Unabhängigkeit zu sichern. Die normale wirtschaftliche Entwicklung eines Volkes müsse zugleich alle Produktionszweige, sowohl die landwirtschaftlichen wie auch die industriellen, umfassen.

In einem Appendix am Ende seines Buches giebt Cauce's eine Kritik der hauptsächlichsten ökonomischen Doktrinen. Dabei spricht er oberflächliche Meinungen aus wie diese: die Merkantilisten betrachteten das Geld als einzigen Reichtum, ohne die tiefere Seite ihrer Lehren verstanden zu haben. Ebenso beurteilt er die Physiokraten: er wundert sich, dass Männer von so hoher Intelligenz, wie Turgot, von der Illusion überwältigt

werden konnten, dass der Reichtum nur nach der Masse der Rohprodukte zu messen sei. Die Physiokraten als Begründer der Nationalökonomie zu betrachten, weigert sich Cauwés ganz entschieden; man darf sehr wohl annehmen, dass er von ihren Schriften eine ungenügende Kenntnis besitzt. Eines nur betont er mit Recht vom physiokratischen System: es hat ein humanitäres Ideal aufgestellt, folglich das ethische Element in die Wissenschaft eingeführt, was später so sehr vernachlässigt wurde.

Ein Schriftsteller vom Range Cauwés würde in jeder andern nationalökonomischen Litteratur ziemlich unbeachtet bleiben, da er nicht nur keine Originalität hat aber nicht einmal seine wenig originellen Ideen scharf, klar und konsequent zu ordnen versteht. In Frankreich hat er aber eine ganz besondere Stellung eingenommen, dank den besonderen Verhältnissen, in welchen sich dort die Nationalökonomie befindet. Es gehörte viel Selbständigkeit und Mut dazu, um die absolute Gültigkeit der ökonomischen Gesetze für alle Zeiten und Völker zu verleugnen, den Freihandel in ferne Zukunft hinauszuschieben und an dessen Stelle eine wirtschaftliche Erziehung der Nation durch Schutzzölle zu fordern. Auch die Einführung der ökonomischen Gesetzgebung in die Wissenschaft und überhaupt eine Verknüpfung der Dogmenlehre mit ihrer praktischen Anwendung, der Wissenschaft mit der Kunst, der theoretischen Nationalökonomie mit der praktischen, das ging der Pariser Schule ganz gegen den Strich. Dazu hat Caucés noch die Gültigkeit des absoluten Laissez-faire-Prinzips in Frage gestellt, zwar mehr theoretisch als praktisch, weil er das Gespenst des Socialismus zu sehr scheute und deshalb von jeder kühnen Anwendung der Staatsintervention zurückschreckte. Beiläufig gesagt, macht diese auf jedem Schritte in seinem Buche sich offenbarende Tendenz, ein Ritter und Beschützer der von der socialistischen Gefahr bedrohten Wissenschaft zu sein, einen recht schlechten Eindruck, einen um so schlechteren, da es ihm ganz und gar nicht gelingt.

Sein Hauptverdienst um die Wissenschaft besteht vielmehr in seiner negativen als positiven Leistung, in seiner oppositionellen Stellung. Auch ist der praktische, positive Teil seines Buches viel interessanter als der theoretische, Seine Stellung in der Wissenschaft kann man als eine symptomatische bezeichnen; er zeugt davon, dass sich das Alte überlebt hat und dass neuen Strömungen unbedingt Zutritt gelassen werden muss.

Cauwés und Gide, die beiden Hauptführer der wissenschaftlichen Opposition, gehen in recht vielen Punkten auseinander.

Cauxés leugnet die Existenz fester ökonomischer Gesetze, während Gide nur deren absolute, durch menschlichen Willen unabänderliche Wirkung nicht annehmen will. Was die Staatsintervention anbetrifft, so behauptet Cauxés, dass die Rolle des Staates mit steigender Kultur anwachsen müsse. Gide meint dagegen, dass die freie Solidaritätsform, nämlich freiwillige Association nach und nach den Sieg davontragen werde. Auch giebt Cauxés in seinem Werke den rein praktischen wirtschaftlichen Fragen, der ökonomischen Gesetzgebung viel mehr Raum. Gide aber hält sich mehr an das theoretische. In der Eigentumsfrage macht sich auch ein grosser Unterschied zwischen den beiden bemerkbar. Cauxés glaubt fest daran, dass das Privateigentum, sowohl der Kapitalien, wie auch des Grund und Bodens nur aus der Arbeit komme und hegt nicht den geringsten Zweifel über dessen Berechtigung.

Wie sich die Ansichten *Gide's* in dieser Hinsicht schrittweise geändert haben, bis er endlich zu dem Schlusse gelangte, dass die Arbeit oft gar nichts mit dem Eigentum zu schaffen habe, ist oben näher ausgeführt worden.

Im Prinzip anerkennen beide, sowohl *Gide* wie *Cauwés*, die Berechtigung des Schutzzollsystems; in der Praxis aber erklärt es *Gide* für Frankreich ganz überflüssig, weil dort die Industrie auf einem genügend hohen Entwicklungsgrade steht.

Der schroffste Unterschied zwischen den beiden besteht aber in ihren socialpolitischen Ansichten. Obwohl Cauce's einige Punkte der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung scharf kritisiert, so stellt er doch keine Reformpläne auf; zu der Ko-operationsidee verhält er sich skeptisch, während eben die Verwirklichung dieser Idee, überhaupt die praktische Thätigkeit, einen beträchtlichen Teil der Persönlichkeit Gide's ausmacht.

Die von den beiden repräsentierte Richtung kann man durchaus nicht als Schule bezeichnen, dazu sind sie zu wenig originell, weichen zu sehr von einander ab, haben auch zu wenig wissenschaftlich bedeutende Anhänger. Die andern Professoren haben sich entweder gar nicht in Opposition zu der Pariser Schule gestellt (Villey, Jourdan) oder sind durch keine grössern Arbeiten in der Wissenschaft bekannt geworden. Eine Abweichung vom liberalen Standpunkt macht sich öfters in den ökonomischen Vorlesungen auf der Hochschule geltend, als in der Litteratur. Ein solches nach den Vorlesungen verfasstes Lehrbuch der Ökonomie hat Jules Rambaud, Professor in Bordeaux, veröffentlicht. Er legt darin die Werttheorie der österreichischen Schule aus, vertritt überhaupt den neuen Geist; wissenschaftlich bietet er aber durchaus wenig Interessantes.

Caucés und Gide haben der Pariser Schule den stärksten Widerstand entgegengesetzt, aber nicht den einzigen: Gegen die liberalen Ideen erheben sich auch Stimmen aus dem philosophischen Lager: so Fouillée, der in seinem 1884 erschienenen Werke: La propriété sociale et la démocratie das Privateigentum an Grund und Boden in Frage stellt. Er stellt sich nicht auf die Seite der Socialisten — beide Ideen, ebenso der absolute Individualismus, wie auch der Socialismus, sind nach Fouillée unrichtig. Das Eigentumsrecht ist weder ausschliesslich individualistisch noch kollektiv; es hat von beiden Elementen etwas in sich aufgenommen. Praktisch ist Fouillée keineswegs Anhänger der Verstaatlichung des Bodens; er will nur den Besitz der Gemeinschaft ausdehnen, so die Kommunalgüter.

Humanitäre Betrachtungen schiebt in den Vordergrund der Lausanner Philosoph *Charles Secrétan* in seinen *Etudes sociales*. Er hat Mitgefühl mit den leidenden Klassen der Gesellschaft und Verständnis der socialen Ungerechtigkeit; es muss diesen Übeln abgeholfen werden, sonst sind wir — meint *Secrétan* — mit dem Staatssocialismus oder gar mit dem revolutionären Socialismus bedroht, welche ihm beide gleich verhasst sind.

Abschaffung des Pauperismus solle durch produktive Kooperation geschehen; da aber der gegenwärtige Arbeiter dazu noch nicht reif genug sei, so müsse er durch Gewinnbeteiligung erzogen werden. Diesem Gang müsse die ökonomische Entwickelung folgen — der Arbeiter sich selber aus seiner schlimmen Lage heraushelfen und nicht durch Einmischung des Staates, denn diese würde die allgemeine Sklaverei bedeuten. Das

gegenwärtige Lohnsystem ist also nur eine vorübergehende Erscheinung, keineswegs eine endgültige.

Man kann sich wohl denken, dass solche Ideen Secrétan die scharfe Kritik des Journal des économistes zugezogen haben, um so mehr, als er eine recht radikale Forderung in Aussicht gestellt hat: nämlich die Verstaatlichung des Grund und Bodens. Sein System — wenn man es ein ausgearbeitetes System nennen kann, erinnert viel an das Gide'sche: derselbe Glaube an die Zukunft der Kooperation, daran, dass das Lohnsystem vorübergehend sei, ein Zweifel über die Berechtigung des Eigentums namentlich an Grund und Boden.

Wenn wir nun einen Blick auf den gegenwärtigen Zustand der französischen Nationalökonomie werfen, so zeigt es sich, dass es mit der Hegemonie der Pariser Schule zu Ende zu gehen scheint. Neben ihr bahnen sich manche andere Schulen den Weg – die Le Play'sche, die psychologisch-subjektive von Walras und die den liberalen Dogmen am meisten widersprechende Richtung der Revue d'économie politique. Eine jede dieser Richtungen hat, von ihrem Standpunkte aus, gegen den Optimismus der Orthodoxen in der socialen Frage angekämpft und verschiedenartige Reformprojekte vorgeschlagen. Eine jede hat auch Veränderungen und Erweiterungen der wissenschaftlichen Methode gefordert und manche Dogmen der Smith-Sayschen Richtung einer neuen Untersuchung unterzogen und auch verworfen. Durch die Revue d'économie politique ist ein Weg geschaffen, alle oppositionelle Meinungen freier wissenschaftlicher Diskussion zu unterziehen und gegen die Ausschliesslichkeit der liberalen Schule zu kämpfen. Freilich ist die Richtung, welche sich um letztere Zeitschrift gruppiert, keineswegs originell und hat in theoretischer Hinsicht sehr wenig Positives geleistet. Sie zählt in ihren Reihen keine tiefen und originellen Denker - aber doch kann man ihr Erscheinen mit Sympathie begrüssen: sie bahnt den Weg allen neuen Ideen, welche in die französische Nationalökonomie eindringen.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
I. Einleitung	5
II. Charakteristik der vorherrschenden liberalen Richtung in Frank-	
reich. — Ursachen, warum keine oppositionellen Schulen aufkom-	
men konnten	7
III. Le Play und seine Schule	24
IV. Walras und Pareto	33
V Die Richtung der Benue d'économie politique	45

